

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich, 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechs-spaltige Annoncenspalte oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichte und Verurteilungen-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pfg. (gültig für 2 fertige Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 24. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Regierungsturz in der Türkei.

Eine Nachricht, deren Bedeutung sich vorläufig noch gar nicht übersehen läßt, kommt aus Konstantinopel. Die Jungtürken haben unter Führung von Enver Bey, dem Helden der Revolution und des tripolitanischen Verteidigungskampfes, einen Handstreich ausgeführt, die Regierung gestürzt und eine jungtürkische Regierung eingesetzt, die erklärt, Adrianopel unter keinen Umständen abtreten zu wollen. Ueber den Vorgang berichten folgende Telegramme:

Konstantinopel, 23. Januar. (B. T. B.) Gegen 1/4 Uhr nachmittags veranstalteten Enver Bey und der gewesene Deputierte Rittmeister Dschami Bey an der Spitze von dreihundert Sostas eine lärmende Demonstration vor der Pforte. Die Demonstranten drangen während des Ministerrats in den Vorhof der Pforte ein und brachen in regierungseindliche Rufe aus, weil die Regierung Adrianopel preisgegeben und sogar gegenüber Montenegro nachgeben müsse. Sie verlangten den Rücktritt des Kabinetts. Der Großwesir begab sich hierauf ins Palais.

Infolge der Kundgebung Enver Beys ist das Kabinett zurückgetreten. Mahmud Schewket wurde zum Großwesir, Zalaat Bey zum einstweiligen Minister des Innern, Fzzet Pascha zum Kriegsminister ernannt. Zalaat Bey erklärte dem Vertreter des Reuterschen Bureaus:

„Diese Bewegung bedeutet, daß wir die Nationallehre retten oder bei dem Versuche untergehen werden. Wir wollen keine Fortsetzung des Krieges, aber wir sind entschlossen, Adrianopel zu behalten, das ist unerläßliche Bedingung.“

Noch heute jagte eine Meldung aus Konstantinopel, daß der Friedensentschluß der Regierung auch im türkischen Volke mit Begeisterung aufgenommen worden sei. Und wir meinen, daß der momentane Erfolg des jungtürkischen Ueberrumpelungsversuches diese Nachricht durchaus nicht widerlegt. Es handelt sich nicht um eine Volksbewegung, sondern um die Revolte eines Teiles des Offizierskorps, das die Fortsetzung des Krieges will unbekümmert um die Folgen. Die Revolte selbst ist ein Beweis gegen die Kriegsfähigkeit der Türkei, denn mit einem rebellierenden Offizierskorps lassen sich schwerlich Schlachten gewinnen.

Nichts destoweniger bedeutet der plötzliche Sturz der Regierung eine große Gefahr. Daß die Balkanstaaten, nachdem den Tag vorher eine türkische Regierung erklärt hat, sie sei zur Fortführung des Krieges außerstande und müsse daher die an sie gestellten Forderungen erfüllen, nunmehr den Frieden ohne Adrianopel schließen könnten, erscheint wohl ausgeschlossen. Selbst wenn die Regierungen es wollten, könnten sie es heute weniger als je. Und am wenigstens könnten die Frieden mit den Jungtürken schließen, könnten denen slavische Gebiete überlassen, die durch ihre nationale Unterdrückungspolitik den albanischen Aufstand und schließlich den Balkankrieg selbst mitverschuldet haben. Würde die neue türkische Regierung an der Macht bleiben, so wäre die Wiederaufnahme des Krieges sicher.

Aber die Stellung dieser neuen Regierung, wie der Jungtürken überhaupt, ist nichts weniger als fest. Wie sich die Dinge entwickelt haben, ist heute der Abschluß des Friedens keine Frage, die zwischen der Türkei und den Balkanstaaten allein entschieden wird. Die Großmächte haben die Bedingungen für den Friedensschluß formuliert und es wäre doch allzu merkwürdig, wenn sie vor der Konstantinopeler Offiziersrevolte sich bedingungslos zurückziehen würden.

Daß alle das tun werden, daran kann überhaupt nicht gedacht werden. Hat sich ja die russische Regierung gerade jetzt für die Abtretung Adrianopels so stark und so demonstrativ exponiert, daß es für sie kein Zurückweichen geben kann. Eine Sprengung der Einigkeit der Mächte, ein selbständiges aggressives Vorgehen einzelner von ihnen bedeutet aber eine unmittelbare Gefahr für den europäischen Frieden. Und deshalb muß vor allem dies vermieden werden.

bleiben die Mächte einig, so wird auch die neue Regierung sehr rasch erkennen müssen, daß das Spiel für die Türkei verloren ist. Die verweirte Lage des Reiches wird durch den Regierungswechsel nicht geändert. Es bleibt die militärische Schwäche, es bleibt die völlige Leere der Kassen und dazu kommt nun noch die Vermehrung der Desorganisation, der die Türkei verfallen ist. Der europäische Friede darf nicht das Opfer dieser Desorganisation werden. Ihn zu bewahren, das ist die Pflicht der Mächte und muß der einzige Inhalt ihrer Politik

sein. Jede Uneinigkeit unter den Mächten könnte die Konstantinopeler Revolte in ihren Folgen zu einer europäischen Katastrophe gestalten. Die Abtretung Adrianopels ist heute noch ganz anders als gestern zu einer Bedingung der europäischen Sicherheit geworden. Und sie muß deshalb erfüllt werden, ohne Rücksicht auf den Ehrgeiz und die nationale Entflammung türkischer Offiziere.

Wenn die türkische Regierung nicht gestürzt wäre.

London, 23. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird Sir Edward Grey wahrscheinlich zum Montag eine Sitzung der Friedenskonferenz einberufen, um die Entschlüsse der Türkei zu Protokoll zu bringen, ohne jedoch die ottomanischen Delegierten zu ihrer formellen Verlesung zu verpflichten.

Die Balkandelegierten erkennen gern an, daß die türkische Antwort die Befürchtungen einer Fortsetzung des Krieges zerstreuen und die baldige Rückkehr eines großen Teiles der Truppen aus dem Felde ermöglichen werde; indessen blieben noch viele verwickelte Fragen zu lösen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages wird nicht vor Ablauf eines Monats erwartet. Es herrscht die Ansicht, die Verbündeten könnten einwilligen, 800 Millionen Franken der türkischen Staatsschuld zu übernehmen, indem sie halb soviel als Kriegsschadigung akzeptieren.

Budapest, 23. Januar. Der Kriegsminister hat die Entlassung eines gewissen Prozentsatzes der anlässlich der Balkanwirren einberufenen Reservisten angeordnet.

Die albanische Frage.

Paris, 23. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Temps“ meldet aus Rom, Österreich und Italien hätten vereinbart, daß Skutari und die albanische Umgebung mit San Giovanni montenegrinisch werden sollten. Aus Petersburg wird die gleiche Auffassung der russischen Regierung berichtet.

Ablenkung der Kriegsgreuel.

Sofia, 22. Januar. Das Blatt „Mir“ wendet sich scharf gegen die Beschuldigungen, daß die bulgarischen Truppen in den besetzten Gebieten große Ausschreitungen begangen hätten. Es sei wohl möglich, daß die christliche Bevölkerung in Anbetracht der von den Türken begangenen Missetaten an einigen Orten an den Mohammedanern habe Rache üben wollen. Niemals aber hätte die Unordnung nach dem Eintreffen bulgarischer Truppen andauert. Die bulgarischen Soldaten hätten vielmehr in dem Bewußtsein, daß sie sich in einem Befreiungskriege und nicht auf einem Raubzuge befänden, überall die Ordnung wiederhergestellt. (?)

Die Irrfahrten des „Hamidieh“.

Suez, 23. Januar. Der türkische Kreuzer „Hamidieh“, aus dem Suezkanal kommend, suchte um Erlaubnis nach, im Hafen bleiben zu können, bis eine Maschinensavarie ausgebessert wäre. Es wurde ihm gestattet, bis Sonntag hier zu bleiben.

Die Aussichten des Frauenstimmrechts in England.

London, 21. Januar 1913. (Eig. Ber.)

Am Freitag, den 24. Januar, wird der Kampf um das Frauenstimmrecht im englischen Unterhause beginnen. Seit dem Streit um das Budget und die Parlamentsbill hat keine Frage die Öffentlichkeit so sehr in Spannung gehalten wie dieses Problem des Frauenstimmrechts. Das Parlament wird von den Emittären und Deputationen der verschiedenen Frauenvereine förmlich belagert und die Zeitungen bringen fast stündlich Meldungen über neue Entwicklungen in dem einen oder dem anderen Lager. Die Situation ist sehr dunkel, was naturgemäß zu den mannigfaltigsten Spekulationen Anlaß gibt.

Was es so schwer macht, die Entwicklung der Dinge mit einiger Zuversicht vorauszusagen, ist vor allem die eigenartige Situation, in der sich das Kabinett befindet. Etwa die Hälfte der Kabinettsminister ist für und die andere Hälfte ist gegen das Frauenstimmrecht. An der Spitze der ersten Hälfte stehen Sir Edward Grey und Lloyd George; die Haupter der Gegner im Kabinett sind der Premierminister Asquith und der Minister Churchhill, welsch letzterer sich jedoch im Laufe seiner kurzen Karriere seiner Charakterfestigkeit gemäß mehrere Male für und mehrere Male gegen das Frauenstimmrecht ausgesprochen hat und noch immer die sichere Wucht der Popularität sucht, wo er seinen Anker werfen kann. Den Gegeniaz im Kabinett hat man nun dadurch zu überbrücken versucht, daß man den liberalen Parlamentariergliedern das Recht der freien Entscheidung in diesem Punkte eingeräumt hat. Wird einer der Frauenstimmrechtsanträge vom Unterhause angenommen, so wird die Regierung für die veränderte Vorlage in ihrer Ganzheit die Verantwortung übernehmen. Die Spaltung im Kabinett hat aber auch ihr Gegenstück in den meisten der parlamentarischen Parteien. Nur die Arbeiterpartei tritt geschlossen für das Frauenstimmrecht ein. Von den 88 irischen Nationalisten sollen 58 gegen und 25 für

das Frauenstimmrecht sein. Von den 264 Liberalen weiß man, daß gegen 80 Gegner des Frauenstimmrechts sind, und von den 281 Konservativen wird eine starke Minderheit gegen das Frauenstimmrecht sein. In der Theorie gibt es eine Mehrheit für das Frauenstimmrecht im englischen Unterhause. Für die Praxis hat dies aber nicht viel zu bedeuten. Denn die Form des Frauenstimmrechts, die den einen annehmbar ist, ist den anderen unannehmbar. Ferner spielen auch in dieser Angelegenheit die politischen Gegensätze eine große Rolle und können das Zustandekommen jedes der vorgeschlagenen Projekte verhindern.

Gleich beim Eintritt in die Komiteeberatung der Wahlrechtsvorlage wird das Amendement Sir Edward Greys zur Beratung kommen. Das Amendement bezweckt die Ausmerzung des Wortes „männlich“ vor dem Worte „Person“ in der ersten Klausel. Man nimmt allgemein an, daß der Antrag eine kleine Mehrheit finden wird. Die Abänderung muß natürlich angenommen werden, sollen die anderen Anträge über die Ausdehnung des Frauenstimmrechts, die von den Arbeiterparteilern, Liberalen und Konservativen gestellt worden sind, überhaupt zur Diskussion kommen. Er wird daher voraussichtlich die Stimmen aller Freunde des Frauenstimmrechts finden. An und für sich besagt die Auslassung des Wortes „männlich“ nichts; denn wenn alle übrigen Anträge über das Frauenstimmrecht abgelehnt werden, wird das unqualifizierte Wort „Person“ den Frauen nicht helfen. Die Auslegung des Wortes in diesem Falle ist schon so gut wie entschieden. Im Jahre 1868 verlangten mehrere tausend Frauen, die schon das Stimmrecht zu den Gemeindevahlen ausübten, in die Liste der Parlamentswähler eingetragen zu werden. Sie wurden zurückgewiesen und wandten sich darauf an die Gerichte. In der Wahlrechtsvorlage des Jahres 1867 waren die Worte „männliche Person“ fallen gelassen und durch das Wort „man“ (Mensch oder Mann) ersetzt worden. Die Richter fällten nun folgende kühne Entscheidung: Das Wort „man“ schließt die Frauen ein, aber nicht, wenn es sich um Rechte handelt, die der Staat verleiht hat. Die Frauen waren demnach klug genug, um Steuern zu zahlen und den Befehlen zu gehorchen, sie waren aber zu dumm, um zu wählen. Der Late mag sich über den dunklen Gedankenengang der Urteilsbegründung den Kopf zerbrechen; er kann aber sicher sein, daß das Urteil für den Richterstand ein hochweiser Präzedenzfall ist.

Die Debatte über das Greysche Amendement wird Montag, den 27. d. M., fortgesetzt werden. Um 7 Uhr 30 am selben Tage wird die Abstimmung erfolgen. Wird der Antrag angenommen, so kommt unmittelbar das Amendement der Arbeiterpartei zur Beratung, das neben den Unterschriften der Arbeiterparteilern Henderson und Snowden den Namen des liberalen Reeders Ruffel Rea trägt. Dieser Antrag verlangt das Stimmrecht für alle Frauen und würde über 10 Millionen neue Wähler schaffen. Es werden sich jedoch nur wenige liberale Mannen finden, die den Mut haben, die Echtheit ihrer demokratischen Beteuerungen zu beweisen, indem sie für die einzig befriedigende, demokratische Lösung der Frage stimmen. Kaum mehr Aussicht auf Annahme hat das konservative Amendement, das den Frauen, die schon das Gemeindevahlrecht haben (etwa eine Million), das parlamentarische Wahlrecht einräumen will. Die Liberalen glauben, daß diese Wählerinnen die Zahl der konservativen Stimmen vermehren würden, und werden deshalb sicher dagegen stimmen. Doch ehe dieser Antrag an die Reihe kommt, wird das sogenannte norwegische Amendement beraten werden, das von dem Londoner Liberalen Dickinson gestellt worden ist und am meisten Unterstützung findet. Gegen dreißig Konservative, darunter Herr Balfour, werden für diesen Antrag stimmen, der den Frauen über 25 Jahre, die einen selbständigen Haushalt haben oder Frauen von Wählern sind, das Stimmrecht geben wird. Wenn dieser Antrag nächsten Dienstag angenommen wird, werden gegen 6 Millionen Frauen in die Wählerlisten eingetragen werden.

Unter normalen Verhältnissen könnte man mit ziemlicher Sicherheit auf die Annahme des norwegischen Amendements rechnen. Aber die möglichen parteipolitischen Verwicklungen und die Verschiedenartigkeit der Motive der Freunde des Frauenstimmrechts machen das Bild sehr unklar und können zu den unerwartetsten Ergebnissen führen. Man überlege nur, welche treffliche Gelegenheit sich hier den Konservativen bietet, der Regierung ein Bein zu stellen. Inzugesheim hoffen nämlich die meisten Liberalen, daß auch diesmal die Erwartungen der Frauen wieder zu Wasser werden. Ihr starker Mann, Herr Asquith, ist ein entschiedener Gegner des Frauenstimmrechts und hat mehr als einmal erklärt, daß die Einführung des Frauenstimmrechts ein großes Unglück für den Staat bedeuten würde. „Können wir unserm Führer vertrauen“, sagen sich viele Liberale, „daß er die Verantwortlichkeit für ein Gesetz übernimmt, das nach seiner Ansicht ein großes Unglück für den Staat bedeutet? Wird er sich nicht betrogen fühlen, sein Amt niederzulegen? Würde das nicht zur Auflösung der Partei und zum Verlust all der lang ersehnten Früchte des Parlamentsgesetzes führen, die in den nächsten zwei Jahren reifen sollen?“ Noch viel stärker beeinflussen diese Beschränkungen die irischen Nationalisten, die die Dönerule in Gefahr sehen. Sie sind dazu noch meist Gegner des Frauenstimmrechts. Um sie einigermassen zu versöhnen, hat Herr Dickinson ein Amendement zu seinem Antrag eingebracht, nach dem das Frauenstimmrecht nicht auf Irland ausgedehnt werden

soß. Aber von diesem Amendement wollen wieder die konservativen Unterstützer des norwegischen Amendements nichts wissen. Die Aussicht, Verwirrung in den Reihen der ministeriellen Mehrheit anzurichten, mag nun aber gerade die konservativen, deren geistige Führung in diesem Kampfe voraussichtlich Herr Balfour wieder übernehmen wird, bestimmen, in großer Zahl für eines der weitergehenden Amendements einzutreten. Die Kombinationsmöglichkeiten sind unbeschränkt und niemand kann voraussagen, was bei der ganzen Sache herauskommen wird. Eins steht jedoch fest: keine englische Regierung kann es in Zukunft wagen, die Frage des Frauenstimmrechts auf die lange Bank zu schieben. Das Frauenstimmrecht ist in Großbritannien zu einer politischen Frage von erster Wichtigkeit geworden.

Ministerielle Erklärungen.

London, 28. Januar. Die Minister Lloyd George und Grey empfingen eine Abordnung von Arbeiterinnen aus verschiedenen Teilen des Landes, welche das Stimmrecht für die Frauen forderte. Lloyd George erwiderte der Abordnung, daß er sicherlich für den Grey'schen Änderungsantrag zur Wahlrechtsbill stimmen werde, der den Zweck verfolge, das Wahlrecht auch auf die Frauen auszudehnen. Lloyd George stellte dann ausdrücklich die Bedingungen in Abrede, die besagten, daß ein Mitglied der Regierung zurücktreten müsse und daß Mitglieder der liberalen Partei gegen die Bill in ihrer dritten Lesung stimmen würden. Er erklärte dann im Namen der Regierung, daß, falls Grey's Änderungsantrag oder ein anderer von ihm abhängiger Änderungsantrag angenommen werden sollte, dieser Änderungsantrag damit zu einem wichtigen Teile der Bill werden würde, welche die Regierung durchzuführen versprochen habe, selbst mit einem Änderungsantrag für die Wahlfähigkeit der Frauen. Grey erklärte der Abordnung, er sei mit den Ausführungen Lloyd Georges einverstanden.

Ein Erfolg der Sozialdemokraten.

Mit einem erfreulichen Erfolg der Sozialdemokraten begann am Donnerstag die Sitzung des Reichstags. Es handelte sich um die Ausgaben, die gemacht werden auf Grund des Gesetzes über die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften. Diese Unterstützungen hatten die Sozialdemokraten bereits im Jahre 1885 gefordert und sie hatten 7 Jahre später — im Jahre 1892 — das jetzige Gesetz auch wirklich durchgesetzt. Jedoch sind die Unterstützungen sehr gering. Die Ehefrau erhält 30 Proz. des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner, jeder unterstützungsberechtigte Angehörige 10 Proz., die ganze Familie zusammen aber höchstens 60 Proz.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Reichstag eine Änderung des Gesetzes fordern soll, die die Unterstützungssätze allgemein erhöht. Genosse Rauch wies, wie er es bereits in der Budgetkommission getan hat, eingehend nach, daß die jetzigen Unterstützungssätze durchaus ungenügend sind. Die ortsüblichen Tagelöhne sind oft viel geringer als der tatsächliche Verdienst, und von diesem geringen Betrag bekommt die Familie des „Unterstützten“ wieder nur einen kleinen Teil. Das ist in vielen Fällen zu wenig, um die Familie vor dem Hunger zu schützen. Ueberhaupt ist es ganz falsch, hier von einer Unterstützung zu reden, notwendig ist für die Arme, die in dürftigen Verhältnissen leben, die Entschädigung des entgangenen Arbeitsverdienstes. Daher wäre es am richtigsten, wenn der tatsächliche Verdienst für die Bemessung der Entschädigung zugrunde gelegt werde. Dies war der Vorschlag, den Genosse Rauch in der Budgetkommission begründet hat. Der Redner wies nach, daß die Einwände gegen den Vorschlag nicht berechtigt sind. Die Hauptsache sei aber, daß wir eine Erhöhung der Unterstützung durchsetzen. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Fraktion den Wortlaut ihres Antrages so geändert, daß die Bedenken der bürgerlichen Parteien beseitigt sind. Deshalb konnte Genosse Rauch die Erwartung aussprechen, daß der Reichstag einstimmig den Antrag der Sozialdemokraten annehmen werde. Außerdem schilderte unser Redner, zu welchen Härten es führt, daß uneheliche Kinder keinen Anspruch auf eine Unterstützung haben. Schließlich führte Genosse Rauch mehrere Fälle an, in denen die Unterstützung zu spät ausgezahlt wurde und der Reisefrag nicht für die Entschädigung angerechnet wurde.

Bezüglich dieser Beschwerden über die Durchführung des Gesetzes versprach Ministerialdirektor Lewald, das Reichsamt des Innern werde mit den Regierungen in Verbindung treten, um solche Fehler für die Zukunft auszuschließen. Die von den Sozialdemokraten geforderte Erhöhung der Unterstützung mußten die Redner aller Parteien als notwendig anerkennen. Nur in Kleinigkeiten Einzelheiten mäßigten einige der Herren herum. Sie wurden aber von den Genossen Brüchne und Rauch zurückgewiesen. Alle Redner aus dem Hause jedoch wendeten sich gegen den Regierungsvertreter, der — finanzielle Bedenken gegen die Erhöhung hatte. So wurde denn in der Tat der Antrag der Sozialdemokraten einstimmig angenommen.

Bei den Aufwendungen für Einrichtungen und Veranstellungen, welche allgemeinen Interessen des deutschen Handels und Gewerbes dienen, forderte Genosse Thöne, daß das Reich den Verein zur Schiffbauindustrie der Berra unterstütze, damit die Vorarbeiten für die Schiffbauindustrie weitergeführt werden können. Genosse Krähig behandelte die Baumwollfrage. Gegen die Bestrebungen, die Baumwollkultur zu fördern, sei an sich nichts einzuwenden. Bielsch aber treten hierfür Männer ein, die nur auf ihren eigenen Nutzen bedacht sind, und deshalb in ganz ungehöriger Weise vorgehen. Eine unberechtigte Uebertreibung sei die Behauptung, daß unsere Textilindustrie leistungsunfähig werde. Unsere Industrie habe nichts zu fürchten, wenn sie auf gute Ware setze. Dazu bedarf es aber tüchtiger Arbeiter, und diese werde unsere Industrie nur bei günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter haben. Daher sei es notwendig, daß die Lage der Arbeiter verbessert werde. Redner schilderte die traurige Lage der Arbeiter, wurde dabei aber vom Präsidenten unterbrochen, da die Ausführungen nicht zur Sache gehörten. Diese Auffassung erregte den lebhaftesten Widerspruch der Sozialdemokraten.

Für den Verband Deutscher Arbeitsnachweiser leistet das Reich einen Beitrag in der Höhe von 30000 M. Dazu beantragte Abg. Graf v. Posadowsky, die Verbündeten Regierungen um einen höheren Beitrag zu ersuchen. Der Herr Graf hat alle Parteien zur Unterstützung des Antrages aufgefordert — nur die stärkste, die Sozialdemokratie, hat er übergangen. Diese Lässigkeit konnte

selbstverständlich unsere Genossen nicht abhalten, für den Antrag zu stimmen, da wir von jeder die Förderung sachgemäßer Arbeitsnachweise verlangt haben. Gen. Thöne empfahl, daß sich der Verband mit den Arbeiterverbänden beschäftigen möge, da diese sehr oft schädlich wirken.

Zu zweiten Teil der Sitzung kam es zu einer ausgedehnten und wertvollen Aussprache über die Schulfrage. Den Anlaß dazu gab eine Rede des Gen. Schulz über die Reichsschulkommission. Um 6 Uhr wurde die Aussprache abgebrochen und die Sitzung um 8 Uhr vertagt. Die Abend-sitzung fand aber sehr schnell ihr Ende. Nach einer kurzen Rede des freikonservativen Abg. Fürn beantragte Abg. Gröber die Vertagung auf Freitag und bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Wie man sich in den Couloirs erzählte, war der Grund dieser Aktion ein — Bierabend, den das Zentrum am Abend veranstaltete.

Da das Haus noch schwach besetzt war, mußte dem Antrage Folge gegeben werden. Die Aussprache über die Schulfrage wird daher am Freitag fortgesetzt.

Herausgelockt.

Herr v. Schorlemer-Lieser, Preußens Landwirtschaftsminister, der den Agrariern gegenüber das denkbar größte Entgegenkommen an den Tag legt, die Vertreter der Städte aber nicht einmal einer Antwort würdigt, ist endlich aus seiner Reserve herausgetreten oder richtiger gesagt, herausgelockt worden. Schon vor Monaten hat der Berliner Magistrat bei ihm angefragt, ob der Stadt die Erlaubnis zur Einfuhr russischen Fleisches auch über den 1. April hinaus erteilt wird. Eine Antwort ist bisher nicht eingegangen, obwohl jedes Kind einsehen muß, daß die Stadt möglichst bald wissen muß, woran sie ist, wenn anders sie ihre Aufgabe erfüllen und rechtzeitig die erforderlichen Vorbereitungen treffen soll. Genosse Hoffmann hatte die Absicht, dies seltsame Schweigen der Regierung in der Generaldebatte zum Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung anzunehmen. Da ihm aber die Mehrheit in bekannter Liebenswürdigkeit durch einen Schlußantrag das Wort abschnitt, benutzte er später einen Spezialtitel des Etats, um das nachzuholen, woran man ihn vorher gewaltsam gehindert hatte. Seine Rede, die sich zu einer gewaltigen Anklage gegen die Fleischwucherer gestaltete, verheißte ihre Wirkung nicht. Nicht nur, daß die Rührer der agrarischen Wucherpolitik seine Vorwürfe ruhig einstrichen und sein Wort der Erwiderung fanden, beugte sich der Minister auch endlich zu der Erklärung, daß die Einfuhr russischen Fleisches vorläufig über den Sommer hinaus gestattet sein solle und daß man später sehen werde, ob die Verhältnisse so sind, daß eine weitere Verlängerung der Frist angebracht ist. Die Berliner Steuerzahler ohne Unterschied der Parteirichtung müssen unserem Genossen dankbar sein für die energische Wahrnehmung ihrer Interessen. Der Vorfall beweist aufs neue die Notwendigkeit der Anwesenheit von Sozialdemokraten im Junkerparlament. Schwiegen sich doch die bürgerlichen Vertreter der Hauptstadt, die im Rathhause das große Wort führen und sich als die eigentlichen Herren von Berlin gebärden, völlig aus!

Die fortschrittlichen Abgeordneten, speziell die in Berlin gewählten, hätten aber umso mehr die Pflicht gehabt, wenigstens nachträglich noch in die durch den Genossen Hoffmann erzwungene Debatte einzugreifen, als die Erklärungen des Herrn v. Schorlemer gänzlich unzulänglich waren. Der Landwirtschaftsminister ließ zwar durchblicken, daß er in eine Verlängerung der russischen Fleischzufuhr über den 1. April 1913 hinaus willigen werde; als aber Hoffmann seine Erklärung so interpretierte, daß er wenigstens die russische Grenzöffnung bis zum 1. April 1914 gestatten werde, schüttelte der Minister lebhaft den Kopf! Er will also nur eine Salvenfrist von ein paar Monaten gewähren, nicht aber einen Zeitraum, der ausreicht, damit Berlin die mit erheblichen Kosten verbundenen Vorbereitungen zu einer rationellen Gestaltung der Fleischzufuhr zu treffen vermag. Just das mag es ja sein, was den agrarischen Minister zu seiner Obstruktion veranlaßt; aber diese Absicht, die kommunale Fleischversorgung zu erschweren und die Gemeinden den einzelnen Produzentenringen auf Gnade und Ungnade auszuliefern, wurde denn auch von dem sozialdemokratischen Redner gebührend gebrandmarkt. Daß sich dem Protest und der Brandmarkung dieser agrarischen Quartierbeirer nicht auch der Freisinn mit aller Entschiedenheit angeschlossen, daß er vielmehr die Wahrung der Interessen der Berliner Bevölkerung und die Vertretung der Belange des Berliner Magistrats ausschließlich der Sozialdemokratie überließ, ist kennzeichnend sowohl für den Berliner Kommunalfreisinn, wie für die fortschrittliche Landtagsfraktion.

Im übrigen ist aus der Debatte das energische Eintreten des Genossen Hoffmann für einen, einzig und allein den Zwecken der Bildung dienenden Ausbau des Fortbildungsschulunterrichts hervorzuhoben, der heute noch dem Eingeständnis des Ministers zur „nationalen“ Erziehung der Jugend und zur Bekämpfung der Polen und Sozialdemokraten herhalten muß. Wie aus der Rede des Ministers hervorgeht, ist es nicht ausgeschlossen, daß auch der Religionsunterricht in den Lehrplan der ländlichen Fortbildungsschulen eingeführt wird. Er persönlich ist bereit, seine Hand zu diesem Rückwärtsschritt zu bieten, im Gegensatz zu seinem Kollegen vom Handelsministerium, an dessen Widerstand gegen die Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der städtischen Fortbildungsschulen besamtlich das Fortbildungsgesetz gescheitert ist.

Freitag: Fortsetzung.

Blauschwarze Ministerhetze.

In der konservativen und Zentrums-Presse wird zurzeit eine wilde Deke gegen mißliebige Minister veranstaltet, weil die betreffenden Minister trotz ihres reaktionären Grundcharakters und trotz aller den Blauschwarzen bisher geleisteten Liebesdienste dem tobstüchtigen Drängen unserer Blauschwarzen nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie und Knebelgesetzen gegen die Gewerkschaftsbewegung einigen Widerstand geleistet haben, werden sie nun von der undankbaren und übermütig gewordenen Reaktion in den Drfus geworfen. Immerhin fände der maßlose Uebermut unserer Reaktion keine hinreichende Erklärung, wenn man nicht annehmen müßte, daß auch einflußreiche Regierungskreise in Preußen die blauschwarzen Ministerstürzer ihres Wohlwollens und ihrer Hilfe versichert haben!

In erster Linie geht es gegen den Staatssekretär des Innern, Herrn Delbrück. Herr Delbrück hatte als preussischer Handelsminister den stürmischen Beifall aller Reaktionäre, als er durch die Vergeseknovelle den aussichtslosen Kampf um die „Seele der Vergarbeiter“ aufnehmen zu wollen erklärte. Aber daß dieser Minister nunmehr im Reiche nicht bedingungslos für Knebelgesetze zu haben war, daß hat

ihm die erbitterte Feindschaft der Junker und Junkerengenossen zugezogen. Schreibt doch die „Konservative Korrespondenz“:

„Ungeachtet der beruhigenden Worte des Staatssekretärs wird der Eindruck haften bleiben, daß die Arbeitswogen auf tatkräftigen Weisand seitens der Regierungsgewalt fernerhin kaum noch rechnen können. Unter diesem politischen Gesichtswinkel erhält das Bemühen der Konservativen, den Streikpostenbesetzung einzuschranken, die Bedeutung einer Staatsaktion, die dadurch nicht erledigt werden kann, daß der konservative Antrag verworfen wird.“

Daß am Mittwoch erst der konservative Antrag auf Verbot des Streikpostenstehens im Reichstag mit 282 gegen 52 Stimmen abgelehnt wurde, ist höchstens geeignet, die Erbitterung der Junker gegen Herrn Delbrück noch zu vermehren.

Ferner hat Delbrück den Grimm der Konservativen dadurch erregt, daß er in der Budgetkommission die Erklärung abgegeben hat, wenn Preußen nicht bis zum Herbst dem Landtage einen Wohnungsgesetzentwurf vorlege, werde er sich dann dafür einsetzen, daß das Reich einen Gesetzentwurf vorbereite. Die „Kreuzzeitung“ versteht diese Erklärung des Herrn Delbrück mit folgendem Kommentar:

„Man wird zugeben müssen, daß nicht nur dieses neue Entgegenkommen des Staatssekretärs gegen die roten Hundertzahn, sondern die sehr eigenartige Drohung, speziell gegen Preußen, ungemein befremdlich ist. Daß Dr. Delbrück damit etwa den rojaroten Ansturm auf die preussische Monarchie hätte unterdrücken wollen, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Aber eine starke Animosität gegen die preussische Regierung, insbesondere gegen den Minister des Innern v. Dallwitz, wird wenigstens von der rojaroten Presse aus der Drohung des Staatssekretärs herausgelesen. Und der ablehndende Eindruck, den das macht, wird schwerlich beseitigt werden können. Wir bedauern deshalb die zweite Erklärung des Herrn Dr. Delbrück und meinen, es hätte bei seiner ersten Erklärung sein Bewenden haben müssen.“

Aber nicht nur gegen Herrn Delbrück richten sich jetzt die Angriffe des blauschwarzen Blocks, sondern auch Herr v. Bethmann-Hollweg selbst ist der Gegenstand heftiger Umtriebe geworden. So bringt die „Märkische Volkszeitung“ einen Leitartikel, der sich in der bespöttelndsten Weise mit der Person und der Politik des Reichsfanzlers beschäftigt und ihn zum Objekt der ausgesuchtesten Bosheiten macht. Herr v. Bethmann-Hollweg sei „die deutsche Neuauflage des österreichischen politischen Wurstfabrikanten Laaffe“. Seine Politik habe weder ein Ziel noch einen Plan. Dem Terrorismus der Sozialdemokratie stehe er tatenlos gegenüber. Für die christlichen Gewerkschaften habe er statt tatkräftiger Förderung nichts als platonische Liebeserklärungen übrig. Statt auf die Frage zu antworten, wie er der roten Gefahr zu begegnen gedenke, wursfele er einfach fort. Energie beweise er nur gegen die armen Jesuiten.

Mit solch ausgesuchter Nichtachtung pflegen unsere Blauschwarzen doch nur Staatsmänner zu behandeln, die sie für erledigt halten. Ihre Hoffnung, daß nicht nur Herr Delbrück, sondern auch Herr von Bethmann-Hollweg bald zu dem alten Eisen geworfen werden wird, muß sich also auf gute Informationen stützen — zum mindesten müssen die Ministerstürzer aber der Unterstützung gewichtiger Bundesgenossen sicher sein. Und was liegt da näher als die Annahme, daß in der Tat Herr von Dallwitz und die preussische Regierung hinter den blauschwarzen Ministerstürzern steht?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Januar 1913.

Heraus mit der Sprache!

Genosse Dr. Gradnauer stellte am Donnerstag im Reichstage, um der Geheimnisträumerei bezüglich der Militärforforderungspläne ein Ende zu machen, folgende Anfrage:

„In der Herr Reichsfanzler in der Lage, Auskunft zu erteilen, ob und inwieweit die angeblich auf amtlichen Informationen beruhenden Zeitungsmeldungen der Wahrheit entsprechen, daß die Verbündeten Regierungen neue, umfassende Militärforforderungen, auch abgesehen von dem Ausbau der Luftflotte, durchzuführen beabsichtigen? Entspricht es insbesondere der Wahrheit, daß die Absicht besteht:

1. die Mannschafstärke der Kompagnien zu erhöhen;
2. dritte Bataillone, soweit sie noch nicht vorhanden sind, aufzustellen;
3. die Ersatzreserve zur Ausbildung mit der Waffe einzuberufen;
4. Kavallerie-Divisionen schon in der Friedenszeit aufzustellen;
5. selbständige Radfahrer-Kompagnien zu bilden;
6. die Artillerie zu vermehren?

Das Deutsche Reich als Militärmonarchie.

Die „Deutsche Tagesztg.“ ist aufgebracht darüber, daß am Mittwoch die das Verbot des Streikpostenstehens fördernde konservative Resolution mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist. Das ist begreiflich. Unter gewaltigen Tamtansschlägen hatte in den letzten Tagen die konservative Presse das Gepeitsch der blutroten Revolution heraufbeschworen und prophetischen Blicks den kommenden „jacobinischen Hezengessel“, die „Vernichtung jeglicher Staatsordnung“, die Gefährdung der Kultur, der Monarchie, des Altars usw. usw. verkündet — und nun haben trotz all der schönen antirevolutionären, mit den blutrünstigsten Phrasen arbeitenden Leitartikel bei der Abstimmung im Reichstag nur 52 Abgeordnete für das Verbot des Streikpostenstehens gestimmt, 282 dagegen. Solch schöner Erfolg ist natürlich schmerzhaft für ein sensiblen Krautjungermüt. Man kann deshalb auch verstehen, daß das Intelligenzblatt des Bundes der Landwirte wie ein wildgewordener Gänserich schnattert und sich wütend gegen die Linksliberalen, die angeblichen „Geloten“ der Sozialdemokratie, wendet, dumm ist nur, daß in seiner Erregung das Bündlerblatt offen das Deutsche Reich als eine selbstherrlich regierte „Militärmonarchie“ bezeichnet. Die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt nämlich:

„Dieses seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes beobachtete unablässige Fortschreiten der Sozialdemokratie aber macht es offen Politikern, die nicht nach dem bequemsten Sage: „Ach und die Simslar“ handeln wollen, zur Pflicht, der Sozialdemokratie mit allen geeigneten Waffen entgegenzutreten, solange es noch Zeit ist; und diese Pflicht erhebt um so dringlicher, seit sich gezeigt hat, daß die Sozialdemokratie durch ihre Massenentwicklung auch eine gefährliche Anziehungskraft auf die radikalen Elemente des Bürgertums ausübt, ja eine ganze bürgerliche Partei in eine Abhängigkeit von sich gebracht hat, die diese Partei zur Abwehr der sozialdemokratischen Gefahr völlig untauglich macht. Die Geloten der Sozialdemokratie sollten es sich deshalb auch wirklich besser verlegen, in der Frage der Abwehr des Umsturzes überhaupt noch mitzusprechen. Wenn schließlich die „Märkische Zeitung“ meint, daß in Deutschland ein Sozialist ebenso gut Minister sein könnte, wie in Italien, so vergißt sie die Kleinigkeit, daß Italien ein parlamentarisch regiertes Land ist, während das Deutsche Reich mit seinem Charakter als eine wirkliche

Nichtmonarchie steht und fällt. Diese Kleinigkeit kann wohl nur eine Partei übersehen, die auch in Deutschland ein parlamentarische Regime einführen und die Monarchie zu einem Scheinmonarchie degradieren möchte, mit dem auch die Sozialdemokratie sich leidlich vertragen könnte, weil es sich von einer Republik nur mehr durch die Form unterscheidet.

Wie sind mit dieser Kennzeichnung des Charakters des Deutschen Reiches ganz einverstanden. Das neue Deutsche Reich ist weder ein parlamentarisch regiertes Land, noch im eigentlichen Sinne ein konstitutioneller Verfassungsstaat, sondern eine „wirkliche Militärmönarchie“, in welchem der Wille des adeligen Offizierskorps und des mit ihm engverbundenen, auf Kosten des arbeitenden Volkes aufgepöppelten und künstlich konservierten Junkertums entscheidet. Wollen wir zu erträglichen Verfassungszuständen gelangen, muß erst die Macht dieser Sippen gebrochen werden.

Jesuitenfrieden in Sicht?

Unter obiger Überschrift veröffentlicht die „Berliner Zeitung am Freitag“ eine Nachricht, nach welcher zwischen dem Staatssekretär des Reichsamt des Innern Dr. Delbrück und dem Zentrum, vertreten durch den Abg. Fehrenbach, Verhandlungen über eine Verständigung zwischen der Regierung und dem Zentrum in der Frage des Jesuitengesetzes kämben sollen. Die Verhandlungen betreffen, wie das Blatt behauptet, die Aufhebung des § 3 des Jesuitengesetzes.

Der „Kölnischen Volkszeitung“ wird zu dieser Meldung aus Berlin telegraphiert: „Wir sind ermächtigt, diese Nachricht in allen ihren Punkten für unklar zu erklären. Es kämben weder Verhandlungen, noch hat Abg. Fehrenbach mit Staatssekretär Delbrück irgend etwas über eine derartige Absicht der Reichsregierung bekannt geworden. Die Nachricht des Berliner Blattes ist also eine Erfindung.“

Wie die Regierung die Teuerung „bekämpft“.

Von einem Remeler Kaufmann erhalten wir folgende Zuschrift: Da hier seit Monaten von der Einfuhr russischen Fleisches gesprochen wird, ohne daß bisher ein Pfund zu kaufen war, begab ich mich vor einigen Tagen selbst nach Ruffisch-Crottingen, um mich nach den Ursachen der Verzögerung zu erkundigen. Dort erfuhr ich folgendes: Der Stadtrat Sch. aus Remel ist mit dem Fleischermeister W. bereits in Crottingen und Volangen (Rußland) gewesen, um dort mit dem Fleischermeister D. über Fleischlieferungen zu verhandeln. D. hat sich bereit erklärt, russisches Schweinefleisch für 50 Pfennig pro Pfund per Achse die Remel (Markt) zu liefern. Für den Wiederverkauf kommen dazu noch 9 Pf. Zoll und für den Remeler Fleischer eventuell 10 Pf. Verdienst. Für 70 Pf. pro Pfund könnte also durch den Magistrat aus Rußland bezogenes Schweinefleisch in Remel verkauft werden.

Nun kommt aber der Hafen. Die preussische Regierung schreibt vor, daß russisches Fleisch auf der Staatsbahn (nicht einmal mit der Privatkleinbahn) eingeführt werden muß. Durch diesen Transportweg steigen die Kosten so, daß es unmöglich ist, russisches Fleisch in Remel zu dem niedrigen Preis von 70 Pf. zu verkaufen. Deshalb wird dem russischen Fleischer nicht gestattet, das Fleisch per Achse einzuführen? — Damit das Fleisch teuer bleibt zugunsten der Agrarier.

Die Einführung einer Sonderbesteuerung der Warenhäuser und des Konsumvereins

Plant der Senat Lübeck's Anfang Dezember ging dem dortigen Bürgerausschuß eine solche Vorlage zu. Nach derselben sollen die Warenhäuser neben der Gewerbesteuer eine besondere Steuer von 1/2 vom Hundert des Umsatzes zahlen. Diese Steuer wird neben der Gewerbesteuer auch von Konsumvereinen erhoben, wenn ihr Jahresumsatz mehr als 400 000 M. beträgt. In Lübeck betrifft nur der Konsumverein der Arbeiter, und diesen will man treffen. Da sein Umsatz sich im letzten Jahre auf rund 1 600 000 M. belief. In der Begründung wird gesagt, daß „der Betrieb des Konsumvereins nichts anderes sei als eine besondere Form des Kleinhandelsbetriebes. Die angeblichen „Ersparnisse“, die den Mitgliedern als „Dividende“ ausfließen, sind nichts anderes als ein Gewinn aus diesem Handelsbetrieb.“ Solche Weisheit wird in den Kreisen, die Einsicht von Wesen der Konsumvereine haben, ein hebenliches Schütteln des Kopfes erregen. Sie spricht aber zugleich auf das lebhafteste gegen die Sondersteuer, die doch angeblich gerade zugunsten der Kleinhandelsbetriebe eingeführt werden soll. Der Bürgerausschuß hat die Steuer vorlage zunächst an eine Kommission verwiesen, die die Abklärung empfiehlt. Am Mittwoch, den 22. Januar, beschäftigte sich nun der Bürgerausschuß wieder mit der Sache. Entgegen der Stellungnahme seiner eigenen Kommission beschloß der Bürgerausschuß mit 18 gegen 12 Stimmen die Annahme der Sondersteuer. Nunmehr liegt die Entscheidung bei der Bürgerschaft, die bereits vor zwei Jahren ein ganz gleiches Steuerprojekt mit 56 gegen 33 Stimmen ablehnte. Bemerkenswert ist noch, daß man den Ertrag der Sondersteuer auf 40 000 M. schätzt und zugleich dadurch eine Pflöktion auf die Bürgerkassensammlungen auszuüben bemüht ist, daß man in gewisser Weise eine Herabsetzung der Preise für Gas und Elektrizität von der Annahme dieser Steuer vorlage abhängig macht.

Die Sozialisten und das Ministerium Briand.

Paris, 23. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die sozialistischen Deputierten interpellieren morgen über die allgemeine Politik des Kabinetts und verlangen eine sofortige Diskussion. Benoist interpelliert namens der Anhänger des Proporz. Die radikal-sozialistische Gruppe beschloß für den Fall, daß morgen die Vertrauensfrage gestellt wird, Enthaltung. Die radikalen Gruppen wollen sich für einen Kampf mit Briand noch nicht engagieren, sondern angeblich abwarten, ob die Politik von Briand ohne die Progressisten und die Rechte gemacht werde. Tatsächlich ist aber die Haltung Briands in der Wahlreform entscheidend. Das Ministerium bereitet eine politische Amnestie vor.

Kabitale Friedensstimmung.

Paris, 23. Januar. Die Vorstandsmitglieder des Vorkommensausschusses der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei hielten gestern Abend eine Sitzung ab, in der sie nach eifriger Erörterung der politischen Lage die Erklärung abgaben, daß die Mitglieder der Partei entsprechend ihrer loyalen republikanischen Gesinnung der Entscheidung des Verfallter Kongresses ihre Achtung bezeugen müßten, wer immer auch ihr Kandidat gewesen sein möge.

Schweiz.

Das Streikpostenverbot in Basel.

Basel, 23. Januar. Im Großen Rat, der gesetzgebenden Körperschaft des Kantons Basel-Stadt, interpellierte ein freisinniger Abgeordneter die Regierung wegen eines Telegramms, das der sozialistische Regierungspräsident und Chef des Polizeidepartements, Blocher, an die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags gerichtet hatte. In dem Telegramm wurde be-

hauptet, daß das Streikpostenstehen in Basel nicht verboten sei. Der Interpellant wies darauf hin, daß ein teilweises Verbot gegen Streikpostenstehen bestehe, das für einen Umkreis von fünfzig Metern von dem von dem Streik betroffenen Gebäude gelte.

Der Vizepräsident des Regierungsrates antwortete, Regierungspräsident Blocher habe im Regierungsrat erklärt, das Telegramm sei eine rein persönliche Angelegenheit, für die er keine Rechenschaft schuldig sei. Der Interpellant erklärte sich von dieser Antwort unzufrieden. Eine weitere sachliche Diskussion fand nicht statt.

Belgien.

Keine Wahlreform!

Brüssel, 23. Januar. Der Ministerpräsident lehnte es heute ab, den sozialistischen Antrag auf Verfassungsänderung in Betracht zu ziehen, da die Regierung die Vorbereitung zum Generalstreik als Drohung auffasse und weil das Ergebnis der letzten Wahlen eine Billigung des Programms der Mehrheit darstelle.

Italien.

Neue Millionen für neue Kanonen.

Rom, 22. Januar. (Fig. Ver.) Wie der „Korriere d'Italia“ erfährt, ist das Kriegsministerium entschlossen, nach den guten Resultaten, die die Automobile in Libyen geliefert haben, Gesuche mit mechanischer Fortbewegung, Automobilkanonen, anzuschaffen. Vorläufig sollen nur 70 bis 80 Kraftwagen angeschafft werden, die für den Transport von Lebensmitteln und Munition dienen sollen. Dann sollen eigentliche Automobilkanonen angeschafft werden, und zwar auf Grund eines Wettbewerbs nationaler und ausländischer Fabriken. Dem Automobilkapital wird der Plan schon recht sein!

Der patriotische Karneval und die Sozialisten.

Rom, 21. Januar. (Fig. Ver.) Der vorige Sonntag war in Rom ganz dem patriotischen Karneval geweiht, den man nach Vermeidung des „glorreichen libyschen Krieges“ für unerlässlich hielt. Alle Fahnen, die sich in Libyen mehr oder weniger mit „Ehre“ bedeckt hatten, wurden vor dem Viktor-Emanuel-Denkmal mit Ehrenabzeichen geschmückt und was dergleichen sinnvolle Zeremonien mehr sind. Dazu Musik und Waffengeräusch, bunte Uniformen und bunte Fahnen, kurz alles, was dazu gehört, um der Menge, der vielleicht das Brot fehlt, ein Schauspiel zu geben. Alle Parteien, und natürlich auch die „demokratische“ Stadtverwaltung, hatten sich in Manifesten an das „Volk“ gewendet, um es mit hohen Worten in die rechte Stimmung zu versetzen. Auch die sozialistische Partei hatte einen Aufruf an die Arbeiter gerichtet, aber dieser war vorsichtshalber verboten worden. In dem Aufruf hätten in der Tat manche Stellen ganz und gar nicht zum Besten geklungen.

„Rüßbürger!“ hieß es darin, „das offizielle Italien, das Italien des Bürgertums, des Kapitalismus, des Militarismus, feiert heute seine Saturnalien im Namen eines verlogenen und falschen Patriotismus. Man könnte über die Ausstellung von Fahnen und Vorder lächen, wenn sich nicht dahinter die Tragödie der vernichteten jungen Leben, der zerstörten Familien, des verfallenen Heiligtums verstände, wenn man dem Feste nicht die Bedeutung verleihe, den Haß zu idealisieren und die kriegerische Aroheit zu ehren, wenn nicht die Drohung neuer imperialistischer Geiseln, neuer blutiger Tötungen im Hintergrunde laerte.“

Arbeiter! Die Bourgeoisie aller Schichten sucht durch den Glanz ihrer Schaustellung und den Lärm ihres Jubels eure Herzen den Idealen des Patriotismus und Militarismus zu gewinnen. Ihr sollt aber eingedenk bleiben, daß eure Steuer an Blut und Leben Interessen genießt hat, die nicht eure Interessen sind, Ideale, die nicht die Ideale der Kultur und der Gerechtigkeit sind. Vergesst nicht, daß eure heutige Zustimmung morgen eine schreckliche Waffe gegen euch werden wird, eine Entschuldigung neuen Raubes an eurem Leben und Besitz.

Parteiengenossen! Gegen die Schaustellung des Militarismus, jenes furchtbaren Panblangers des Todes, der die Verfolger von Scharaschatt wie die Araber in der Oase von Tripolis und die italienischen Demonstranten von Kocagorga hinschlachtete, muß die sozialistische Partei ihre Stimme erheben. Gegenüber dem lärmenden Kriegsgeräusch, in dem die Vergangenheit wiederklings, erhebe sie die rote Fahne der Zukunft und lasse den Ruf ihres Kampfes hören:

Nieder der Krieg! Es lebe die sozialistische Internationale! Die Worte hätten schlecht zu dem Bestummel gepaßt. Aber das Proletariat wird sie verstehen lernen, auch wenn man sie zehnmal verbietet.

Rußland.

Die Knebelung Finnlands.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Die finnische Justiz liegt heute gefnebelt am Boden; nicht nur die Magistratspersonen aus einigen Städten, auch die Mitglieder der höchsten Gerichtshöfe, der Hofgerichte, werden gewaltsam nach Petersburg geschleppt, wo sie in russischen Gefängnissen den russischen Untersuchungsrichtern Rede und Antwort stehen müssen und von russischen Richtern zu schweren Kerkerstrafen abgeurteilt werden. Alle Vorschriften der finnischen Verfassung, die ihnen finnische Richter, finnische Rechtsprechung und Verteilungsmöglichkeit zusichert, werden von der russischen Regierung mit Füßen getreten — und alles deshalb, weil die finnischen Richter an den Vorschriften der Landesverfassung festhalten!

Am 12. Januar 1912 wurde in Rußland ein Gesetz angenommen und sanktioniert, das im Widerspruch zu der finnischen Verfassung und den finnischen Gesetzen bestimmt, daß alle in Finnland lebenden russischen Staatsangehörigen in rechtlicher Beziehung den finnischen Staatsbürgern gleichgesetzt werden sollen. Nach der finnischen Rechtsprechung müssen sie aber erst in den finnischen Staatsbürgerverband aufgenommen werden, um die Rechte der finnischen Staatsbürger zu genießen. Nun kommt aber die russische Regierung und verlangt, die finnischen Richter und Anwälte sollten das russische Gesetz vom 12. Januar, das durch einen Ukas am 14. Mai 1912 veröffentlicht wurde, respektieren, d. h. das gewaltsam aufgesetzene Gesetz höher stellen, als das verfassungsmäßige Recht des Landes.

Die Vergewaltigung der finnischen Justiz ist keineswegs die einzige Ausdrucksform des barbarischen Finnlandstrolches der russischen Regierung. Dierher gehört auch die im verflochtenen Jahre vollzogene Annetierung des finnischen Postwesens, die nicht nur einen Rechtsbruch gegen den finnischen Staat und die Posten bedeutet, sondern auch dem Handel und Verkehr Finnlands mit den westeuropäischen Staaten empfindlichen Schaden zufügt. Der gesamte finnische Staatshaushalt kam im verflochtenen Jahre in eine größere Abhängigkeit von der russischen Regierung, als je zuvor. Der finnischen Staatskasse wurden wiederum 13 Millionen Mark als sogenannte Militärkontribution entnommen, und die Forderungen des Generalgouverneurs, der Polizei und der pensionierten hohen Beamten verschlangen so gewaltige Summen, daß die kulturellen Aufgaben des Landes wegen Mangel

an Mitteln — wie die russischen Regierungsgewaltigen sich auszudrücken belieben — auf das äußerste eingeschränkt werden mußten. Dies alles genügt aber noch der russischen Regierung nicht. Der russische Generalgouverneur drängt unablässig darauf, daß ihm die Diktaturgewalt verliehen werde, um das durch die russische Gewalt Herrschaft bis ins innerste ausgewählte Land mit Feuer und Schwert überziehen zu können.

Obgleich der Generalgouverneur bisher diese außerordentlichen Vollmachten noch nicht erlangt hat, waltet er im Lande doch wie ein Diktator. Beamte, die verfassungsmäßig die Aufgabe hätten, die gesetzliche Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, sind zu Handlangern des Generalgouverneurs degradiert und spionieren in seinem Auftrage in den Vereinen und Arbeiterorganisationen herum. Der Generalgouverneur will die Arbeiterorganisationen unter Polizeiaufsicht bringen, wie in Rußland, deshalb verlangt er, daß ihm das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder mitgeteilt wird. Da kein Mensch hierzu verpflichtet ist, wendet er Gewalt an. Ebenso läßt er durch seine Handlanger Versammlungen aufheben, Rednern das Sprechen verbieten usw. Der schwedische Reichstagsabgeordnete Genosse Branting durfte in Abo nicht reden, ebenso Professor Broda in Helsingfors. Dem sozialdemokratischen Abgeordneten Aizola wurde der Aufenthalt in Wiborg, wo er als Redakteur unseres Parteiblattes tätig war, verboten und er selbst wurde gewaltsam aus der Stadt entführt. Russische Regierungskommissionen erwägen immer noch den verbrecherischen Plan, das Gouvernement Wiborg oder Teile davon Rußland anzugliedern. Andere Kommissionen haben die Aufgabe erhalten, eingehende Pläne über die Einbeziehung Finnlands in das russische Zollgebiet auszuarbeiten. Hierbei spielt die Einführung des Korn- und Weizenzolls, im Interesse der russischen Getreidehändler und der finnischen Agrarier, die größte Rolle. Diese Vorkriegsregel, die der unbemittelten Bevölkerung einen jährlichen Tribut von 80 Millionen Mark aufzulegen würde, ist von so einschneidender Bedeutung für die gesamte wirtschaftliche Lage, daß das Volk schon jetzt eine umfangreiche Protestaktion im ganzen Lande eingeleitet hat.

Zußer den genannten Maßnahmen planen die russischen Finnenhörer noch zahlreiche andere Gesetze, die die bürgerlichen Freiheiten Finnlands vernichten und dieses Land dem politisch rechtlosen, geknechteten und ausgebeuteten Reiche gleichsetzen sollen. Als Werkzeug hierzu soll wiederum die Duma mit ihrer einseitigen Befugung in Aktion treten. Da bei allen Gewaltmaßnahmen gegen Finnland das russische „Staatsinteresse“, das Interesse der russischen „Nation“ usw. in den Vordergrund geschoben wird, kann die russische Regierung, angesichts der junkerlich-nationalistischen Mehrheit in der vierten Duma, auch jetzt auf ihren Reizband rechnen.

Soziales.

Kahmared abermals vor dem Gewerbegericht.

Der angebliche Leiter der „Antigewerkschaftlichen Vereinigung“, Karl Kahmared, erschien gestern wieder einmal als Beklagter vor dem Gewerbegericht. Diesmal klagten vor der Kammer 5 sechs Arbeiter, die im Auftrage Kahmareds in verschiedenen Orten, zuletzt in der „Union“-Gehere in Königsberg, als Arbeitswillige tätig waren. Sie alle mochten noch Lohnforderungen geltend und behaupteten, die Vertragsbestimmungen seien nicht eingehalten worden. Einige der Kläger forderten außerdem das Jahrgeld nach Berlin. Die Kläger stützten sich auf die zwischen ihnen und Kahmared vereinbarten Verträge, die K. oder einer seiner Vertreter als Arbeitgeber unterzeichnet haben. In Königsberg habe Kahmared auch zu ihnen gesagt, nicht die „Union“, sondern er sei Arbeitgeber der Arbeitswilligen. Die „Antigewerkschaftliche Vereinigung“, von der Kahmared immer rede, bestie überhaupt nicht, weder Statuten, Satzungen, noch sonst etwas vorhanden. Kahmared sei nichts anderes als gewerbmäßig arbeitender Streikbrecher-Arbeit-Vermittler.

Mit aller Entschiedenheit bestritt K. wieder, als Arbeitgeber in Frage zu kommen. Er vermittelte nur die Arbeiten zwischen den bestreiten Firmen und den Arbeitern im Namen der Antigewerkschaftlichen Vereinigung. In Königsberg habe er die unter den Arbeitswilligen ausgebrochenen Differenzen im Auftrage der „Union“ oder nicht als Arbeitgeber geschlichtet.

Auf die Frage des Vorsitzenden, Magistratsrat Wibling, warum er denn die Verträge als Arbeitgeber unterzeichne, hatte er nur die Antwort übrig, er sei kein Arbeitgeber und habe keinen Gewerbebetrieb. Mit Recht erwiderte ihm der Vorsitzende darauf, wenn er sich in den Verträgen als Arbeitgeber bezeichne, könne er doch hier nicht immer sagen, er wäre kein Arbeitgeber.

Kahmared teilte noch mit, daß in Königsberg einer der Kläger habe sofort entlassen werden müssen, weil er gleich am ersten Tage für 300 M. Bleuelstangen verfräht habe.

In der Verhandlung wurde noch festgestellt, daß Kahmared den Arbeitswilligen auch die Arbeitsergebnisse ausgestellt hat.

Das Gericht konnte in der gestrigen Verhandlung noch nicht zu einem Urteil kommen. Entgegen der Kammer 4, die zwei Kläger in der gleichen Sache wegen vermeintlicher Ungültigkeit des Gewerbegerichts abwies, wurde Beweiserhebung beschlossen. Durch Vernehmung des Direktors Hartung der Uniongehete sowie zweier Beamten in Königsberg soll festgestellt werden, ob Kahmared oder die „Union“ als Arbeitgeber für die Arbeitswilligen in Frage kommt. Ueber den gleichen Punkt soll weiter der Inhaber der Maschinenfabrik Schüh, wo ebenfalls die Kahmared-Truppe gearbeitet hat, vernommen werden.

Nötigung und Erpressung ein Innungsrecht?

Die in ihrer Mehrheit sozialreaktionäre Fleischerinnung zu Breslau hatte ihren Mitgliedern bei einer Ordnungsstrafe von 20 M. für jeden Fall die Anpreisung billiger Fleischverläufe in Zeitungen und Schaufenstern verboten. In der Hauptsache wollten die Innungshelden damit einige Innungsmitglieder treffen, die in der sozialdemokratischen „Volkswacht“ inserierten. Einige Innungsmitglieder, die sich nicht an den Beschluß hielten, wurden in Ordnungsstrafen von je 20 M. genommen. Sie riefen zur Entscheidung den Magistrat als Aufsichtsbehörde an. Dieser hob sämtliche von der Innung erlassene Ordnungsstrafen auf.

Damit wollen sich die Reaktionen in der Fleischerinnung nicht zufrieden geben und Berufung beim Bezirksauschuß einlegen.

Die Innung, die hier einschreiten sollte, wäre die Staatsanwaltschaft. Und zwar hätte sie an der Hand der vom Reichsgericht gegen Arbeiter betätigten Rechtsprechung wegen verurteilter Nötigung und Erpressung gegen die Innung vorzugehen. Der Innung steht das Recht, Erpressungsversuche vorzunehmen, nicht zu. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts begehrt aber ein Innungsvorstand Erpressung, wenn er den billigeren Fleischhausbielern ein Verbot (Geldstrafe) androht oder gar vollstreckt, um sich oder seinen Berufscollegen einen Vermögensvorsprung (höhere Preise für die Ware) zu gewinnen. Der Erpressungsversuch bleibt strafbar, auch wenn die Aufsichtsbehörde oder deren vorgeordnete Organe das Vorgehen der Innung billigen würden. Das Strafgesetzbuch sieht nicht auf dem Standpunkt, daß nur Arbeiter die Objekte der Strafverfolgung sein sollen.

Gewerkchaftliches.

Gewerbeinspektion und Regierungspräsident beim Kampf der Fischerlebener Papierwarenarbeiter.

Eine merkwürdige Auffassung von seinem Amt scheint der Gewerbeinspektor Herr Dr. Urban zu Schönebeck a. E. zu haben. Er nimmt Beschwerden über Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen in der Papierwareindustrie Fischerlebener entgegen, verspricht, sie zu untersuchen, liefert sie dann an diejenige Firma aus, gegen die sich jene Beschwerden richten, und tritt auch als gerichtlicher Zeuge gegen den Beschwerdeführer auf. Ob gewollt oder ungewollt, gibt er damit der beschuldigten Firma oder deren Heimarbeiter die Möglichkeit, die ungesetzlichen Zustände zu beseitigen, ohne auch nur dem Beschwerdeführer darüber irgendeine Mitteilung zu machen, welches Resultat die Untersuchung über die eingereichte Beschwerde ergeben hat.

Ja, der Herr Gewerbeinspektor tat noch ein übriges: er wandte sich an den Vorsitzenden des Buchbinderverbandes mit dem Ersuchen, ihm, dem Gewerbeinspektor, nähere Angaben über die von jenem in der „Sozialen Praxis“ gemachten Mitteilungen über Mißstände in der Fischerlebener Papierwareindustrie zu geben. Das geschieht ausgerechnet viele Wochen nach dem Erscheinen des betreffenden Artikels in der „Sozialen Praxis“, zu einer Zeit, wo die in Betracht kommende Firma H. C. Westhorn in Fischerleben verzweifelte Anstrengungen macht, um Verweise und Zeugen in den gegen den Vorsitzenden Kloth und den Bezirksleiter Kornacker des Buchbinderverbandes angestrebten Klagen zu erlangen, die sie von und in dem Herrn Gewerbeinspektor Dr. Urban glaubt gefunden zu haben. Als deshalb Kloth die gewiß berechtigte Frage stellt, ob Herr Dr. Urban das ihm zur Verfügung zu stellende Material auch der Firma Westhorn übermitteln und gleichwie gegen Kornacker als Zeuge aufzutreten beabsichtige, da meint der Herr, daß er Kloth keine Rechenschaft über seine „Dienstführung“ schuldig sei.

Was sagt aber der Herr Regierungspräsident in Magdeburg zu einer solchen merkwürdigen Auffassung der amtlichen Aufgaben eines Gewerbeinspektors auf erhobene Beschwerde Kloth's und Kornacker's? — Er erklärt einfach:

In dem von Ihnen bemängelten Verfahren des Gewerbeinspektors Dr. Urban kann ich einen Verstoß gegen seine Dienstvorschriften nicht erblicken. Im Gegenteil hat der Gewerbeinspektor nach Ziffer 14 der Ausführungsanweisung zum Hausarbeitsgesetz die Pflicht, den Unternehmer auf Mißstände in den Heimarbeitsverhältnissen zwecks Abhilfe aufmerksam zu machen. Dies widerstreitet nicht dem von Ihnen angezogenen Ministerialerlaß vom 21. März 1906, da dieser Erlaß sich auf Arbeiten und ihr Verhältnis zu einem gewerblichen Betriebe im Sinne des Titels VII der Gewerbeordnung bezieht, nicht aber auf Heimarbeitsverhältnisse und Auftraggeber von Heimarbeitern.

(Unterschrift unleserlich.)

Genau einen Monat brauchte der Herr Regierungspräsident, um diese Antwort zu erteilen, die aber gar nicht auf die Anfrage Kloth's eingeht, ob Herr Dr. Urban die Genehmigung seines Vorgehens zur Zeugenhaft gegen Kornacker und Kloth eingeholt hat, wozu er nach seinen Dienstvorschriften verpflichtet war. Ebensovienig geht die Antwort auf die weitere Anfrage Kloth's ein, welche Gründe den Herrn Regierungspräsidenten veranlaßt hätten, seine eventuelle Genehmigung zur Zeugenhaft zu erteilen.

Warum verweigern Gewerbeinspektor und Regierungspräsident den Beschwerdeführern vom Buchbinderverband die erbetene Antwort, während sich der Gewerbeinspektor Dr. Urban bestreift, Anfragen der Firma Westhorn umgehend zu beantworten und ihr Material gegen die Angestellten des Buchbinderverbandes zu liefern. Geschieht das, weil die Inhaber der Firma Westhorn Kommerzienräte sind und die Vertreter des Buchbinderverbandes nur gewöhnliche „Untertanen“? Nach der preussischen Verfassung sind doch alle Preußen vor dem Gesetz gleich; soll das bloß als schöne Dekoration in der papierernen Verfassung stehen oder sollte es nicht „von Rechts wegen“ Wirklichkeit sein?

Berlin und Umgegend.

Achtung, Maschinen und Heizer! In Berlin und anderen Großstädten befinden sich Kapitäne der Fischdampfer der Unterweserort und suchen Maschinen und Heizer als Streikbrecher für die Fischdampfer. Niemand lasse sich anheuern; läßt strenge Solidarität.

Zentralverband der Maschinen und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.
J. A.: Kirschnid.

Achtung, Dachdecker und Berufsgenossen!

Der Vorstand der Dachdecker und Berufsgenossen bei der Firma Carl Gierth in Charlottenburg, Droyenstr. 14, ist beendet. Herr Gierth hat sich bereit erklärt, die halbe Stunde nach Zehndorf weiter zu bezahlen.

Sämtliche dort beschäftigte gemauerte Arbeiter nehmen am heutigen Tage die Arbeit wieder auf.
Zentralverband der Dachdecker. Verwaltungsstelle Berlin.

Deutsches Reich.

Berichtigung zu den Verhandlungen behufs Abschluß eines neuen Tarifvertrages für das Bauergewerbe.

Durch einen Hörfehler bei der telephonischen Uebersetzung ist gestern Metallarbeiter statt Betonarbeiter geschrieben worden. Es muß also heißen:

Schließlich wiederholten die Unternehmer ihre Anträge auf Einbeziehung der Betonarbeiter in den Tarifvertrag.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Die am 11. Januar verlagten Verhandlungen wurden am 23. Januar fortgesetzt. Vor Eingang in die Verhandlung warfen die Arbeitgeber von neuem die bereits am 8. Januar erzielte Frage des Rechtes der am R. L. B. beteiligten Zentralorganisationen auf Abschluß von korporativen Sonderverträgen mit Nichtkontrahenten des Reichstarifes auf. Sie wollten die protokolllarisch festgelegten Erklärungen der Parteien nur so verstehen haben, daß nur örtliche Organisationen zum Abschluß von Sonderverträgen berechtigt sein sollten. Sie sahen in der von den Gehilfen betonten entgegengelegten Auffassung eine Verschiebung der bisherigen Rechtsverhältnisse und eine Gefahr für ihre Organisation. Nach erregten Ausführungen ersuchten sie die Unparteiischen um eine Erklärung der von ihnen bei den letzten Verhandlungen zum Ausdruck gebrachten Meinung. Die Gehilfenvertreter blieben entschieden auf den einmal getroffenen Abmachungen bestehen, die die von den Arbeitgebern überraschenderweise aufgeworfene Deutung ausschließen. Nach reichlich einstündiger Sonderberatung der Arbeitgeber forderten sie erneut die Unparteiischen zu einer Erklärung auf. Diese lautete wie folgt:

Die Unparteiischen waren sich der Tragweite ihres Vor-

Wortes auf Grund der eingehenden Verhandlungen, wobei auch der bisherige und zukünftige Rechtszustand erörtert wurde, vollkommen bewußt und glaubten ihn wie oben festhalten zu sollen, um so mehr, als nach dem Schlusse, daß die Sonderverträge auf dem Reichstarif aufzubauen sind, die Zentralorganisationen auch die Träger der Sonderverträge bilden müssen. Es muß dem Haupttarifamt vorbehalten bleiben, in einzelnen Fällen zu befinden, ob bei zukünftig abzuschließenden Sonderverträgen die Voraussetzungen des Reichstarifs erfüllt sind.

Danach bleibt es bei den einmal getroffenen Abmachungen. Der ganz unbegriffliche Verstoß der Arbeitgeber gegen bereits erzielte Streitfragen, die schon seinerzeit einen vollen Sitzungstag in Anspruch nahmen, hatte zur Folge, daß erst nach dreistündigen Verhandlungen in die Weiterberatung des Tarifmusters eingetreten werden konnte. Dabei wurden erörtert die Forderungen der Gehilfen auf Wegfall der sogenannten Agitationsklausel, demgegenüber die Arbeitgeber bedeutende Verschärfungen eingeführt wissen wollten. Ferner fordern u. a. die Gehilfen zwingendere Bestimmungen über die Beschaffung verschleißbarer Räume zur Aufbewahrung ihrer Kleidungsstücke auf den Arbeitsstellen und Lieferung von Handtüchern und Seife zur Erfüllung der Bundesratsvorschriften gegen die Gefahren der Fleibergiftung. Die Arbeitgeber lehnen demgegenüber die bisher schon bestehenden tariflichen Verpflichtungen unter Kleinlichen Gründen ab.

Weiter wollten die Arbeitgeber die Bestimmung über Materialbestellung durch die Gehilfen demart verschlechtern, daß die Gehilfenvertreter sich von vornherein strikte dagegen wendeten. Ferner sollen Ansprüche der Gehilfen verfallen, die nicht innerhalb zehn Tagen geltend gemacht worden sind. Trotz eingehender Verhandlung konnte eine Einigung in all diesen Fragen nicht erzielt werden. Von prinzipieller Tragweite waren die Erörterungen über die vom Verbands der Maler zum Zwecke der Vereinfachung des bisherigen Instanzenweges beantragte Aufhebung der Gaurtarifämter. Danach würden die Ortsarbeitsämter mit größeren Befugnissen ausgestattet und alle allgemeinen und prinzipiellen Tariffragen dem Haupttarifamt als Berufungs- und letzte Instanz unterbreitet, die Erzielung der Streikfachen beschleunigt, sich widersprechende Entscheidungen vermieden und den Arbeitern alle die Rechtsgarantien gesichert, die ihnen bei gewerblichen Streitigkeiten zustehen. Auch die Vertreter der anderen Arbeiterorganisationen schlossen sich diesen Gründen vollständig an. — Die Arbeitgeber wußten sachlich gegen diese wohlbegründeten und eingehend dargelegten Argumente nichts zu erwidern; sie vermuteten lediglich dahinter allerhand Absichten der Gehilfen, ihre Interessen einseitig wahrzunehmen. Dagegen legten die Vertreter der Arbeiter entschieden Vertretung ein. Die Unparteiischen standen dem Grundgedanken der gemachten Vorschläge sympathisch gegenüber und stellten in Aussicht, ihrerseits nochmals die Angelegenheit eingehend zu prüfen.

Die Verhandlungen wurden bis Freitag vertagt.

Zur Aussperrung in der Uniongießerei zu Königsberg. Nun stehen gegen 900 Arbeiter der Uniongießerei bereits seit dem 16. Oktober vorigen Jahres im Kampfe und es herrscht eine Einmütigkeit unter den Ausgesperrten, wie am ersten Tage des Kampfes. Die Direktion des Betriebes hat sich bisher zu Verhandlungen nicht bequemt; sie „arbeitet“ immer noch mit den Hingebredern, die ihr zwar viel losen, aber nicht einbringen. Hin und wieder gelingt es den Agenten, einige Häuflein Hingebredern nach Königsberg zu schaffen, dafür sind aber auch zahlreiche Abgänge zu verzeichnen; zum Teil haben die Streikbrecher abgehoben werden müssen. Gegenwärtig schämen sich einige dieser nützlichen, staatsverhaltenden Elemente auf die Fabrikation von Dolchen im Betriebe der Union zu verlegen, wozu sie Material und Werkzeuge der Uniongießerei benutzen. Ein solches Werkzeug wurde in der letzten Versammlung der Aussperrten auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Jetzt ist es im Schaufenster unserer Parteibuchhandlung zur Ansicht ausgehängt.

Mitgeteilt wurde in der Versammlung, daß die Zentralverbände der Metallarbeiter und Transportarbeiter an den Syndikus des Zentralverbandes der Industriellen ein Schreiben gerichtet hätten, in dem sie den Herrn ersuchten, seinen Einfluß auf das Mitglied „Union“ dahin geltend zu machen, daß es sich zu Verhandlungen herbeilasse. Die Unternehmer werden doch nicht grundständig auf dem Standpunkt stehen, daß Verhandlungen zu verwerfen seien.

Von welcher Art übrigens die „nützlichen Elemente“ sind, die in der „Union“ als Streikbrecher fungieren haben, geht daraus hervor, daß der eine der entlassenen Hingebredern von der Königsberger Straßammer zu zweieinhalb Jahren Gefängnis wegen Erpressung verurteilt wurde. Er hatte sich gleich nach seinem Hinauswurf aus dem Betriebe auf die Bahn des Verbrechens begeben, von der er sicherlich vorher direkt für den Betrieb als „staatsverhaltendes Element“, das nach Ansicht der Schlichter und Junker größeren geschlichen Schutz bekommen müßte, angeworben sein wird.

Arbeiterinteressenvertretung durch Zentrumsorgane.

Im frommen Wallfahrtsorte Reveloar a. Niederrhein stehen die Mitglieder des christlichen Graphischen Verbandes wegen der erbärmlichen Lohnverhältnisse im Kampfe mit der Firma J. Thum, Gesangbuchfabrik. Anstatt nun die Arbeiter zu unterstützen, und mit dafür zu sorgen, daß die Verhältnisse am Niederrhein bessere werden, erschwert die Zentrumsorgane den Streikenden den Kampf, indem sie Streikbrechergerichte veröffentlicht. So erschienen im „Vollstreund“, Zentrumsorgan in Aachen, in der Nr. 14 vom 17. Januar 1913 folgende zwei Inserate:

1. Wegen Schwierigkeiten mit dem christlichen Verbandsuche per sofort: 4 Goldschmittmacher, 2 Abpresser, 2 Preßergoldder, 2 Dedemacher, 20 Fertigmacher, 6 Kolbalederarbeiter, 10 Prozent Lohnzuschlag auf Akkordlöhne während der Streikdauer. Jos. Thum, Gesangbuchfabrik, Reveloar. Nur solche Arbeiter wollen sich melden, welche in Großbetrieben tätig waren. Reisevergütung.
2. Die Arbeiterschaft der Firma J. Thum, Gesangbuchfabrik, Reveloar, führt einen Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und um Anerkennung der christlichen Organisation. Aus diesem Grunde wird gebeten, dort keine Arbeit anzunehmen. Graphischer Zentralverband.

Kommentar überflüssig.

Ausland.

Die gewerkchaftliche Hilfsaktion die Organisationen in Serbien und Bulgarien.

Der Aufruf des Internationalen Sekretariats zur Unterstützung der durch die Kriegswirren bedrohten Arbeiterbewegung in Serbien und Bulgarien hat allenthalben gute Aufnahme gefunden, so daß die Hoffnung besteht, daß es dank der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft möglich sein wird, die Gewerkschaften jener Länder zu erhalten und ihre Bewegung nach dem endgültigen Abschluß des Krieges schneller noch wie bisher zu entwickeln. Aus Belgrad schreibt der Genosse P. Pawlowitsch, der Sekretär der serbischen Gewerkschaften, zu dem Aufruf des Internationalen Sekretariats:

„Das Entgegenkommen der Genossen im Auslande, welche unseren Gewerkschaften zu Hilfe kommen wollen, bekräftigen wir im Interesse der ganzen Arbeiterbewegung. Von der auswärtigen Unterstützung der Gewerkschaften des Balkans hängt in der Tat deren Existenz und Fortentwicklung ab. Dabei ist in Serbien wie in den anderen Balkanländern die Frage der Gewerkschaft für die arbeitende Bevölkerung tatsächlich eine Lebensfrage. Die

verwiltenden Wirkungen des Krieges sind überall zu spüren, eine erste wirtschaftliche Krise bedroht zudem die Zukunft. Nur durch kräftige Organisationen werden die Arbeiter des Balkans in etwas der verheerenden Kriegswirren lindern können. Und wenn ihnen das nicht gelingt — ohne fremde Hilfe wohl kaum — so ist bald auf eine große Auswanderung zu rechnen, die wiederum den Arbeitern anderer Länder schaden könnte...“

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1912.

Das Hochkonjunkturjahr 1912 zeigt auch in den Außenhandelsziffern den gewerblichen Aufschwung Deutschlands. Nach den amtlichen Nachweisen stieg die Einfuhr von 68,41 Millionen Tonnen des Jahres 1911 um 3 Millionen auf 71,4 Millionen Tonnen. Weit erheblicher nahm die Ausfuhr zu; sie betrug 65,49 Millionen Tonnen oder 6,34 Millionen mehr als im Jahre 1911. Dem Werte nach wuchs die Einfuhr von 9,7 auf 10,3 Milliarden, die Ausfuhr von 8,1 auf 8,9 Milliarden. Der Gesamtaußenhandel erreichte also einen Wert von 20 Milliarden.

Zur Lage im deutschen Holzgewerbe.

Dem deutschen Holzgewerbe, in dem der Lohnkampf unermüdlich scheint, hat das abgelaufene Jahr eine Zeit kräftigster Unternehmungslust gebracht. In den Jahren 1907 bis 1912 (ausschließlich des Monats Dezember) wurden für Neugründungen und Kapitalserhöhungen in der deutschen Holzfabrikation folgende Summen, nach Millionen Mark, angelegt:

	1907	1910	1911	1912
Neugründungen . . .	19,37	10,60	14,05	12,59
Kapitalserhöhungen . .	5,82	1,49	8,44	10,12
Summe d. Neuanlagen	25,19	12,09	17,50	22,70

Das auffallende Merkmal der Tabelle ist die besonders kräftige Erweiterung der finanziellen Grundlage bei bereits bestehenden Unternehmungen im abgelaufenen Jahre. Um die Ausdehnung festzustellen, die das deutsche Holzgewerbe seit den vorigen Tarifverhandlungen (1910) genommen hat, fehlt es an Unterlagen.

Man kann indes indirekte Schlüsse ziehen aus der ständigen Steigerung der Einfuhr von Bau- und Kuppelholz. Der Menge nach erhöhte sich der Import dieser forstwirtschaftlichen Produkte von 1911 auf 1912 (Dezember ausgenommen) von 66,03 Millionen Doppelzentner auf 67,70 Millionen Doppelzentner oder um 3,14 Proz. Gleichzeitig ergab sich eine Wertsteigerung von 286,44 auf 302,23 Millionen Mark, d. h. um 5,61 Proz. In dieser stärkeren Wertzunahme drückt sich deutlich die Verteuerung der Holzpreise während des vergangenen Jahres aus; die veränderte Situation am Materialmarkt bildete ein wesentliches Charakteristikum der heimischen Holzfabrikation im vergangenen Jahr. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die entsprechende Erhöhung der Preise für Holzfabrikate fast durchweg gelungen ist. Mit einiger Vorsicht läßt sich diese Tatsache an der Entwicklung des Exports von Holzwaren verfolgen. In den Monaten Januar bis November 1910 bis 1912 gestaltete sich der Export von Holzwaren aus dem deutschen Zollgebiet in Doppelzentner bezw. Millionen Mark folgendermaßen:

	1910	1911	1912
Januar—November	626 240	652 155	691 049
Menge der Ausfuhr . .	47,97	55,84	61,62
Wert			

Das heißt, die Quantitäten der Ausfuhr haben von 1911 auf 1912 um 5,98 Proz., die von ihnen repräsentierten Werte um 8,48 Proz. zugenommen. Zur Rentabilität noch folgende Belege: Aus den Monaten Januar bis November 1912 liegen 60 vergleichbare Bilanzen von Aktienunternehmungen im Holzgewerbe vor. Das gesamte Nominalkapital dieser Betriebe erhöhte sich seit dem vorletzten Betriebsjahr um 87,78 auf 89,71 Millionen Mark. Die Dividendensumme stieg gleichzeitig von 87,78 auf 89,71 Millionen Mark. Bezogen auf das jeweilige Aktienkapital wuchs die Durchschnittsdividende mithin von 8,8 auf 9,0 Proz.

Letzte Nachrichten.

Die Kriegsentwöhnung.

London, 23. Januar. (B. L. Z.) Die das Reuterische Bureau erfährt, ist in diplomatischen Kreisen freimütig die Ansicht ausgesprochen worden, daß die Großmächte jedes Anzeichen dafür, daß die Vorkriegsbedingungen der Türkei zu einer hohen Kriegsentwöhnung zu zwingen beabsichtigen, mit Mißfallen aufnehmen würden. Es wird die Hoffnung ausgedrückt, daß die Verbündeten in dieser Hinsicht Mäßigung üben und an die Pforte keine Forderungen richten werden, die diese nicht werde annehmen können, oder die wenn sie von der Pforte bewilligt würden, die Zukunft und die finanzielle Stellung der Türkei aufs schwerste gefährden könnten. Die nächste Sitzung der Vorkonferenz findet am Sonnabend statt.

Maßnahmen gegen den Generalstreik in Budapest.

Budapest, 23. Januar. (B. L. Z.) In der Angelegenheit des von den Sozialdemokraten angekündigten allgemeinen Streiks fand heute im Rathaus eine Konferenz statt, an der die führenden Beamten der Stadt teilnahmen. Es wurde der Beschluß gefaßt, zur Sicherung der einzelnen Betriebe alles aufzubieten. Die hiesige Garnison wird auf den Kriegszustand gesetzt. Ferner sollen für die Zeitdauer des Streiks 1000 Gendarmen in Budapest konzentriert werden. Die Hausdore müssen um 6 Uhr abends geschlossen sein. Der Schulunterricht wird eingestellt.

Bevorstehende Demission der norwegischen Regierung.

Christiania, 23. Januar. (B. L. Z.) Das Ministerium Brasilie wird dem morgigen Staatsrat seine Demission einreichen.

Die englische Wahlrechtsvorlage.

London, 23. Januar. (B. L. Z.) Unterhaus. Die Lage der Wahlrechtsbill wird noch verwickelter. Die Regierung hat gewisse wichtige Verbesserungsvorschläge angeknüpft, die die vorliegenden Wahlrechtsbestimmungen abändern. Bonar Law gestieg heute nachmittags, ob diese Anträge nicht eine solche wesentliche Änderung der Bill mit sich führten, daß es notwendig sei, sie in Uebereinstimmung mit den Regeln der parlamentarischen Geschäftsordnung zurückzunehmen und eine neue Bill einzubringen. Der Sprecher lehnte es ab, seine Meinung zu äußern, bis die Anträge ihre endgültige Form gefunden hätten. Man hält es für möglich, daß die Regierung schließlich gezwungen wird, die Bill fallen zu lassen und eine neue Bill einzubringen.

Frauenstimmrecht in Nordamerika.

Albany (New York), 23. Januar. (B. L. Z.) Der Senat nahm gegen eine Stimme eine Resolution an, die sich für Einführung des Frauenstimmrechts und eine dementsprechende Abänderung der Staatsverfassung ausspricht. Die Resolution ist gestern in der Zweiten Kammer angenommen worden und geht jetzt an den Gouverneur zur Zeichnung.

Kampf gegen Rom.

Lissabon, 23. Januar. (B. L. Z.) Die Regierung hat der päpstlichen Erklärung, die am 12. Oktober in den acta apostolicae sedis veröffentlicht worden ist, ihr Placet versagt und die Beschlagnahme angeordnet, weil sie gegen das Trennungsgesetz verstoße und die Rechte des Staates beeinträchtigt. Paul Singer & Co., Berlin SW. D. 2. 3. Beilage u. Unterhaltungsbll.

Reichstag.

96. Sitzung. Donnerstag, den 23. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Reunter Tag.

Zunächst wird über einige Resolutionen zum Titel Staatssekretär abgestimmt. Angenommen wird eine Resolution Albrecht (Soz.) und Genossen auf Verbesserung der Verordnungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, Glasbleisereien, Glasbeizereien und Sandbläsereien, ferner eine Resolution Albrecht (Soz.) und Gen. auf Erlass einer Bundesratsverordnung zum Schutz der bei Herstellung von Ziegelsteinen beschäftigten Arbeiterinnen sowie eine Abänderung der Gewerbeordnung dahin, daß die Schlaf- und Wohnräume, die den Zieglerarbeitern von den Unternehmern überwiesen werden, den Anforderungen der Gesundheit und Sittlichkeit entsprechen und daß durch eine Regelung des Antinzenwens die Arbeiter vor Ueberverteilung geschützt werden. Endlich wird eine Resolution Dr. Spahn und Genossen (Z.) angenommen auf möglichst baldige Vorlegung einer Denkschrift über die Wirkungen der Arbeiterchutz- und Arbeiterversicherungsgegebung in Deutschland.

Hierauf wird die Beratung fortgesetzt beim Titel: Erstattung der auf Grund des Gesetzes betreffend

Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften den einzelnen Bundesstaaten erwachsenden Ausgaben.

Abg. Rauch (Soz.)

Begründet einen Antrag der Sozialdemokraten auf baldige Vorlegung einer Novelle zu diesem Gesetz, wodurch die Unterstützungssätze allgemein erhöht werden. Die Unterstützungssätze richten sich nach dem ortsüblichen Tagelohn, der meist erheblich niedriger ist, als der wirklich gezahlte Lohn. Der ortsübliche Lohn geht teilweise sogar unter 2 Mark herunter. (Hört! hört!) Die Familien der Einberufenen geraten in einen um so größeren Notstand, je größer die Differenz zwischen dem ortsüblichen und dem wirklichen Tagelohn ist und je zahlreicher die Familie ist. Das richtigste wäre, den wirklichen Arbeitsverdienst den Unterstützungen zugrunde zu legen. Da aber dafür dieser Reichstag nicht zu haben sein wird, beantragen wir auf jeden Fall die Unterstützungssätze allgemein zu erhöhen. Der Einwand, daß die Einberufenen einer vaterländischen Pflicht nachkommen und es deshalb nicht angängig sei, ihnen eine Entschädigung zu gewähren, wie er in der Kommission vom Zentrum erhoben wurde, ist nicht stichhaltig. Es werden ja nicht die Einberufenen unterstützt, sondern ihre Familien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die bürgerlichen Parteien behaupten doch immer, die Familie sei die Grundlage des Staates und wir seien die Verstärker der Familie. Ein besonderer Mißstand ist, daß für uneheliche Kinder keine Unterstützung gezahlt wird. Das hat selbst der Regierungsvorsteher in der Kommission zugegeben. Dann hätte die Regierung längst von sich aus diesen Zustand beseitigen sollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein weiterer großer Mißstand ist, daß die Familien oft monatelang auf die Auszahlung der Unterstützung warten müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Mittel für die Durchführung unseres Antrags müssen auf jeden Fall zu beschaffen sein, in einem Etat, der allein für den Erlass des Kaiserrechts „Hohenzollern“ 5 Millionen Mark fordert. Ich bitte, unserem Antrage zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Lewald: Die Ausgaben für diesen Titel haben sich in den letzten Jahren bis auf 4 Millionen gesteigert. Der Antrag hätte, wenn man an eine Erhöhung der Sätze denkt, also eine erhebliche finanzielle Wirkung. Uebrigens wird den meisten Arbeitern und Angestellten für die Zeit ihrer Einberufung Lohn respektive Gehalt weitergezahlt.

Abg. Erzberger (Z.): Dem sozialdemokratischen Antrag stimmen wir zu, jedoch nicht der Begründung und dem Wege, den die Sozial-

demokraten vorschlagen. Wir können nicht zustimmen, daß der Entschädigung der Arbeitsverdienst zugrunde gelegt wird; das wäre ein ganz plutokratisches Verfahren, bei welchem die bestgestellten Leute auch am meisten vom Reich erhalten. Wir verlangen lediglich eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze, wobei der ortsübliche Tagelohn zugrunde zu legen ist. Der Regierungsvorsteher hat finanzielle Bedenken hervorgehoben. Diese können aber nicht durchschlagend sein; denn das Geld, was für diesen Zweck ausgegeben wird, kommt den allerärmsten Familien zugute. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir werden doch mindestens 100 Millionen Mark Ueberflüssiges haben, außerdem erwarten wir ja die Vorlage einer Besitzsteuer. Geld genug für den im Antrag genannten Zweck werden wir also haben. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Koch (Sp.): Auch meine Freunde werden dem sozialdemokratischen Antrage zustimmen. Wir bitten aber, den tatsächlichen Lohn und nicht den auf dem Lande ja ganz geringen ortsüblichen Tagelohn der Entschädigung zu Grunde zu legen. Den plutokratischen Charakter könnten wir einem solchen Gesetz sehr leicht nehmen, indem wir die Entschädigung nur bei einem Verdienst bis etwa zu 8000 M. zahlen.

Abg. Behrens (wirtsch. Vg.) stimmt dem Antrage ebenfalls zu.

Abg. Brühne (Soz.):

Daß unsere Forderung berechtigt ist, kann doch niemand bestreiten. Vielfach werden Leute zur Uebung einberufen, die vorher seine Wochen arbeitslos waren, dann gerät die Familie in sehr große Not. Kaufmännische Angestellte gibt es in großer Zahl, denen während der Zeit der Uebung das Gehalt nicht weiter gezahlt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich wollen auch wir eine Höchstgrenze des Verdienstes festsetzen, über die hinaus die Unterstützung nicht gezahlt wird. Es wäre ja haarsträubend, wenn man Bankiers und ähnlichen Leuten mit 20 oder 40000 M. Einkommen die Unterstützung geben oder wenn diese Leute sie nehmen wollten. Die erforderlichen Mittel sind vorhanden. Der Regierungsvorsteher sarkastisch vor den 4 Millionen Kosten zurück. Wenn Sie doch nur so sparsam wären bei neuen Militärvorlagen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur hier sind Sie sparsam, ebenso bei der Veteranenbeihilfe. Schieben wir deren Erhöhung noch einige Jahre aus, so ruht der letzte Kriegsteilnehmer im Grabe, und das dankbare Vaterland braucht nichts mehr zu zahlen. Herr Erzberger wies auf die zu erwartenden Ueberflüsse von 100 Millionen hin. Die sind aus der Masse des Volkes herausgepreßt; Sie sollten daher jetzt auch den Volksmassen entgegenkommen und den Antrag einstimmig annehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulenburg (natl.) stimmt dem Antrag zu und fordert Erhöhung der Veteranenbeihilfen.

Abg. Rauch (Soz.):

Wir haben in unserem Antrag einen bestimmten Weg nicht verlangt, sondern ganz allgemein die Erhöhung der Unterstützungssätze verlangt. Herr Erzberger meint, die Berechnung der Unterstützungen nach dem wirklichen Verdienst würde plutokratisch wegen der Verschiedenheit der Löhne; das trifft doch auch beim ortsüblichen Tagelohn zu.

Geheimrat Lewald bemerkt, daß Klagen über verpöbelte Auszahlung der Unterstützungen bei der Regierung nicht eingegangen sind. Abg. Dombel (Vole) befragt den Antrag Albrecht.

Der Titel und die Resolution Albrecht werden angenommen.

Beim Titel

Aufwendungen im Interesse des deutschen Handels und Gewerbetritts

Abg. Thue (Soz.)

in längeren Ausführungen für die Schiffarmachung der Berra ein. Handel und Industrie der dortigen Gegend würden davon die größten Vorteile haben. Die Bestrebungen des Vereins zur Schiffarmachung der Berra verdienen lebhafteste Förderung. Es handelt sich hier um ein Stück nationaler Politik der Art, für die auch wir Sozialdemokraten stets eintreten werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Richter betont, daß dieser Fonds nur für Zwecke verwendet werden könnte, die direkt dem Handel zugute kommen! Auch seien Flußregulierungen in erster Linie Landesache.

Das Volk darf dafür viele, viele Millionen zahlen — und nachher von weitem zusehen, wenn die Herrschaften darin ihre Privatgelüste befriedigen und 18. Jahrhundert in Reinkultur spielen. Offenlich macht ein heikles Wahrechtskampferwitter diesem Spul — genannt Schem Hülzen — und manchem anderen ein viel zu spätes Ende.

Die letzten dreißig Jahre deutscher Literatur. Hermann Vahr, der ewig wandelbare, aber stets zeitbürgige Kritiker (außerdem ist er bekanntlich ein sehr heistiger Partisaner und höchst weltlicher Lustspiel-Fabrikant) sprach über dieses Thema in Aiel. Viel Wichtiges und Beachtenswertes! Unseren Künstlern, so sagte er, fehlt bei allem technischen Können, bei aller Reichhaltigkeit der darstellerischen Mittel, das rechte Verhältnis zu ihrem Volke. Wir haben keinen Dichter, der Sprecher der heutigen Generation ist, der Antwort gibt auf die Fragen, die sie allgemein bewegen, sondern nur Dichter einzelner Gruppen, und diese sind unter sich ohne Fühlung. Und doch ließ die Anfang der achtziger Jahre einsetzende literarische Bewegung ganz andere Resultate erwarten. Damals hatten die jungen Dichter das Gefühl der Zusammengehörigkeit, und ihrer aller Ziel war der Kampf gegen die Lüge. Die Träger jener Bewegung entkamen durchweg kleinstädtischen und kleinbürgerlichen Verhältnissen und waren zu einem ruhenden Optimismus erzogen. Nachher zerschlug das brandende Großstadtleben ihre Ideale und zeigte ihnen den ständigen Widerspruch zwischen Vorstellung und Wirklichkeit. Und so scharten sie sich zusammen zu Bannerträgern der Wahrheit. Sie waren zu stark und zu gelung, um zu zynischen Philistern zu werden, aber zur Umgestaltung der Verhältnisse kam es trotz mancher Anfänge auch nicht. So erlebte man wohl die ethischen Probleme, hatte aber nicht die Kraft zur ethischen, sondern nur zur ästhetischen Tat, d. h. man vermochte die Probleme nicht zu lösen, sondern sie nur darzustellen. So wurde der deutsche Naturalismus geboren. Raum aber war er da, so sehr ich schon das Wand, das keine Jünger bis dahin zusammengehalten hatte. Immer neue Schlagwörter entstanden; eine Verblüfftheit löste die andere ab, und allgemein war nur noch das Wort: „Anders als die andern“. Die durch Kommerzialisierung der Industrie in den neunziger Jahren einsetzende Sucht, etwas ganz Apartes zu bieten, ging auch auf die Kunst über, und so erhielten wir auch in der Kunst den Plakatstil: der Künstler muß etwas Besonderes, Auffälliges schaffen, wenn die Welt auf ihn aufmerksam werden soll. Dabei aber kann der Künstler seine rechte Freude am Schaffen haben. Nach des Redners Ansicht sind nun Anzeichen dafür vorhanden, daß wir vor etwas Neuem stehen, das seinen Ursprung haben wird in einer anderen Auffassung des Persönlichkeitsbegriffes. Aus der Erkenntnis, daß eine isolierte Persönlichkeit verarmt, erblickt und schließlich verwindet, daß sie aber desto reicher wird, je mehr sie sich selber entzigt, daß sie sich selber bekennt, wenn sie andere bedenkt, werde eine neue, schönere, reichere Kunst entstehen, auch in der Literatur.

Mexikanische Vulkane. Der verhängnisvolle Vulkanausbruch des Colima in Mexiko, dessen furchtbare Verwüstungen, bereits aus den ersten Nachrichten klar hervortreten, zeigt wieder einmal die ständige Gefahr, mit der die unterirdischen Gewalten die blühenden Gefilde des mexikanischen Landes bedrohen. Der vulkanische Boden

lenkt den Blick auf den Schatz der Baumwollindustrie. Summen, die gefordert werden, um notwendige Verluste in der Industrie zu fördern, sind gewiß gut angebracht, aber wir müssen uns doch dagegen wenden, daß Unternehmungen in unseren Kolonien ins Leben gerufen werden, nicht um für die heimische Industrie die Schwierigkeiten zu beseitigen, sondern lediglich zu dem Zweck, möglichst viel Geld herauszuschlagen. Vizepräsident Dr. Paasche bittet den Redner, nicht zu weit abzuschweifen; wir können beim Etat des Innern nicht die Kolonialpolitik erörtern.

Abg. Krähig (Soz.):

Wir können durch solche Unternehmungen leicht dahin kommen, daß wir unserer Textilindustrie den Rohstoff nicht verbilligen, sondern verteuern. Ich werde beim Kolonialetat näher darauf eingehen. Hier möchte ich nur darauf hinweisen, daß man nicht immer rufen soll, unsere Industrie wird konkurrenzunfähig, wenn in Amerika oder sonstwo in der Welt etwas Ähnliches unternommen wird.

Was nützen alle Fonds zur Hebung der Industrie, wenn wir mit der Arbeitskraft so wüsten,

wie es heute in der Textilindustrie geschieht. Ueber die Hälfte der Arbeiter sind Frauen und Kinder. Wir müssen uns einen gesunden und kräftigen Arbeiterstamm erhalten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Dazu gehört, daß man die Arbeitszeit heruntersetzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gestern hat Herr Dr. Paasche hier in seinem Vortrage die Arbeitsverhältnisse in China berührt und gezeigt, wie die Kultur geradezu Arbeitstiere sind. Ich hätte gewünscht, ich hätte Gelegenheit, einmal Herrn Geheimrat Paasche mitnehmen zu können. (Heiterkeit.) (Vizepräsident Dr. Paasche bittet den Redner, nicht vom Geheimrat, sondern nur vom Abg. Paasche zu sprechen.) Hätte der Abg. Paasche Gelegenheit gehabt, einmal vor den Vertretern der Jute-Spinnereien zu stehen, so hätte er Hunderte von abgehärmten Arbeiterinnen herauskommen lassen, und hätte wahrscheinlich das Empfinden gehabt, daß wir auch in Deutschland noch sehr viele Arbeitstiere haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den Wohnungen der Textilarbeiter sieht man die kleinen Kinder am Boden herumkriechen. Die Verzweiflung packt einen, wenn man sieht, daß die Mütter sie nicht pflegen können, weil sie schaffen müssen; im selben Zimmer sitzt der schwindsüchtige Vater, mit Arbeit beschäftigt. Da ist es kein Wunder, daß die Kinder den Anstodungskeim in sich aufnehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern deshalb die

Verkürzung der Arbeitszeit,

die Industrie würde darunter nicht leiden. Hat doch die Regierung im Gesundheitsbüchlein selbst konstatieren müssen, daß ein Gittauer Weber im ganzen Jahre nur 10 bis 20 Kilogramm Fleisch zu konsumieren hat. Solche Arbeiter können natürlich nicht die Kraft aufbringen, die notwendig ist, wenn unsere Industrie auf der Höhe gehalten werden soll. Deshalb sollten alle Parteien dafür eintreten, daß wir Zustände bekommen, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben. Die Militärtauglichkeit der Textilarbeiter ist noch nicht halb so groß wie die durchschnittliche. Tausende von Beispielen könnte ich anführen. . .

Vizepräsident Dr. Paasche weist den Redner auf den zur Verhandlung stehenden Teil hin; sei dies nochmals nötig, so werde er das Haus betreten, ob es den Redner noch weiter hören wolle! (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Krähig (fortfahrend):

Ich wollte ja gerade die tausend Beispiele nicht anführen. (Große Heiterkeit.) Aber eines muß ich anführen. In Sachen ist auf Grund eines Gutachtens der Cheminger Handelskammer der Chef einer Firma ausgemietet worden, weil seine Firma die sämstliche Industrie dadurch schädigte, daß sie zu hohe Löhne zahlte. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch fördert man Handel und Industrie nicht. Das geschieht nur, wenn man dazu beiträgt, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen zu heben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Beim Titel

Kleines feuilleton.

Das System Hülzen. Der Generalintendant der Berliner Hoftheater hat sich neulich sein zehnjähriges Amtsjubiläum großmächtig in Szene gesetzt, und eine stets servile Kasinopresse hat dabei noch ein übriges getan. Wie der von ihm geleitete Betrieb in Wirklichkeit funktioniert, hat aber das Nachspiel Vaur gezeigt. Ein noch nicht vor Jahresfrist berufener Kapellmeister fällt (niemand weiß warum) in Ungnade, wird brüskiert und loyal hinausgetrieben (wie ein nicht zum Major ernannter Hauptmann gehen muß). Die alten Klagen wurden wieder laut: daß die Kapellmeister nichts zu sagen haben, daß Unterwürdigkeit und Unterhosen mitregieren, daß Nichtadlige die Künstler engagieren, das Repertoire machen (und was für eins!), die abgekauften und gleichgültigsten Robitäten erwerben, die Rollen besetzen usw. Trotz dieses unerantwortlichen Absolutismus könnte unter Umständen etwas geleistet werden. Aber ein vollkommeneres Pseudo ist wohl nie erlebt worden als das an unseren Hofbühnen ständige.

Die Igl. Oper ist ein reines Privatinstitut von S. W., daneben noch ein Luxus- und Repräsentationshaus für die Hofgesellschaft und die reichste Bourgeoisie. Es dient weder volkstümlichen noch künstlerischen Zwecken. Vom Volk in diesem Zusammenhange zu reden ist ja auch die reinste Majestätsbeleidigung, aber wie die Igl. Oper sich um die Kunst bemüht, das mag hier „Die Schaubühne“ bezeugen. In ihrem Jubiläumartikel schrieb sie Herrn v. Hülzen und denen, für die er verantwortlich zeichnet, ins Protokoll: „Gewohnheitsgemäß hat das Opernhaus einen Hülzen zum Direktor; und im letzten Jahrzehnt hat es einen Hülzen gehabt, dessen Befehl es ist, die Künstler hinauszuwerfen. Kadeweinander haben Männer wie Weingartner und Rud die Flucht ergriffen vor einem Regime, das eine Oper nicht vom Orchester, sondern vom Deforationsmagazin aus einstudieren zu sollen meint, und obenbrein in diesen ihren sechs bis sieben Werkstätten eigentlich nur Meherbeer, selbst Major nur als Meherbeer auszustaffieren versteht. Der eine völlig gesagte „Kofenkavalier“ kann nicht entscheidigen für die Sünden, die Herr von Hülzen in der Repertoirebildung, in der Auswahl der — meist ausländischen — Robitäten, in der Behandlung seiner „Angestellten“ begangen hat und weiter begeht. Ohne Not, aus keinem sachlichen Grunde, hat die Destinn, hat Liebhan, haben andere blühende Stimmen und große Talente das Opernhaus verlassen; und wenn man sich heute an einer Alltagsaufführung wahrhaft freut, so stellt sich in der Regel heraus, daß man das Kräftchen zu danken hat, die „mit Ablauf der Saison“ aus dem Ensemble ausscheiden werden. Der Weg ist fast immer derselbe: jemand wird engagiert, eine Weile scheinlich beschäftigt, durch Zufall „entdeckt“, in den Vordergrund gepusht, gehärdig ausgenutzt und auf der Höhe des Erfolges an Wien oder Amerika oder Charlottenburg abgegeben. . . . Georg von Hülzen hat das Opernhaus in einen Taubenschlag verwandelt; aber sein Todfeind könnte nicht bestreiten, daß er „den ungeheuren Betrieb durch eine Fülle von Verordnungen und Verfügungen minutiös zu regeln“ weiß. Er ist ein Treue — kennt Ihr seine Farben?“

Die Pläne für den Neubau der Igl. Oper haben gezeigt, daß das neue Haus dieselben absolutistischen, repräsentativen und un-künstlerischen Traditionen fortsetzen soll, die im alten herrschen.

Mexikos bietet durch die Fruchtbarkeit seiner Hochflächen dem Lande den größten Segen und durch die ewige Wiederkehr der Ausbrüche den ärgsten Fluch. Eine ganze Reihe von Städten sind in den letzten Jahrzehnten durch Erderstürzungen vernichtet worden. Ueber dem blau schimmernden Meer des atlantischen Ozeans, über dem dunkelgrünen Tropengelände, über der üppigen Frucht der Hochflächen mit ihren Städten, Dörfern und blauen Seen erheben sich wie erste Wälder, die von der Berggänglichkeit alles Irdischen erzählen, die schon geschwungenen Regel der Vulkanreihe, die sich, offenbar auf einer Bruchspalte der Erde, von West nach Ost durch Mexiko hinzieht. Diese Kette von tätigen, von halberlosenen oder auch völlig ruhenden Vulkanen droht mit ihren ewigen Schreden über diesem bunten Naturparadiese. Ernst und feierlich ragen die schneegekrönten Vulkane Popocatepetel und Iztac-cinhuatl über die Hochfläche von Mexiko empor; wie ein gigantischer Pfeiler sieht am atlantischen Abhang des Hochlandes der höchste dieser Feuerriesen, der Berg der Sterne, Citlal-tepetel. Unter den anderen Vulkanen ist der verhältnismäßig niedrige Jorullo durch die Beschreibung Alexander von Humboldts berühmt geworden, der als erster in seinen herrlichen Schilderungen die Welt der Vulkane Mexikos bei und bekannt gemacht hat. Der jüngste Unheilbringer, der Colima, liegt westlich vom Jorullo fast an der Küste des Großen Ozeans; er hat einen doppelten Gipfel, und die Dämpfe und Schwefelwasserstoffgase, die der Krater des einen dieser Gipfel immer ausstößt, lassen die innere gefährdrohende Tätigkeit ahnen. Der Gipfel des Vulkans wurde 1802 von Vesel bestiegen. Schon aus den Jahren 1770 und 1795 haben wir Berichte von großen Eruptionen. Erdbeden gehören leider zu den nicht seltenen Ereignissen in Mexiko, wenn sie auch freilich jumeist nicht mit der verheerenden Gewalt auftreten, wie sie durch den jüngsten Ausbruch des Colima hervorgerufen wurde.

Notizen.

— Musikchronik. Siegfried Wagner wird in einem Sinfoniekonzert am 30. Januar Vigt's Faustsinfonie und Bruchstücke aus seinen eigenen Werken dirigieren.

— Der I. Internationale Musikpädagogische Kongress findet vom 26. bis 30. März im Reichstagsgebäude zu Berlin statt. Die Tagesordnung stellt, neben einer großen Reihe fachlicher Spezialfragen, vier Referate in den Mittelpunkt der Verhandlungen: 1. die soziale Lage der Musiklehrenden; 2. der Musikunterricht auf den Musikbildungsanstalten und der Privatunterricht; 3. der Stand der Schulgefängnisfrage; 4. der Kampf gegen die schlechte Musikliteratur.

— Im Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 43, finden an den nächsten Sonntag nachstehende Vorträge mit Lichtbildern von 10^{1/2}—12 Uhr statt: 26. Januar: Prof. Delowolff: Giftenetze, Prof. Stremme: Die Riesentierwelt von Deutsch-Ostafrika, Dr. Kulmann: Deutsche Kästenfauna, 2. Februar: Prof. Delowolff: Halbedelsteine, Prof. Stremme: Der fossile Mensch, Dr. Mamme: Die Tierwelt der deutschen Kolonien (Führung), 3. Februar: Prof. Stremme: Das Eiszeitalter, Dr. Kulmann: Lichtquellen im Tierreich, 16. Februar: Prof. Stremme: Die Entwicklung der Fuffiere in der Vorzeit, Prof. Delowolff: Die Raben der Vulkane, Dr. Mamme: Die Tierwelt der deutschen Kolonien (Führung). Karten zu 80 Pf. für jeden Vortrag beim Pförtner.

Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Unterstützung wissenschaftlicher und ähnlicher Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft

Wünscht Abg. Hoesch (L.) Förderung der Gesellschaft für Pflanzungskunde. Abg. Wallenborn (Z.) regt Förderung des „Bomologischen Vereins“ an.

Staatssekretär Delbrück sagt dies zu und betont, daß er für die Förderung der Viehzucht gern mehr tun wolle, wenn ihm mehr Mittel zur Verfügung ständen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Wir haben das letztemal bei diesem Titel ausführlich über die Maul- und Klauenseuche gesprochen. Die Hauptsache ist aber, daß etwas Praktisches geschieht, sonst müssen wir bald wieder über den Ausbruch der Seuche reden. — In dem Punkte auf Förderung des Obstbaus kann ich mich dem Abgeordneten Wallenborn nur anschließen. Dringend ist auch Abhilfe notwendig für die Not der kleinen Winzer.

Staatssekretär Delbrück: Es ist eine sehr dankbare Aufgabe, Anregungen zu geben und sehr undankbar, aus formalen Gründen Anregungen zu widersprechen, die im Kern berechtigt sind. Gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft leisten die Bundesstaaten und die Landwirtschaftskammern so außerordentliches, daß das Reich nur ganz nebenbei Mittel zu diesen Zwecken zur Verfügung stellen kann. — Untersuchungen über die Maul- und Klauenseuche werden dauernd angestellt, neuerdings haben wir eine Insel gefunden, wo Gefahren dieser Veruche für die Umgebung ausgeschlossen sind.

Abg. Voehn (L.) wünscht weitere Maßnahmen zur Förderung der Viehzucht.

Abg. Wendorf (Sp.) erklärt, daß auch seine Freunde die Tierzucht gern befördern.

Zum Titel

Beitrag für den Verband deutscher Arbeitsnachweise liegt ein von allen bürgerlichen Parteien unterstützter Antrag Graf Posadowski (Sp.) vor, diesen Titel im nächstjährigen Etat angemessen zu erhöhen.

Abg. Doormann (Sp.) empfiehlt den Antrag. Die Aufgaben des Verbandes sind fast gar nicht gewachsen und er hat schwer mit dem Mangel an Mitteln zu kämpfen. Wirksam kann er nur arbeiten, wenn sich über das ganze Reich ein Netz von Arbeitsnachweisen erstreckt. Deshalb sollte man dem Verband im nächsten Jahre 20 000 statt der bisherigen 30 000 M. zugewenden.

Abg. Thöne (Soz.):

Wir stimmen dem Antrage zu. Unverständlich ist uns, warum Graf Posadowski nicht auch unsere Partei zur Mitarbeit bei dem Antrage aufgefordert hat; seine andere Partei hat soviel Erfahrung auf diesem Gebiete wie gerade die sozialdemokratische. Wir verlangen eine reichsgesetzliche Regelung der ganzen Materie. Bei der Gelegenheit wird man aber an der Arbeitslosenversicherung auch nicht vorbeigehen können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird angenommen.

Zum Titel

Reichsschulkommission

liegt ein Antrag Albrecht vor, sie in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen umzuwandeln.

Abg. Schulz (Soz.):

Bei unserer Forderung handelt es sich nicht um eine Utopie des Zukunftsstaates, sondern um eine alte liberaldemokratische Forderung. Ein Reichsschulgesetz haben wir in einem Initiativ-antrag verlangt, hier fordern wir nur die Umwandlung der Reichsschulkommission zu einem Reichsschulamt. Alle diejenigen, welche wollen, daß für die Angelegenheiten der Bildung, des Wissens, der Künste eine Zentrallstelle geschaffen werden soll, müssen unserem Antrag zustimmen. Die Reichsschulkommission besteht ja schon als solche Zentrale. Sie ist aber nur

ein notdürftiges Freigendstat,

um das militärische Ausnahmeregime des Einjährig-Freiwilligen-Privilegiums mit pädagogischen Gründen zu decken. Im übrigen ist sie vollkommen machtlos und deshalb überflüssig. Leider herrscht noch keine Klarheit darüber, wie wenig die Reichsschulkommission zu sagen hat, das hat ja gerade die vorjährige Debatte über unseren Antrag gezeigt, wo der freisinnige Redner gegen unseren Antrag sprach, aber lauter Forderungen erhob, die nur nach der Durchföhrung des Antrages möglich sind. Wir haben Reichsämter für wirtschaftliche Aufgaben, aber für die Aufgaben des geistigen Lebens gibt es in Deutschland keine Zentrale. Auch der Staatssekretär hat den Wunsch ausgesprochen, daß die ideale Seite im Leben des deutschen Volkes in seinem Etat zum Ausdruck kommt. Die Handhabung dazu bietet unser Antrag, nämlich eine Zentrale für die geistigen Interessen, eine Kulturzentrale zu schaffen. Natürlich wünschen wir die Reichsschulbehörde möglichst freiheitlich ausgestaltet, da aber alle Parteien mitzureden haben, wäre es denkbar, daß sie recht reaktionär zusammengesetzt wird. Sie brauchen also nicht zu fürchten, mit ihr das sozialistische Ideal zu verwirklichen.

Der Lehrerverein hat sich für eine Reichsschulbehörde ausgesprochen. Herr Kopich hat die Forderung auf dem Lehrertage nachdrücklich vertreten, Herr Bruckhoff aber bezeichnete hier im vorigen Jahre unsere Forderung als eine öde, geistlose Gleichmacherei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine solche Zentrale würde der Zerplitterung im deutschen Schulwesen entgegenwirken. Natürlich kann dabei sinnvolle Abwechslung herrschen, auch wir wollen keine Schablonisierung und keine Lohnlegung der Kräfte der Einzelstaaten und Kommunen. Aber die unsmnigen Verschiedenheiten, die an die törichten Kolonialereien erinnern, könnten beseitigt werden. Heute sind im Reich die Schulentlassungen nicht einheitlich geregelt, über die Klassenfrequenz herrschen verschiedene Grundzüge. Es fehlen einheitliche Bestimmungen über die Lehrerbildung und Besoldung, nicht einmal eine einheitliche Schulstatistik ist möglich. Natürlich soll die Reichsschulbehörde kein neuer Obervormund sein, sondern sie muß eine enge Föhlung mit der pädagogischen Theorie und Praxis haben. Daher sollte ihr ein Reichsschulrat zur Seite stehen, der aus Männern der pädagogischen Theorie und der Praxis zusammengesetzt ist. Das Reichsschulamt könnte ein Gegenstück zum Reichsgesundheitsamt sein; dieses hat es mit der körperlichen Gesundheit von Tier und Mensch zu tun. Aber für das Reich wichtig ist auch die geistige Verfassung der Völkungsangehörigen. Wenn daran gelegen ist, daß Deutschland eine wirkliche Kulturgemeinschaft wird, und wer damit zugleich einen Fortschritt in der inneren Geschlossenheit des deutschen Reiches herbeiföhren will, der muß für unseren Antrag stimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rudloff (Z.): Wir werden gegen diesen Antrag stimmen, weil wir in ihm nur den ersten Schritt zu einem Reichsschulgesetz erblicken. Heute hat sich Herr Schulz auf Kerkenssteiner bezogen, in Jena hat er seine Genossen davor gewarnt, da auch Kerkenssteiner mit seinen Vorschlägen letzten Endes nur die Wünsche der herrschenden Klassen besorge. Die Forderung des sozialdemokratischen Antrages ist mit Art. 4 der Reichsverfassung nicht vereinbar. Der ganze Zweck dieses Antrages ist, den Einzelstaaten die Kompetenz in Schulfragen zu nehmen, damit die Sozialdemokratie das Best bei der Schulgesetzgebung mehr in die Hand bekommen. Um das zu verhindern, werden wir immer unseren Mann stehen. Wir wollen nicht die Erziehung der Jugend zu Klassenkämpfen, sondern eine Erziehung im Sinne des deutschen Staatsbürgertums und des Christentums. — Neben diese Forderung über den Gehalt der Besoldung des ganzen Berechtigtenwesens der Schulen. Heute wird die höhere Schule vielfach nur zu dem Zwecke besucht, die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen zu erlangen. Andererseits fordert man wieder für die Mittelschulen das Recht, das Einjährig-Freiwilligenzeugnis zu gewöhren.

Abg. Dr. Kerkenssteiner (Sp.): Die Ausführungen des Abgeordneten Schulz waren für mich eine angenehme Ueberraschung.

Der jetzige Antrag bleibt in seiner weissen Mähtigung erheblich hinter dem vorjährigen zurück. Ein Reichsschulamt ohne legislatorische Befugnisse ist keineswegs eine neue Forderung. Eine einheitliche Reichsschulgesetzgebung ist schon 1873 von einem Kongreß ländlicher Arbeitgeher gefordert worden. Also von einer liberaldemokratischen Forderung ist dabei keine Rede. Die Klagen über das Schulwesen sind so alt wie die Schule selbst. Kraft und immer wiederkehrend ist darunter die Klage über zu große Bevormundung der Schule durch die Regierung, über Mangel an Bewegungsfreiheit. Gerade im Hinblick auf diese Klagen über zu große Regierung haben wir den Antrag auf Schaffung eines Reichsschulamtes befohlen. Ich liebe die Uniform sehr, wenn ich sie nicht tragen muß. (Heiterkeit.) Es ist ein Jugendfehler der Sozialdemokratie, daß sie für jeden Mangel im Staat zur Abhilfe immer ein Gesetz fordert. Jedes neue Gesetz ist eine neue Uniform für alle, die unter das Gesetz fallen. Wegen einem unfehlbaren pädagogischen Papst, wie ihn die Sozialdemokraten in dem Reichsschulrat fordern, habe ich die größten Bedenken. Sie werden sagen, das ist Theorie. Da kennen Sie die Schulmeister schlecht, wir sind ebenso eigenfönnig wie die Theologen. (Große Heiterkeit.) Pädagogik und Ideologie haben eins gemeinsam, daß sie Behauptungen nicht mit streng logischen Beweisen festlegen können, das wesentliche ist für sie Glauben, Ueberzeugen, Fürwahrhalten, mit diesem inneren festen Glauben können wir arbeiten. Aber gerade dieser Umstand erleichtert es jedem auf pädagogischem Gebiet seine Machtstellung auszunutzen. Gerade in den feinsten Kulturdingen ist ein strammes über das ganze Reich einheitliches Regiment ein großes Hemmnis. Eine Reichsschulkommission könnte nur dann unschädlich, ja nützlich sein, wenn sie lediglich eine ratgebende höchste Autorität wäre, wie z. B. in Amerika das Bureau of Education. In dezentralisierten Staaten ist das Schulwesen entwickelter als in streng zentralisierten, das zeigt die Schweiz, Großbritannien, Nordamerika. Dort wird auch den Kommunen eine viel größere Freiheit bei der Ausgestaltung des Schulwesens eingeräumt. Ich verstehe, daß der sozialdemokratische Antrag aus der Sorge um die Erziehungsnot des Volkes herausgewachsen ist; aber auf dem vorgeschlagenen Wege ist sie nicht zu beseitigen. Wir Süddeutschen fürchten zudem, daß ein Reichsschulamt den Geist der A. G. in Amerika das Bureau of Education. Den Geist dieser Uniform zeigt ja auch die A. G. Preussische Sozialdemokratie (große Heiterkeit), das beweisen gewisse Regerverbrennungen der letzten Jahre. Gewiß darf das preussische Schulwesen nicht in Vauß und Bogen verdammt werden, auf dem Gebiet des Gewerbeschulwesens ist in Preußen Musterbildes geschaffen, in der Frage der Gleichstellung der höheren Schulen hat gerade Preußen den ersten Schritt getan. Sicherlich wäre in Preußen noch mehr geföhren, wenn nicht der Geist der Uniform die Autonomie zu sehr einschränkte. — Müssen wir also eine Reichsschulbehörde mit legislativen Befugnissen verwerfen, so liegt die Sache ganz anders bei einer zentralen Behörde mit beratender Funktion. Diese kann außerordentlich segensreich wirken, nicht nur auf dem Gebiet der Schule, sondern auf dem der ganzen Erziehung. Die Reichsschulkommission, wie sie heute besteht, ist nur wie ein Veilchen, das im Verborgenen blüht. Es sitzen ausgezeichnete Schulmänner in ihr. Sie müssen den Mut haben, dem Kriegsminister zu sagen: So geht es nicht weiter, das Recht zum Einjährig-Freiwilligendienst muß erheblich erweitert werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es muß abgefasst werden.) Das geht nicht, aber es muß erweitert werden. Heute ist es ein Privileg nicht der Tüchtigen, sondern der Bemittelten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wer sich die Schulre in den höheren Schulen erstigt oder auf einer Presse erkaufte, ist nicht geistig hervorragend, sondern eher geistig verkrüppelt. Die ganze Welt kennt diese Schiden und trotzdem opfert man dem Wozolch des Militarismus jährlich Hunderte und Tausende junger Leute. Man sollte jeden zum einjährigen Dienst zulassen, der gewissen Forderungen der Intelligenz, des Willens und des Charakters genügt. In zweifelhaften Fällen soll nicht eine Prüfung entscheiden, sondern die Probe während des ersten Jahres. Also die Reichsschulkommission könnte heute schon unmaßföhlich den Finger auf bestimmte vorhandene Wunden legen. Wir werden für den Antrag der Sozialdemokraten in dem Sinne stimmen, daß das Reichsschulamt keine gesetzgebende Befugnis haben soll. Unser Schulwesen seufzt unter den heutigen Zuständen. Ueberzeugen Sie sich davon und treten Sie dann mit Fähigkeit für Ihre Ueberzeugung ein, ebenso zähe, wie die Heeresverwaltung. (Heiterkeit.) Wir sind mähtiger als die Heeresverwaltung, wenn wir nur wollen. (Lebhafte Bravo! links.)

Die Weiterberatung wird auf eine Abendföhung verlag.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Abendföhung.

Die Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern

wird fortgesetzt beim Titel Reichsschulkommission.

Abg. Jörn (Sp.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Umwandlung der Reichsschulkommission in ein Reichsschulamt.

Abg. Gröber (Z.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Dr. Baasche: Da die Beschlußfähigkeit feststeht, muß ich die Sitzung leider schließen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Kurze Anfragen und Weiterberatung des Etats.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

117. Sitzung. Donnerstag, den 28. Januar 1919, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Schorlemer.

Der Landwirtschafts-Etat.

Abg. Wamhoff (natl.) tritt für innere Kolonisation und Domänenaufstellung ein, widerspricht aber der Aufhebung der Futtermittelzölle und der Deckung der Grenzen.

Zwischendurch wird ein schleuniger Antrag des Abg. Underberg (Z.) erlegt, wonach das Abgeordnetenhaus seine Genehmigung zur Fortsetzung des bei der Staatsanwaltschaft Cleve anhängigen Reineidsverfahrens gegen den Antragsteller erteile.

Abg. Underberg (Z.) bittet um sofortige Annahme, da morgen bereits ein Termin anstehe.

Abg. Roth (natl.) befürwortet die sofortige Annahme als Vorspeiser der Geschäftsordnungskommission.

Das Haus beschließt einstimmig, die Genehmigung zu erteilen, und setzt dann die Landwirtschaftsdebatte fort.

Abg. Meyer (st.) ist ebenfalls gegen Aufhebung der Futtermittelzölle. Ein Schlufantrag wird gegen das Zentrum, die Fortschrittler und Sozialdemokraten angenommen.

Abg. Hoffmann (Soz., zur Geschäftsordnung): Wir sind es ja gewohnt, daß man hier im Hause unsere Redner angreift und dann uns die Erwiderung abschneidet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Fall ist das aber besonders traurig, weil ich als Berliner Stadtverordneter und Mitglied der Berliner Feuerungskommission den Landwirtschaftsminister gern gefragt hätte, ob er nicht endlich Ende Januar Antwort geben will, wie sich die

Gleichversorgung Berlins

gestalten wird. Die Stadt Berlin hat für die Vorbereitung bereits Hunderttausende opfern müssen. (Hört! hört! links.)

Es folgt die Einzelberatung.

Abg. Dr. Fiesch (Sp.) ersucht, doch nicht stets die technisch ge-

bildeten Landmesser den juristisch gebildeten Spezialkommissaren zu unterstellen.

Die Resolution auf erhöhte Unterstützung der Landwirtschaftsschule wird angenommen, eine Petition auf Regelung der Dienstverhältnisse der Landwirtschaftslehrer wird der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Abg. Dr. Hef (Z.) fordert Einführung der Religion in die ländlichen Fortbildungsschulen.

Abg. Korsantj (Wole): Bei uns hat die Landwirtschaftsschule den Zweck, die polnische Jugend deutsch zu machen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Herr Korsantj mag sich trösten. Die Fortbildungsschulen im Osten sollen nicht nur aus Polen Deutsche machen, sondern sie dienen überhaupt nur dem Zweck, unterwürfige und absonderungsfähige Objekte für die Junker zu schaffen. (Lärm rechts.) Wenn wir Bolschewisten treiben wollten, mühten wir uns darüber freuen, daß Sie in dieser Frage die Regierung in Ihrem Schlepptau haben. Besser kann den Schülern die Religion nicht vererbt werden, als durch einen Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen. Im übrigen werden nach der Verfassung die Fortbildungsschüler

mit 14 Jahren religiös mündig

und können aus der Landeskirche auscheiden. Kein Gesetz kann sie daran hindern. Daß das Herrenhaus sich vor einigen Jahren auf den Standpunkt gestellt hat, die Fortbildungsschulen mühten einen Religionsunterricht haben, wunder! uns ja beim Herrenhaus nicht. Aber es muß mit der Religion schon schlecht bestellt sein, wenn das Herrenhaus jetzt schon eine besondere Form der Religion für das reifere Alter empfiehlt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir tun nur die Lehrer leid, die diesen Religionsunterricht für die reifere Jugend erteilen sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wird der Religionsunterricht eingeföhrt, dann werden wir dafür sorgen, daß die Schüler Fragen stellen, die die Lehrer in arge Verlegenheit setzen werden. (Lärm rechts und im Zentrum.)

Abg. Glattfelder: Solche Fragen der Schüler haben nichts zu sagen, ein Tor fragt mehr als zehn Weise beantworteten können. Der steigende Unglaube macht den Religionsunterricht erforderlich, namentlich gegenüber den ständigen Anfeindungen, die in Werkstatt und Fabrik gegen die Religion erhoben werden. (Beifall im Zentrum.)

Minister Freiherr v. Schorlemer: Natürlich verbinden wir mit den Fortbildungsschulen auch eine nationale Erziehung unserer Jugend. Die Anschauungen des Abgeordneten Korsantj haben in den Fortbildungsschulen selbstverständlich keinen Platz und noch weniger die des Abgeordneten Dr. Hoffmann. (Stürmische Heiterkeit.) Die Schule soll nicht nur an den Verstand, sondern auch an das Gemüt der Schüler appellieren und dazu gehört religiöse Unterweisung. (Beifall im Zentrum.) Diese ist aber Sache der Religionsgemeinschaften. Ob die Religion in den Lehrpläne aufgenommen werden soll, mag das Haus demnächst bei dem ländlichen Fortbildungsschulgesetz für das Rheinland entscheiden. Eine Verständigung wird schon möglich sein. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir bekämpfen nicht die Religion, sondern ihren Mißbrauch durch das Zentrum und die Reaktion. Der Minister hat mir den Dokortitel verliehen, den Dokortitel vom Landwirtschaftsminister weife ich entschieden zurück, denn er ist von einem so rüchföhrenden Minister verliehen, noch minderwertiger als sonst. (Heiterkeit.) Wir wollen, daß die Fortbildungsschule ihre segensreiche Tätigkeit ungehemmt durch Religionsunterricht entfalten könne. Auch wir wollen, daß an das Gemüt der Schüler appelliert werde, aber wir wollen dabei nicht den Verstand vergessen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herrn Glattfelder erwidere ich, daß ich nicht daran zweifle, daß die Lehrer die Fragen der Schüler wahrheitsgemäß beantworten können, wohl aber, daß sie das dürfen.

Abg. Engelbrecht (st.) wünscht Ermöglichung des täglichen Besuchs der landwirtschaftlichen Winterschulen durch Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung.

Bei den weiteren Etatstiteln wird vor leerem Hause mehrere Stunden über Viehseuchen, Tierärzte, Nahrungsmittelunterföhung und Viehzucht gesprochen.

Abg. Hoffmann (Soz.)

welkt darauf hin, daß im Etat nur 150 000 M. mehr als im Vorjahre, insgesamt 1 850 000 M. zur Föderung der Viehzucht eingestellt sind, davon für Rindviehzucht nur 300 000 und für Schweinezucht nur 112 000 M. Damit kann selbstverständlich das gesteckte Ziel niemals erreicht werden. (Zustimmung im Zentrum.) Sie geben das also selbst zu, aber in der Budgetkommission hat keiner von Ihnen eine Erhöhung dieser Beträge verlangt. Sie haben eben

ein zu großes Interesse an den hohen Preisen,

als daß Sie daran denken würden, mit der Bekämpfung der Fleischnot Ernst zu machen. Der Landwirtschaftsminister hat einmal gesagt, daß jeder Arbeiter doch Kaninchen halten könne. In Berlin muß man es im Kontrakt extra ausbedingen, wenn man einen Kanarienvogel halten will. (Heiterkeit.) Da können Sie mit der Kaninchenzucht schon ankommen in den Städten bei den Hausbesitzern! Und was soll mit den 250 M., die Sie 1911 für Kaninchenzucht ausgegeben haben, erreicht werden? An irgend eine Abhilfe der Fleischnot ist da gar nicht zu denken und alle diese Dinge sollen nur die Kundre geben für die Richtföhung der Grenzen und für die Richtherabsetzung der Zölle! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben aber durch Ihre Untätigkeit trotz Eingeständnis der Notwendigkeit der Abhilfe unserer Agitation bei den Frauen kolossal geföhrt. Was all unsere Verebamkeit nicht vermochte, hat Ihre Wirtschaftspolitik erreicht. (Lärm rechts.) Die Versteuerung aller Lebensmittel hat einen großen Teil der Frauen für unsere Ideen gewonnen, es sind ihnen die Augen aufgegangen und bei den von Ihnen herbeigeföhrteten Preisen auch übergegangen. (Heiterkeit rechts.) Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hat selbst durch die Deckung eines Lustloches an den Grenzen anerkannt, daß die Viehzucht in Deutschland nicht genügt. Graf v. d. Groeben aber verlangt, daß die Städte ihren Bedarf im Inland decken und ihnen keine Erleichterung für ausländische Einföhre gegeben werden soll. Da muß aber das Inland erst in der Lage sein, den Bedarf zu decken und Sie selbst geben ja zu, daß das nicht der Fall ist. (Widerspruch bei der Wehrheit.) Bald stimmen Sie zu, bald widersprechen Sie wieder. Sie sind ja noch über dem Kaiserjournalisten, der schreiben kann rechts und schreiben kann links, Sie können schreiben in der Mitte auch! (Lebhafte Heiterkeit.) Der Minister hat in der Budgetkommission erklärt, daß die Einföhre aus Rußland auch noch nicht das Manko des wirklichen Schweineauftriebs gegen den erforderlichen decken könne. (Hört! hört! bei den Soz.) Strafen Sie doch den Minister Lügen! Trotzdem sagen Sie, es langt. Wieviel langt es bei Ihnen, wenn Sie

nach einen Gemüsetag mehr in der Woche

einlegen, wie der Minister, (Große Heiterkeit) aber für die Massen des Volkes langt es nicht. Um so mehr muß ich bedauern, daß der Minister so lange zögert, der

Stadt Berlin Auskunft

zu erteilen, ob sie auch noch weiter russisches Fleisch einföhren darf, obgleich er wissen muß, welche Verantwortung die Stadt und welche Kosten sie für die Vorbereitungen, Schlachtlagen in Berlin und Warschau und Kühlwagen hat. Ein russischer Staatsrat dagegen war schon zwei- bis dreimal in Berlin, die russische Regierung er bietet sich, Schlachtlagen mit deutscher und russischer Spürweite zu bauen, aber natürlich will man erst sicheres wissen. Dieses Schweigen scheint den Zweck zu haben, die Großstädte zu zwingen, sich das Fleisch der landwirtschaftlichen Genossenschaften

um jeden Preis aufdrängen

zu lassen. Wie stehen in dieser Frage Ihnen (nach rechts) näher, als die Freisinnigen und Nationalliberalen, wir wünschen, daß die Städte in der Nahrungsmittelversorgung den sehr häufig verteuerten Zwischenhandel möglichst ausschalten, aber Sie tun nichts dazu, weil Sie wissen, daß die Regierung auf Ihren Vorschlag. Die Großstädte dürfen nicht von neuem den Agrariern in schlimmster Weise tributpflichtig gemacht werden. Wir haben vor der Einfuhr des russischen Fleisches gesehen, wie die Preise infolge ungenügenden Vorrats unerträglich gestiegen sind, das russische Fleisch hat wenigstens einen Stillstand herbeigeführt. Wir können doch nicht als Vertreter der Stadt Hunderttausende hinauswerfen, ohne daß wir wissen, ob der Minister die Erlaubnis gibt, auf die Gefahr hin, daß er zu einer Zeit Auskunft gibt, wo es zu spät ist, die Vorkerkungen zu treffen. Spielt da vielleicht der Einfluß der Jünglingsmeister der Fleischer mit? Die können doch bei der durchaus ungenügenden Einfuhr von russischem Fleisch keinen größeren Schaden erleiden haben. Es ist begreiflich, daß sich die Fleischer die Konkurrenz der Städte vom Halse halten wollen, aber sie sollen sich bei

der Zollwucherertheit bedanken,

die sie selbst ins Parlament gebracht hatten und die dann die Grenzen lädendlos schloß. Der Reichsfinanzminister, der Chef des Landwirtschaftsministeriums (Heiterkeit) hat im Oktober hier selbst zugegeben, daß die inländische Viehzucht nicht genügt. Wir sind doch nicht da, um die Interessen der Fleischer und der Großgrundbesitzer wahrzunehmen, sondern die des Volkes! Graf Spee, der meinte, daß am 1. April 1914 die Fleischnot bestimmt vorüber sei, ist gewiß Autorität dafür, daß der Rindviehstand in Deutschland heranwachsend wird, aber der zur Ernährung des Volkes dienende Rindviehstand läßt alles zu wünschen übrig. (Heiterkeit.) Die in Amerika zur Erhebung der deutschen Industrie hergestellten Wahlpostkarten des Bundes der Landwirte haben den deutschen Viehstand förmlich übertrieben. Wenn Sie die Viehzucht nicht in anderer Weise fördern, als in diesem Etat, dann wird es wahrscheinlich nicht möglich sein, durch Inlandsproduktion das Volk genügend mit Fleisch zu versorgen. Sie schließen absichtlich die Grenzen, fördern absichtlich die Viehproduktion trotz der Erkenntnis der Notwendigkeit nicht, um das Volk jederzeit zur Ab-

lassen und nach alter Manier Brandstücken zu können. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe bei der Mehrheit.)

Landwirtschaftsminister Dr. Feiler v. Schorlemer: Ich hoffe in wenigen Tagen der Stadt Berlin die gewünschte Auskunft geben zu können. Die jetzige Genehmigung geht bis zum 1. April, es stehen dann noch zwei Monate für die Vorbereitungen des Sommertransports zur Verfügung. Ich behaupte, daß Abg. Hoffmann meine Vorschläge auf Erhebung der Kaninchenzucht mit billigen Wägen abzutun sucht, selbstverständlich soll die Kaninchenzucht nicht in Widerspruch mit den Viehkontrakten stehen; in den Städten wird man sich auf den Vogelbauer beschränken müssen, aber die Arbeiter außerhalb der Städte sollten daran denken, daß in Frankreich jährlich über hundert Millionen Kaninchen gezüchtet und verzehrt werden. Das fleischkonsumierende Publikum sieht aber heute nicht nur auf die Menge, sondern auch auf die Qualität des Fleisches, das bessere Fleisch aber wird nicht in den kleinsten, sondern in den größeren Betrieben gezüchtet, so daß die Aufzucht des großen Bestandes daran ihre Grenzen findet. (Zustimmung rechts.) Der Minister erklärt dann, daß die Milchpantier nach wie vor energisch bestrast werden sollen. Die Jünger haben durch den Abg. Vahrenhorst reinen unterfälschten Zucker steuerfrei verlangt. Den würden am Ende statt der Wiener am Sonntagnachmittag die Hausfrauen zum Kaffe bekommen. (Heiterkeit.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wenn die Stadt Berlin nicht die Genehmigung zur Einfuhr russischen Fleisches über den 1. April 1913 hinaus bekommt, dann ist es ihr unmöglich, russisches Fleisch weiter einzuführen, denn die Verbindungen mit den russischen Bahnen dauern lange, in Warschau müssen Abfertigungsstellen gebaut werden, die Kühlwagenverleihung macht Schwierigkeiten, wenn wir nicht auf längere Zeit abschließen, es könnte uns auch der preussische Wagenmangel dazwischen kommen usw. Kurz,

rechtzeitige Verständigung und gründliche Ausdehnung

der Genehmigung ist erforderlich. Nicht ich habe die Kaninchenzucht lächerlich gemacht, sondern der Minister, der für die Förde-

rung der Kaninchenzucht im Jahre 1911 einen so geringen Betrag ausgedenkt hat.

Landwirtschaftsminister Dr. Feiler v. Schorlemer teilt mit, daß er vorläufig die Absicht habe, der Stadt Berlin die Einfuhrerlaubnis bis über den Sommer hinaus zu verlängern, weil sich die Vergrößerung des Antrags der Stadt Berlin hauptsächlich auf den Sommer beziehe. (Hört! hört! rechts.) Wird im Oktober eine Verlängerung dieser Erlaubnis notwendig, so wird immer noch Zeit sein. Auch im vorigen Jahre hat die Stadt Berlin die Genehmigung zur Einfuhr erst in den letzten Oktobertagen erhalten. Nach drei Wochen war das erste russische Fleisch in Berlin eingeführt. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Mallewicz (L.): Die Wahlpostkarten des Bundes der Landwirte hat der deutsche Unternehmer, der den Auftrag erhielt, ohne Wissen und gegen den Willen des Bundes in Amerika drucken lassen. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Cloeden (b. L. F.): Die Hälfte der Postkarten sind in Hamburg, die anderen in Berlin gedruckt, in Amerika überhaupt keine.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wenn die Postkarten auch in Deutschland bestellt sind, können sie doch in Amerika gedruckt sein. Jedenfalls sind die Zahlen und Angaben darauf durchaus amerikanisch. (Unruhe rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.) (persönlich) antwortet auf eine Bemerkung des Abg. Mallewicz, der sich dagegen gewandt hatte, daß Hoffmann ihn v. Mallewicz nannte: Wenn Herr Mallewicz auch nicht v. Mallewicz heißt, so hoffe ich, daß die Regierung dieses Veräumnis bald nachholen wird. (Heiterkeit.)

Das Haus vertagt sich.

Abg. Dr. Friedberg (nall.) stellt fest, daß sich die national-liberale Reichstagsfraktion noch vor dem Auftreten des Abgeordneten Dr. Gahn an die Lotterieverwaltung um Aufklärung der Affäre des Abg. Held gewandt hat.

Freitag 10 Uhr: Weiterberatung, Geschäftsbet., Schluß 5 Uhr.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 24. Januar 1913.
Anfang 7 Uhr.

Deutsches. Litrid.
Deutsches Opernhaus. Die Land der Schmelz.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Fidelio.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.

Artus Bach. Gala-Vorstellung.
Artus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Hrania. Konstruktions-Ingenieur
u. Rechner: Die Weltmacht des Eisens.

Hörtaal 8 Uhr: Prof. Dr. C. G. Klein: Sommer im Walde.
Kroll. Der aufstehende Frau.

Sturfsärken-Over. Stella maris.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Vertrag. Hofe Brand.

Theater am Nollendorfsplatz.
Die Studentengriffin.
Mammertier. Kein Freund Teddy.
Groß-Berlin. Das Hüftenkind.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.

Berliner. Jünglinge.
Rivolis Operetten. Der heilige Antonius.

Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.

Kleines. Professor Bernhardt.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Theater. Puppchen.

Luisen. Berlin-Hamburg-New York.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.

Komdienshaus. Die Generalbeze.
Rote. Mein Leopold.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.

Schiller O. Hedda Gabler.
Schiller-Charlottenburg. Uriel Acosta.
Casino. Am grünen Strand der Spree.

Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Brüderlein fein. Spezialitäten.
Reichshallen. Cavalleria schuficana.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Lustspielhaus. Mojolita.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Der Jaungast.

Walhalla. Goldener Leichnam.
Solles Caprice. In Sachen Katenstein.
Die Doppelkoma. Die Tochter der Braut.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Helden.

Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Hirt in St. Moritz.

Sternwarte. Invalident. 57-62.

Schiller-Theater O. Salmer.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsnacht.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr, zum 1. Male:
Uriel Acosta.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Theater am Nollendorfsplatz 5.
An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengriffin.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Presidente).
Schwanf. 3 Akt v. Hennequin u. Weber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Luisen-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.
Sonabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Premiere: Der Wunschpeter u. das Wüstenkind.
Sonabend, abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Ich lasse dich nicht.
Sonntag, abends 8 Uhr: Premiere: „Iub hätte der Liebe nicht...“

Herrnfeld Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder

mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorberf. 11-2 (Theaterf.)

Theater Königstadt-Casino.
Ode Holzmast u. Alexandertrabe.
1. Akt u. 2. Akt. Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zwei rote Rosen.
Burdelle u. Gesang — und das groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16. Programmwechsel.

Walhalla-Theater
Weinbergweg 19/20. Kolonial. Tor.
Abendlich 8 1/2 Uhr:
Goldener Leichnam.
Sonntag, 26. Jan. nachm. 3 1/2 Uhr:
Gastspiel-Ensemble.
Der Widerspenstigen Zähmung.
Germähigte Welle.

Passage-Panoptikum
50 wilde
Weiber Männer
Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Sozialdemokratischer Wahlverein des III. Berliner Reichstagswahlkreises

Sonnabend, den 25. Januar 1913:

22. Stiftungs-Fest

in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

KONZERT — Kapellmeister Herr Hascheck —
unter Mitwirkung des Gesangsvereins Sängerkabteilung I Süd-Ost (M. d. D. A.-S.-B.), Hotopernsängers Herrn Eugen Wolf, Vortragskünstlerin Frau Ann Sander.

GROSSER BALL. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach : :
Rege Beteiligung erwartet 208/1*

Der Vorstand.

× Anfang 8 1/2 Uhr × × × Programm am Eingang gratis × × × Billett 30 Pf. ×

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: Ing. A. Kellner:
Die Weltmacht des Eisens.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. C. Eckstein:
Sommer im Walde.

Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahrestrennung mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit täglich neuem Repertoire!
Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Abends ab 8 Uhr!
Vorletzte Woche!
des grandiosen Programms.
Melsa Ritschko Comp.
Knill und Kroll, Darius Yana.
8 1/2 Uhr:
„Brüderlein fein“.
Alt-Wiener Singspiel von Jul. Wilhelm. Musik v. Leo Fall.
Usw.

Voigt-Theater.
Freitag, den 24. Januar:
Volkssohn und Fürstenkind.
Vollständiges Spiel in 4 Akt v. F. Heide.
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.
Voranzeige! Mittwoch, 29. Jan., 3 Benefiz für Kurt Baumeister:
Kean von Barnes.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Katenstein.
Die Doppelkoma.
Die Tochter der Braut.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Cavalleria schuficana.
Von Meyssollini.
Anfang 8 Uhr.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Nordend 1141.
8 Uhr:
Der heilige Antonius.

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Täglich:
Bockbierfest
in den bayrischen Alpen
Zum Ausschank kommt das beliebte Bergschloß-Bockbier.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musik: 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Baarz
— Zillerthaler und Tegernseer Sänger —
Schuhplattler und Jodler!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen:
Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Größter Konzertsaal Berlins!
Heute Freitag: Elitetag!
Das größte und amüsanteste
Bayr. Bockbierfest
Das Kostüm in 10 Minuten.
Heute: Die Weltaensation
Tagessgespräch! Verblüffend!
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag, 27. Januar: Gastspiel des Königl. Kammer-sängers Werner Alberti mit dem Volks-Sinfonie-Orchester.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Bolschuld m. Ges. in 3 Akten
von Adolph Lörange. Musik von
H. Biel. — Anfang 8 Uhr.
Vorher und folgende Tage:
Mein Leopold.
Sonabend nachm. 4 Uhr:
Schneewittchen u. die 7 Zwerge.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Kabale und Liebe.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, 24. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin!
Mae Norton
das Phänomen d. Magentrainings!
Der Aeroplan im Zirkus
(Ein Affe als Aviatiker! I)
sowie die gesamten neuen
Januar-Attraktionen. Z. Schluß:
„Sevilla“
Avis! Sonntagnachm. 3 1/2 U.
„Unter Gorillas“.
Jeder Erwachsene ein Kind unter
10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei.

Zirkus
Albert Schumann.
Heute Freitag, 24. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Das Tagesgespräch von Berlin!
Cäsarios
Löwen- und Tigergruppe.
Der Triumph des Todesmutes

Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Zum Schluß:
Die Feuer-Fantäne.
Wirklich brennendes Wasser.

Casino-Theater
Rothinger Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse:
Am grünen Strand
der Spree!

Admiralspalast.
Allabendlich:
Das neue und durchschlag
Erfolg aufgef. Eisballett
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in
St. Moritz. 2. Akt: Soiree
im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kass.
Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Parlamentarisches.

Das Petroleummonopol in der Kommission.

Die Sitzung vom Donnerstag brachte die Fortsetzung der Generaldiskussion über die Versorgungs- und Preisfrage. Von fast allen Seiten wurde die Bildung einer Subkommission zur Entgegennahme von weiteren vertraulichen Mitteilungen als unzulässig abgelehnt.

In der Frage der Qualität wurde von der Regierung festgestellt, daß nicht nur die chemische Zusammensetzung, sondern neben ihr das Ergebnis von Brennpunkten maßgebend für die Beurteilung der Güte sein soll.

Eine Niederlage der Reichspostverwaltung. — Etat der Reichspost.

Eine recht empfindliche Niederlage holte sich die Reichsregierung, insbesondere die Reichspostverwaltung, in der Donnerstagtagung der Budgetkommission des Reichstags.

Genosse Sadekum begründete die Ermäßigung der Stammeinlage und wünschte die Vereinfachung der Ueberweisungsgebühr von 5 Pf.

Bei der Beratung des Reichspostetats wurde in endlos langer Debatte darüber gestritten, ob die Post- und Telegraphenverwaltung zum zweiten Male wiederholt werden kann.

Jugendgerichte.

In der Jugendgerichts-Kommission des Reichstags, die am Donnerstag zu ihrer ersten Beratung zusammentrat, wurde zunächst ein Antrag Dr. Trendel (Z.) beraten und angenommen, der die Herbeiführung des gesamten zum Strafrecht, Strafprozess und Strafverfahren bei jugendlichen Delinquenten vorhandenen Materials des In- und Auslandes verlangt.

Hierauf begründete Herr Schenker (Sp.) kurz den Antrag auf Heraushebung des Strafmündigkeitsalters auf 14 Jahre. Van Calker (natl.) trat ihm bei.

ablehnend verhalte. Die Verhältnisse in den Gefängnissen seien direkt himmelschreiend, und die Kommission dürfe unter keinen Umständen die Jugend den Gefahren der dort unermesslichen kriminellen Ansteckung ausliefern.

Geschäfte des preussischen Staates.

In der Budgetkommission des Preussischen Landtages wurde die Frage der Abtretung des Brunenwalds an die Stadt Berlin behandelt.

Aus der Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. Ein abgelehnter Staatsanwalt.

Der Staatsanwalt Gläser in Gotha hatte Strafantrag gegen den früheren verantwortlichen Redakteur Genossen Kühn vom „Gothaer Volksblatt“ gestellt und zur Begründung seines Antrages seinem Kollegen Staatsanwalt Riefenwieser auch gleich eine längere selbstverfaßte Anklageschrift ausgehändigt.

Eine Enquete über die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: In einer ganzen Reihe von schweizerischen Kantonen ist die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel an der Volksschule (Primar- und Sekundarschule) gesetzlich eingeführt.

Die eine Behauptung ist so unwarhaft wie die andere, und deshalb nahm ein dortiger Genosse durch Umfrage bei den Schulbehörden verschiedener Gemeinden eine Enquete über die mit der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Schule gemachten Erfahrungen vor.

Wenn Sie einen Vergleich ziehen mit den hiesigen Verhältnissen, wie Sie selber aus meinem Berichte leicht entnehmen können, springt der Fortschritt zwingend in die Augen, und ich hoffe nur zuversichtlich, daß Sie wenigstens diesen einen unternehmen Schritt zur Verwirklichung bringen können und weitere nachfolgen werden.

Knappfen. Erfahrungen haben wir vorzügliche gemacht, indem wir ein einheitliches Schulmaterial haben und daß ebenfalls die ärmeren Kinder mit dem gleichen Material arbeiten können wie bessergestellte.

Knappfen. Erfahrungen haben wir vorzügliche gemacht, indem wir ein einheitliches Schulmaterial haben und daß ebenfalls die ärmeren Kinder mit dem gleichen Material arbeiten können wie bessergestellte.

Knappfen. Erfahrungen haben wir vorzügliche gemacht, indem wir ein einheitliches Schulmaterial haben und daß ebenfalls die ärmeren Kinder mit dem gleichen Material arbeiten können wie bessergestellte.

Knappfen. Erfahrungen haben wir vorzügliche gemacht, indem wir ein einheitliches Schulmaterial haben und daß ebenfalls die ärmeren Kinder mit dem gleichen Material arbeiten können wie bessergestellte.

Knappfen. Erfahrungen haben wir vorzügliche gemacht, indem wir ein einheitliches Schulmaterial haben und daß ebenfalls die ärmeren Kinder mit dem gleichen Material arbeiten können wie bessergestellte.

können insbesondere schon aus lehigennanntem Grunde die oben erwähnte Institution nur empfehlen.

Namens der Schulkommission: B., Pfr. Seedorf. Wir haben mit der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Schreibmaterialien nur gute Erfahrungen gemacht.

Keines Erachtens sollte die Unentgeltlichkeit auch in den Arbeitsschulen eingeführt werden. Arme, mädchenreiche Familien werden durch die Materiallieferungen an die Arbeitsschule zu unüberhältnismäßig hohen Ausgaben verpflichtet.

Die Rücksprache, die ich in diesen Tagen genommen, hatte ungefähr gleiches Ergebnis, wie oben ausgeführt.

Niederried. Seit dreißig Jahren besteht hier die Unentgeltlichkeit für die Lehrmittel und seit etwa 20 Jahren auch für die übrigen Materialien. Es wird dies als eine wohltuende Einrichtung angesehen, weil stets alle Schüler rechtzeitig die notwendigen Materialien haben.

Unser Genosse bemerkt dazu, daß er noch mehrere solcher Zeugnisse in Händen hat, die alle überaus günstig lauten. Und die Redaktion des in Zürich erscheinenden „Grünländer“ fügt hinzu: „Im Kanton Zürich ist die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Schulmaterialien seit Jahren in Primar- und Sekundarschulen eingeführt und kein vernünftiger Mensch möchte sie missen.“

Die Regierung des Kantons Basel-Stadt sagte schon in einer Vorlage vom Jahre 1888 über die Abgabe auch der gedruckten Lehrmittel in allen mittleren und unteren öffentlichen Schulen, daß die Ausgaben für die Lehrmittel, ebenso wie früher das Schulgeld, den Eltern schulpflichtiger Kinder in den meisten Fällen eine ökonomische Last sind.

Sehr richtig konstatiert ganz allgemein auch der Sekretär der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich, Dr. Suber, in einer Uebersicht über die Unentgeltlichkeit der individuellen Lehrmittel und Schreibmaterialien in den schweizerischen Volksschulen, die er im Auftrage des eidgenössischen Departements des Innern verfaßte, daß die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel noch irgend, wo man sie eingeführt hat, wieder abgeschafft wurde, was für sie die beste Empfehlung ist.

In Deutschland wird die einst von Baldek eifrig vertretene Forderung nach Unentgeltlichkeit der Lehrmittel fast nur von der Sozialdemokratie verfolgt.

Stadtverordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 5 Uhr. Vorsteher Nischelet eröffnet die Sitzung nach 6 1/2 Uhr.

Der Rechnungsausschuss hat über seine letzten Arbeiten einen umfangreichen Bericht erstattet, den vor dem Plenum Stadtd. Lieberher (Fr. Fr.) vertritt.

Die Resolution schießt heute bei allen Rednern, Stadtd. Kuhlmann (Fr. Fr.), Sachs (A. L.) und Rosenow (R. L.) auf Widerspruch.

Die Ausschussverhandlungen über den Antrag des Stadtd. Max Schulz (R. L.) auf Gewährung von Entschädigung auch an diejenigen Bewohner der Greifswalder Straße, die durch den Gewitterregen vom 2. Juli 1912 Schaden erlitten haben, sind für die Meisten und den Antragsteller günstig verlaufen.

Ohne Diskussion tritt heute die Versammlung dem Ausschussantrage bei.

Hierauf schießt die Versammlung zur Wahl eines besoldeten Stadtrats an Stelle des Stadtsyndikus Hirsfeldorn, dessen Wahlzeit am 1. Juli 1913 abläuft.

Zur Wiederbesetzung der durch den Tod des Stadtd. Hergberg (Fr. Fr.) freigewordenen Stellen im Turn- und Bade-Kuratorium und in der Wasserwerks-Deputation haben Wahlen zu erfolgen. Gewählt werden durch Zuruf Stadtd. Böhm (Soz.) und Vergahoff (Fr. Fr.).

Zur Beratung gelangt hierauf die in ihren Einzelheiten schon bekannte Magistratsvorlage betr. die Organisation der städtischen Wohnungsbesetzung und Wohnungsaufsicht.

Oberbürgermeister Wermuth: D. Wohnungsfrage ist seit langen Jahren Gegenstand der Beschäftigung der städtischen Vertretung. Die Arbeit des Magistrats in dieser Beziehung liegt Ihnen jetzt vor.

Zur Beratung gelangt hierauf die in ihren Einzelheiten schon bekannte Magistratsvorlage betr. die Organisation der städtischen Wohnungsbesetzung und Wohnungsaufsicht.

Oberbürgermeister Wermuth: D. Wohnungsfrage ist seit langen Jahren Gegenstand der Beschäftigung der städtischen Vertretung. Die Arbeit des Magistrats in dieser Beziehung liegt Ihnen jetzt vor.

Zur Beratung gelangt hierauf die in ihren Einzelheiten schon bekannte Magistratsvorlage betr. die Organisation der städtischen Wohnungsbesetzung und Wohnungsaufsicht.

Schluss durch Mangel an Initialide unfererseits verpaßt werde. Die Wohnungsfrage sowohl für die Hausbesitzer wie die Mieter er-
reichlich zu regeln, ist für die Gemeinde in erster Linie berufen. Das
die Vorlage nicht früher an die Versammlung gekommen ist, erklärt
sich zum großen Teil aus den Verhandlungen mit den städtischen
Organen. Lediglich um dieser Verhandlungen willen nehme ich
einleitend das Wort. Bereits am 16. Juni 1912, noch während der
Anlaufzeit meines Vorgängers, stellte der Magistrat bei der Re-
gierung den Antrag, die Wohnungspolizei in die Hand der Stadt
zu geben. Auf diese Bitte und auf eine zweite Eingabe, die schon
vor Wochen abging, war uns eine Erwiderung nicht zuteil
geworden (Hört! hört!), ehe die Vorlage an Sie abgefordert
wurde. Vor zwei Tagen ist mir eine vorläufige Antwort gemor-
den, aber sie ist nur rein formell und bringt uns der Entscheidung
nicht näher. (Hört! hört!) Ich gebe dem aufrichtigen Bedauern
über die bisherige Fruchtlosigkeit unserer Anregungen Ausdruck
(lebhafter Zustimmung). Wir waren sicher, und es sieht doch wohl
fest, daß sowohl der Staat wie das Reich ein lebhaftes Interesse an
der Wohnungsfürsorge haben; deshalb glaubte der Magistrat be-
stimmt, voraussetzen zu dürfen, daß sein Bestreben auch bei der Re-
gierung freundlichen Widerhall finden würde. Das sieben Monate
lange Schwelgen hat uns aber eine Enttäuschung gebracht. Eine
lebhaftige Bewegung auf Seiten des Staates, die Be-
wegungsfreiheit der Stadt Berlin zu fördern, ist
niederträglich nicht merkbar zutage getreten (Heiter-
keit), ja es drängt sich sogar unabweislich die Befürchtung auf, daß
Berlin zu einem jahrelangen Stillstand im gesamten kommu-
nalen Leben bestimmt sein könnte, weil man meint, es sei
wünschenswert, zunächst die Entwicklung des Zweckver-
bandes abzuwarten. Dagegen würden sich vom Standpunkte des
Städterats die lebhaftesten Bedenken ergeben. So hoch man die
Aufgaben des Verbandes einschätzen mag, ein Ausbau der Selbst-
verwaltung im gegenwärtigen Sinne beansprucht er wohl selbst nicht
zu sein. Er ist ja nicht eine einheitliche und rechtliche Vertretung
der Bürgerschaft. Soweit der Zweckverband das Gebiet einengt,
das bisher die Selbstverwaltung ausgefüllt hat, ist es gerade nötig,
der Selbstverwaltung neue Lebenselemente zuzuführen. (Zus-
timmung.) Unmöglich scheint mir die Erwartung, daß Berlin
allmählich aus der Selbstverwaltung hinauswachsen sollte, weil es
für sie zu groß geworden wäre; im Gegenteil. Wir möchten nicht
eines Tages die Wahrnehmung machen, daß wir in Verfolgung
nützlicher und schöner Ziele das Erbschaftsrecht der Gemein-
defreiheit aus dem Auge gelassen und zum Opfer gebracht haben.
(Lebhafter Beifall.) Die Wohnungspolizei begehrten wir nicht als
eine Weiterentwicklung; wir begehren sie auch nicht, um politisi-
schen Geist in die Wohnungspflege einzuführen — im Gegenteil!
Die bisherige Erfolglosigkeit unserer Anträge darf uns in keiner
Weise davon zurückhalten, entschlossen und selbständig vorzugehen.
Bereiten wir, so wäre das ein schwerer Fehler, der sich sehr bald
auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge selbst an uns rächen würde.
Ich bitte Sie, unserer Bereitwilligkeit auch Ihrerseits beizutreten
und damit die Stellung der Stadt zu stärken. (Lebhafter allseitiger
Beifall.)

Stadt. Heilmann (Soz.): Wäre hier der Stadt. Radewig an
meiner Stelle, er würde die Vorlage sicher mit dem Zitat be-
grüßen: „Spät kommt da, doch da kommt!“ (Heiterkeit.) Ich
kann nur meiner Bemerkung Ausdruck geben, daß wir endlich
eine Wohnungsamtvorlage vor uns haben. Wir haben uns dieses
Wohnungsamt fast doppelt so lange gedient wie Jakob um Kadel.
Deshalb macht es einen wunderbaren Eindruck, wenn die Be-
gründung im Gegensatz zu den Ausführungen des Oberbürger-
meisters sich um den Nachweis bemüht, daß zwischen dieser und
unseren früheren Anträgen kein Zusammenhang besteht. Unauf-
förlisch habe ich namens meiner Freunde, um eine solche Vorlage
gebeten; wiederholt habe ich darauf hingewiesen, daß man sich doch
nicht erst durch städtische Einmischung dazu zwingen lassen soll. Jetzt
muß der Magistrat selbst in die Begründung hineinschreiben, daß
die Entwicklung ihn vorwärts dränge. Auch in
unseren Reihen herrscht ja mehr Freude über einen reifen Ent-
scheid, als über 99 Gerichte. (Mehrfaches Ohl bei der Mehrheit.)
Hoffentlich kommen auch die Grundbesitzervereine nun zu einer
anderen Auffassung, obwohl ich meine Hoffnung hier sehr be-
stimmt habe. Zwar haben die Herren Glahel und Landsberg im
vorigen Jahre die Wohnungsaufsicht auch zu wünschen erklärt, aber
schon drei Monate nach diesen Erklärungen sagte der Bund
der Berliner Grundbesitzervereine einen Ent-
schluss, der sich ganz entschieden gegen dieses
städtische Wohnungsamt erklärte, und der Jahres-
bericht des Bundes für 1911 enthält Ausführungen, die sich gleich-
falls schroff dagegen wenden; der Verfasser des Berichtes hat sogar
Ausführungen von mir zu diesem Zweck direkt in ihr Gegenteil ver-
kehrt. Es macht nun von vornherein gewiß einen Unterschied, ob
dem Wohnungsamt die Wohnungspolizei zusteht oder nicht. Im
Jahre 1911 stand der Magistrat in dieser Beziehung noch auf dem
uns entgegengesetzten Boden; jetzt hat er sich zu un-
serem Standpunkt bekehrt. Der Magistrat ist
nun wieder einmal von den höheren Staatsbehörden
in einer Weise behandelt worden, die geradezu unerhört
und wohl in keinem anderen Lande möglich ist. Es wäre doch
sehr wünschenswert gewesen, wenn der Magistrat diese Tatsache in
den Rativen schärfer getöndert hätte. Zu meiner großen
Freude hat der Oberbürgermeister in herzerstreichender Weise gründ-
lich das Vermehrte nachgeholt; wir haben also Ursache, ihm dafür
dankebar zu sein. Diese Behandlung Berlins durch die Staats-
regierung ist um so unglücklicher, als dieselbe Regierung, mindestens
ein halbes Duzend Erlasse über das Wohnungsproblem an die
Kommissionen erlassen hat. Aus meiner Tätigkeit im Zweckverbande
ist mir bekannt, daß die Herren im Oberpräsidium, wenn sie nur
wollen, schnell, prompt und gut arbeiten (Aufe: Gut!) Jawohl,
wir dürfen schon mehrmals mit ihnen sehr zufrieden sein. Das
hier eine gewollte Brücklerung der Stadt vorliegt, ist gar nicht von
der Hand zu weisen — was natürlich die Minister nicht hindern
wird, eventuell schon in der nächsten Woche hier im Ratibause eine
glänzende Lobrede auf die Selbstverwaltung und auf alles, was
hier geleistet wird, zu halten. (Große Heiterkeit.) Auch die Kol-
legen hier haben sich leider oft von solchen Reden bestritten lassen
und die Taten der Herren dort vergessen; wären sie nur halb so hart
und selbstbewußt wie die Herren oben, es wäre vieles bei uns
anders. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aus
der Vorlage ersehen wir auch nicht, wie der Minister nach-
geordnete Polizeipräsident sich zu dem städtischen Wohnungs-
amt stellen wird, wir wissen nicht, ob er sich ebenso entgegen-
kommend zeigen wird, wie seine Kollegen in Charlottenburg und
Schöneberg. Dem vorgelegten Statut kann ich im großen ganzen
unser Zustimmung aussprechen. Die Begründung eines Wohnungs-
amtes ist nur der Beginn, die Einleitung zu einer wirklichen
Wohnungsfürsorge. Wir brauchen vor allem eine umfassende
Wohnungsstatistik. Die Vorlage fußt noch auf den von unserem
Städtischen Amt aufgenommenen Ziffern von 1905, weil die betr.
Erhebungen von 1910 noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Wir
begrüßen es, daß keine speziellen Normalbestimmungen festgelegt
sind; wenn der Deputation der Rahmen für ihre Tätigkeit nicht
zu eng gezogen wird, wird das für ihre Arbeiten nur von Vorteil
sein. Auch damit sind wir einverstanden, daß keine Bestimmung
auf eine bestimmte Größe von Wohnungen vorgesehen ist. Wir
haben in Berlin diese hochherzige Wohnungen, wo die
Dienstbotenräume den elementarsten Anfor-
derungen nicht entsprechen (Sehr richtig!) Das gleiche gilt von
den Portierwohnungen mancher Paläste; es sind das häufig
nicht Wohnungen, sondern elende Löcher, in denen die Portiers
hausen müssen. (Zustimmung und Anrufe.) Das die Königs-
Friedrich-Stiftung die Deputation unterstützen soll, billigen wir.
Freilich hat diese Stiftung bis jetzt ganz nuch, und zweifels be-
stehen; trotzdem plant der Magistrat hier noch an Etade die
Hoffnung auf, während doch die Substanz dieser Stiftung
durch Gehen in vollen 19 Jahren sich um bare 500 Mark erhöht
hat. (Große Heiterkeit.) Der Kreis der echten Wohltätigkeit überden-

reicheren Bürger ist sehr begrenzt und wird mit jedem Jahre
kleiner. Mit welchen Sorgen und Mühen stellen der Wohlverein
und ähnliche humanitäre Vereine jedes Jahr ihren Etat auf, weil
ihre Einnahmen immer geringer werden! Die große Mehrheit
dieser Kreise übt die Wohltätigkeit mehr denn, wenn dafür ge-
sorgt ist, daß neben ihren Gaben auch ihre Namen und ihre
Personen gebührend hervortreten. (Zustimmung und lebhafter,
lärmender Widerspruch.) Von hier ist also wirksame Hilfe für
diejenigen, die aus eigener Kraft ihre Wohnungsverhältnisse nicht
bessern können, nicht zu erwarten; die Begründung sagt aber schroff:
einen besonderen Betrag dafür in den Etat einzuflechten, wird
weder jetzt noch später in Aussicht zu nehmen sein. Ein
Politiker soll doch niemals „niemals“ sagen. Die Deputation
möchten wir nicht aus 4 Magistratsmitgliedern, 5 Stadtrath-
ordneten und 5 Bürgerdeputierten bestehen lassen, sondern aus 4 der
ersten, 8 der zweiten und 3 der dritten Gruppe. Wir halten
ferner für erforderlich, daß auch in der Spitze Frauen zur
Mitwirkung berufen werden. Im Charlottenburger Statut
ist ausdrücklich die Mitgliedschaft von drei Frauen vorge-
schrieben. Dieses Wohnungsamt halten wir nicht für eine ge-
mischte Deputation, wir können also den Frauen darin alle Rechte
einräumen. Das Nähere wird im Ausschuss zu besprechen sein.
Lebhaft bedauern wir, daß die Vorlage den unentgeltlichen Woh-
nungsnachweis für kleinere Wohnungen, wie ihn unser Antrag
verlangt, nicht enthält. Der Magistrat macht sich die Ablehnungs-
gründe, die uns die im vorigen Jahre zugegangene sehr eingehend
abgefaßte Druckschrift mitteilt, lieber wiederum zu eigen. Wenn
in Zeiten eines Wohnungsmangels ein Wohnungsnachweis nutz-
bringend soll arbeiten können, so muß er doch eben schon vor-
handen sein und sich eingelebt haben. „Weder für jetzt, noch für die
Zukunft sei eine Wohnungsnot in Berlin zu fürchten“. Das ist
auch unrichtig. „Der Wohnungsmarkt für Groß-Berlin soll als ein
einheitlicher zu betrachten sein.“ Wenn Charlottenburg und
Schöneberg eine solche Einrichtung für ihre Reichbild für nötig
halten, so ist das eine geradezu groteske Behauptung. Auch die
Reichstagskommission und die Gesellschaft für soziale Reformen
verlangen, daß jedem Wohnungsamt ein unentgeltlicher Wohnungs-
nachweis wenigstens für kleinere Wohnungen angegliedert werden
müsse. Der Magistrat hält also schon beim ersten Schritte wieder
inne. — Wir beantragen Ausschussberatung. Ein Ausschuss für
diese Fragen berichte ja schon seit 1911. Wir werden uns aufrichtig
freuen, wenn es uns gelingt, eine Einrichtung zu schaffen, die Ber-
lin zum Ruhm gereicht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemo-
kraten.)

Stadt. Galsand (A. L.): Einrichtungen, die ganz neue Wege
gehen, müssen notwendig erst in kleineren Kommunen erprobt wer-
den, ehe sie auf eine zweimillionenhafte übertragen werden
können. Wir haben gar keinen Grund, „reutig“ zu sein. Die An-
griffe gegen den Bund der Berliner Grundbesitzervereine hätte der
Vordränger doch ergänzen können durch die Mitteilung, daß der
Zentralvorstand sich für die Wohnungsaufsicht ausgesprochen hat.
Die große Masse der Berliner Hausbesitzer wünscht nichts sehr-
licher als die Einführung der Wohnungsaufsicht. In die Mit-
glieder der 180 Wohnungskommissionen werden ganz besondere An-
sprüche gestellt werden müssen. Die Frauen sollen bei uns nicht
bloß beratende Stimme haben wie in Charlottenburg, sondern be-
schließende. Die Kombination des Wohnungsamtes mit der Königs-
Friedrich-Stiftung ist ein sehr fruchtbarer Gedanke. Die Spenden
für diese Stiftung sind ja sehr minimal gewesen; aber hat denn
die Partei des Vordrängers, die doch auch sehr bemittelte Leute
zählt, etwas dafür getan, hat bis jetzt der Kollege Heilmann den
Baukreditstand dafür inkrustiert? (Große Heiterkeit.) An den
Wohnungsnachweis werden wir gehen können, wenn sich die Woh-
nungsaufsicht eingelebt hat. Wir beantragen ebenfalls Aus-
schussberatung.

Stadt. Gassel (A. L.): Es ist ja richtig, daß die Staatsregie-
rung oft schädlich in die Bemühungen der Stadtverwaltung ein-
gegriffen hat, aber dann ist auch stets mannhafter Protest erfolgt,
insbesondere auch durch den verstorbenen Oberbürgermeister Kir-
chner. Mit Unrecht hat Herr Heilmann auch den Wohltätigkeits-
reichteren Bürger als gering bemängelt; ich muß diese gegen
solche Verunglimpungen energisch in Schutz nehmen. — Schon
1866 hat im Herrenhause die konservative Reaktion Stahl die
Übertragung der Wohnungspolizei auf die Städte verlangt! Heute
wird uns tatsächlich die „Allmacht der Bureaucratie“ auf diesem
Gebiet recht drohend vor Augen geführt. Riquel hat im Abge-
ordnetenhaus die Übertragung nicht auf den Bürgermeister, son-
dern auf den Magistrat gefordert! Und der Minister Herrfurth
erklärte ausdrücklich die Bereitwilligkeit der Regierung, die Woh-
nungspolizei den Städten zu übertragen, die darum nachsuchen
würden. Und heute, nach 50 Jahren, ein dürres Reim! Was nicht
uns Lob und Anerkennung, wenn wir so behandelt werden? Bei
solcher Mißwollen wird man uns nicht verdenken, wenn wir bei
Gelegenheit der Waldankäufe usw., wo wir ja die Fische in der
Seupfische zu bezahlen haben, zehnmal überlegen, wie wir uns
zu diesen Opfern stellen werden. (Beifall.)

Stadt. Goldschmidt (A. L.): Wenn es den Mietern zur Pflicht
gemacht würde, den Beamten der Wohnungsaufsicht Zutritt zu
ihren Wohnungen zu gewähren, wäre schon viel gewonnen; es darf
aber nicht übersehen werden, daß wir hierbei auf Widerstände bei
Mietern und Vermietern stoßen würden. Wir in Berlin können
uns anderen Städten gegenüber sehr glücklich noch sehen lassen; in
manchen Beständen bestehen Zustände auf dem Gebiete des Klein-
wohnungswesens, die aller Beschreibung spotten. Man hat auch
daran gedacht, Unbemittelten notwendige Möbel und dergl. zu
geben, welchem Zweck ja die Königs-Friedrich-Stiftung dienen soll.
Kollege Heilmann meint, es werden Zeiten kommen, wo man für
derartige Zwecke Mittel in den Etat einstellen wird. Es läßt sich
nicht leugnen, daß Berlin allmählich ein Sammelpunkt für Hilfs-
bedürftige aus der ganzen Provinz geworden ist. Neufällen z. B.
ist beinahe jährlich 53 Hl. pro Kopf an Armenplätze, in Berlin ist
dieser Satz ein ganz bedeutend höherer, er beträgt über 3 Mark.
Die Frage des Wohnungsnachweises ist in Berlin nicht so leicht zu
regeln wie in mittleren und kleinen Städten; die kleinen Leute
gehen einfach durch die Straßen und suchen sich ihre Wohnungen
selbst, ohne sich an den Nachweis zu wenden. Im übrigen stimmen
meine Freunde für Ausschussberatung.

Stadt. Rammann (Fr. Fr.): Wenn die Städte etwas gern
vom Staate haben wollen, kriegen sie es nicht; wenn sie etwas nicht
gern haben wollen, weil es neue Lasten bringt, dann ist er um so
bereitwilliger. Trotzdem wir die Wohnungspolizei nicht haben,
wollen wir doch den Versuch machen, eine städtische Wohnungs-
fürsorge in die Wege zu leiten. Ausdrücklich erklären wir unsere
Freude über die Vorlage, wir fügen damit eine neue, von uns
bisher nicht übernommene Pflicht in den Rahmen unseres Arbeits-
pensums ein. Die Ausschussberatung wird sich daran tun, diesen
Rahmen nicht zu sehr mit Detailvorschriften auszufüllen. Zunächst
gilt es, eine brauchbare Unterlage für die Wohnungsfürsorge zu
schaffen. Die praktische Wohnungspflege kann von der Stadt nur
im Rahmen des Erreichbaren betrieben werden, hier sind uns Gren-
zen gezogen. Mittel aus allgemeinen Steuern können wir für die
Lösung der Wohnungsfrage nicht hergeben. Wir können nur helfend
und ratend eintreten. Mit den 40 000 M. Zinsen der Stiftung läßt
sich immerhin manches machen; es werden immerhin einmalige
Beiträge geleistet werden können, mit denen man (schlechten) Woh-
nungen in besseren Zustand setzen kann, und in diesem Sinne be-
sonders wertvoll. Die Organisation erscheint uns durchaus akzep-
tabel, ob die Zahl der Beamten, ob die Gehälter richtig bemessen
sind, wird die Praxis lehren. Der Leiter des Wohnungsamtes muß
vor allem ein glänzender Organisator sein. Nicht die Unterstützung
des Einzelnen, sondern die Hebung des Wohnungswesens muß das
Ziel sein.

Stadt. Fischel: Eine Einzelnenfrage, wie der Stadtver-
ordnete Heilmann andeutete, hat der Magistrat gar nicht aufge-
worfen; er ist seinen eigenen Weg weiter gegangen. Berlin mit
seinen tiefen Verhältnissen steht so isoliert da, daß es sehr
oft die Erfahrungen anderer Kommunen abwarten muß. Erst

nachdem auch der Widerstand der Grundbesitzerkreise schwächer ge-
worden ist, können wir den Versuch wagen, auch ohne die Woh-
nungspolizei zu bestehen. Die Druckschrift des Magistratskollektors
Dr. Siegel bedient die Vorwürfe des Stadtr. Heilmann nicht.
Den Wohnungsnachweis von Stadt wegen einzuführen, hat seine
großen Bedenken. Wir können ohne Polizei die Grundbesitzer nicht
zwingen, die Wohnungen zu melden. Aus Charlottenburg, wo der
Zwang besteht, hören wir gleichwohl nichts von seiner Wirkung. Es
hängt eben alles von der Konjunktur ab. Darum haben wir ein-
willigen diesen Weg nicht gehen wollen. Die Einstellung von städti-
schen Mitteln in den Etat für Wohnungsaufsicht halten wir
für einen äußerst bedenklichen Weg, dessen Anfang man wohl, dessen
Ende man aber nicht sieht. Es geht nicht an, daß sich der einzelne
auf den großen Geldbeutel der Stadt Berlin verläßt. (Große Heiter-
keit.) Frauen können wir wohl in die Kommissionen wählen, aber
nicht an der Spitze der Organisation zulassen, denn sie sind nicht
stimmberichtigte Bürger. Das Wohnungsamt werden wir auch
mit der Vorlage nicht aus der Welt schaffen, aber manches Auf-
bringende wird doch geschaffen werden können.

Stadt. Heilmann (Soz.): Da alle Parteien für Ausschuss-
beratung stimmen, nötig mich nur eine Äußerung des Kollegen
Gassel zum Widerspruch. Ich soll den Wohltätigkeitskreis der Ber-
liner Bürgerschaft verunglimpfen haben. Wir ist derartiges über-
haupt nicht in den Sinn gekommen, wie der stenographische Bericht
ergeben wird. Ich habe einfach ausgeführt, daß wir in Berlin
einen Kreis von Personen haben, die Wohltätigkeit üben, weil sie
das für ihre Pflicht halten, doch dieser Kreis aber ein engherziger
ist und von Jahr zu Jahr kleiner wird. So habe ich natürlich aus-
geführt, und ich bedaure, daß ich Stadtrat Selberg nicht sehe. Der
ist einer der wenigen Herzen, die sich in absolut geduldiger und
tatsächlicher Weise der Pflege der Wohltätigkeit unterziehen, wie
es sein soll; er würde mir unbedingt beistimmen müssen, daß ich
recht habe. Was den Unmut des Stadtr. Gassel erregt hat, ist wohl
meine Bemerkung gewesen, die größte Mehrzahl seiner vorgug-
weise da, wo sie die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit sehe, daß
neben ihren Gaben auch ihre Person in den Vordergrund tritt.
(Stadt. Ryllmann: Das war nicht schön und nicht richtig!)
Das ist nicht meine Schuld, sondern die der Verhältnis. o berufe
mich da auf einen klassischen Zeugen, auf die Veröffentlichung des
Vereins für Armenpflege, wo sehr lebhaft bedauert wird, daß die
Vereine, wenn sie Geld haben wollen, Was-
senbälle und derartigen Alimosen machen
müssen. Das habe ich getadelt und weiter nichts. Im übrigen ist
der Ausgangspunkt unseres Streites ja der gewesen, ob unsere
reichen Mitbürger in gerühmter Weise Gaben hingeben werden,
damit die Einkünfte dieser Stiftung sich verbessern und unser Woh-
nungsamt mehr Mittel bekommt, bedürftigen Mietern Unterstützung
zu geben usw. Ich werde ja nach 12 Jahren nicht mehr hier sein
(Aufe: Oh!), aber meine Nachfolger werden fragen können,
was denn in den 12 Jahren zusammengekommen ist; die Antwort
nach zwölf Jahren wird ja die gleiche sein, wie sie uns Stadtr.
Fischel zu geben gegönnt war.

Stadt. Gassel bedauert, seine Ausführungen nicht zurück-
ziehen zu können (Lärm), da seine Behauptungen durch die täg-
liche Erfahrung bewiesen würden.
Stadt. Radewig (A. L.): Kollege Heilmann hat mir unterstellt,
ich würde an seiner Stelle meine Ausführungen mit einem be-
kannten Zitat aus Ballenstein begonnen haben. Herr Heilmann
hat in seiner doch nicht überlangen Rede nicht weniger als sieben
Zitate angebracht. Man muß aber auch richtig zitieren. Es heißt
nicht: „Spät kommt da, oder du kommt“, sondern: „Spät kommt
ihr, doch ihr kommt.“ (Große Heiterkeit.)

Auf Vorschlag des V o r s e h e r s wird der bestehende Ausschuss
für die Wohnungsfrage für aufgelöst erklärt und die Wahl eines
neuen beschlossen, an den die Vorlage verwiesen wird.

Zu den Kosten des Denkmals für Robert Koch wird die
Leistung eines Beitrags von 15 000 M. gefordert; die Gesamtkosten
belaufen sich auf 100 000 M., wovon 60 000 M. bereits zusammen-
gebracht sind.

Stadt. Sachs bemängelt, daß das Denkmal ohne Ausschreibung
einer Konkurrenz bereits in Auftrag gegeben sei; das sehe etwas
nach Protektion aus.

Der Beitrag wird bewilligt.

Mit den Verlagsbuchhändlern Bedmann und Bunge soll
über die Herstellung von Einrichtungen zur Uebermittlung
von Nachrichten und Musik ein Vertrag abgeschlossen werden.

Auf Antrag Landsberg (A. L.) wird diese Vorlage, an der der
Antragsteller besonders die Einzelheit der Anerkennungsgeldhöhe von
500 M. bemängelt, einem Ausschuss überwiesen.

Gleichfalls an einen Ausschuss geht die Vorlage wegen frei-
händigen Erwerbs der Grundstücke Lindenstr. 13 und
Hollmannstr. 20 zur Verbreiterung der Holmannstraße und
Anlegung einer neuen Straße.

Schluss 9 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Gefundene Diamanten.

Eine sehr interessante Frage beschäftigte am Mittwoch das
Rechtsgericht aus Anlaß einer Klage, die der Landesfiskus von
Deutsch-Südwestafrika, vertreten durch den Staatssekretär des
Reichskolonialamts, gegen die verwitwete Frau Klara S. in Berlin
erhoben hat auf Erlass von 300 000 M. für die von ihrem Ehe-
mann in Südwestafrika in der Nähe von Lüderichsdorf aufgefundenen
Diamanten.

Der glückliche Finder war als Angestellter der Bergbaugesell-
schaft im Bomangebiet an einer Expedition beteiligt, die bestimmte
Gebiete nach Diamanten durchsuchte, um dann an geeigneten
Stellen das Schürfrecht zu erwerben. Die Mitglieder der Expedi-
tion liehen soweit als möglich die offen liegenden Diamanten auf-
zusammeln. Bei dieser Gelegenheit hat S. mehrere wertvolle Steine
für sich selbst gesammelt. Er benutzte die südafrikanische Lage, an
denen durch die Sandbewegungen immer neue Diamanten frei-
gelegt wurden. Der Fiskus behauptet nun, daß in diesem Umlage
von Diamanten eine Veruntreuung liege und daß deshalb die
Universalerbin des S. den Wert der von ihrem Ehemann auf-
gefundenen Diamanten zu ersetzen habe. Zur Begründung seines
Anspruchs beruft sich der Fiskus auf die Kaiserliche Bergverordnung
für Deutsch-Südwestafrika vom 8. August 1905. Gemäß § 1 dieser
Verordnung ist das Schürfrecht des Grundeigentümers an
Erdsteinen usw. ausgeschlossen. Nach § 22 darf der Schürfer ohne
Zustimmung der Bergbehörde über die bei seinen Schürarbeiten
geforderten Mineralien nur zu Probe-, Versuchs-, oder wissenschaftlichen
Zwecken, sowie zu Zwecken seiner eigenen Schürarbeiten
verfügen. Die Bergbehörde kann (ohne Rücksicht auf die im § 21
für die eigenmächtige Wegnahme angedrohte Strafe) von dem, der
dieser Vorschrift nicht Folge leistet, Herausgabe des Wertes der
Mineralien verlangen, über die er verfügt hat.

Der Fiskus ist mit seiner Klage auf Erlass des Wertes von
300 000 M. in allen Instanzen abgewiesen worden.

Das Kammergericht und jetzt auch das Reichsgericht erklären
in ihren Urteilen: Die von Fiskus angelegene Verordnung richtet
sich nur gegen den Schürfer. Schürfer im Sinne dieses Gesetzes
war der Erbauer der Berglagern nicht. Ein Schürfer, welches
die Interessen des Fiskus wahren sollte, ist nicht verlegt; daraus
ergibt sich, daß insbesondere auch ein Okkupationsrecht des Fiskus
nicht verletzt ist.

Berurteilung eines Innungsmisters.

Der Inhaber der bekannten Buchbinderei Firma Schre (Leipzig),
Obermeister der Buchbinderei, Alfred Wber, wurde wegen
versuchten und vollendeten Betruges sowie wegen Unterschlagung
zu einem Jahr zehn Monaten Gefängnis und vier Jahren Ehrver-
lust verurteilt. Höhe hat weit über seine Verhältnisse gelebt und
teilweise bis zu 40 000 M. im Jahre für seine privaten Bedürfnisse
verbraucht. In der Kasse liegen etwa 6 Proz.

Milbe Jutis

Die Mufenjähne in der alten Universitätsstadt an der Leine haben sich nie durch besondere Sanftmütigkeit ausgezeichnet, man braucht nur an ihren berühmtesten Befuder Bismarck zu denken. In der letzten Zeit scheint der harmlose Studententumult etwas in den Hintergrund getreten und durch „Scherze“ ersetzt worden zu sein, die den Betreffenden die Bekanntheit mit den Gerichten verschaffen. In der letzten Sitzung des Schöffengerichts in Göttingen erschienen nacheinander nicht weniger als fünf Studenten als Angeklagte. Der erste hatte in einem Streit mit einem Polizisten diesen einfach seinen Hund auf den Rücken geworfen und sich seiner Verhaftung dadurch zu entziehen versucht, daß er sich auf den Erdboden warf. Urteil: 80 Mark Geldstrafe. — Ein zweiter Angeklagter hatte nach amerikanischem Muster eine Laterne dadurch zum Erlöschen gebracht, daß er mit einem Revolver danach schoss. Wegen Sachbeschädigung erhielt er 30 Mark Geldstrafe. — Der dritte in der Reihe erhielt ebenfalls 30 Mark Geldstrafe, weil er einen Schuhmann einen Tritt verabsolgt hatte. — Bei der nächsten Heimreise hatte der vierte Angeklagte ebenfalls ein Renkontre mit einem Schuhmann. Als ihn der Schuhmann aufschrie, sah er sich die Nummer des Beamten an und konstatierte dann: Sie haben ja eine wunderschöne Schnapsnummer. Dieses maßgebende Urteil wurde vom Gericht mit zusammen 30 Mark geahndet. — Schließlich kam der fünfte in den Saal. Er hatte einen Bekannten, der sich mit einem Polizisten stritt, zugezogen, er möchte sich doch nicht mit einem gewöhnlichen Polizisten abgeben und, als sich der Schuhmann die Einnischung verbat, eine gewöhnlich nur andeutungsweise zitierte Aufforderung aus einem Werke Goethes an ihn gerichtet; er erhielt für die Anwendung dieses klassischen Zitats 50 Mark Geldstrafe.

Mit diesen Strafen, gegen die nach Art und Höhe wir an sich nichts einzuwenden hätten, vergleiche man die gegen Streikende, insbesondere im Ruhrrevier ausgeworfenen Gefängnisstrafen wegen geringfügiger Verleumdungen, die gelegentlich eines Kampfes um eine bessere Lebenshaltung ausgesprochen wurden. Für ein einfaches „Pfeif“ — Gefängnisstrafe für eine Mutter und Volksprediger der Straße an der Mutter mit ihrem Säugling. Gibt es wirklich keine Klassenjustiz?

Das eigene Kind zu Tode gemartert.

Der von seiner Frau getrennt lebende Routerpöcker Heinrich Duh von München, der mit der 27jährigen Haushälterin Regine Seufert von Weiching seit 1911 im Konkubinat lebt, hat im Jahre 1911 seine drei Kinder, darunter einen 4 1/2 Jahre alten Knaben Ludwig, zu sich genommen. Das Kind, das von den beiden grundlos blind geholt wurde, wurde nach und nach das Opfer der bestialischen Qualereien der Seufert und des Duh. Das arme Wurm wurde Tag für Tag mit einem baumenden Weichseifstod geschlagen, mit aller Wucht zu Boden geschleudert, mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen und mit wahllosen Fußtritten traktiert. Hin und wieder steckte der entmenschte Vater das hilflose Geschöpf mit dem Kopf bis an den Hals in ein Gefäß mit Wasser. In ein Bettchen kam das Kind überhaupt nicht, der nackte Boden war sein Lager. Dabei wurde das arme Wurm systematisch zu Tode gehungert. Am 25. Februar 1912 trieb das entmenschte Paar die Qualereien so arg, daß der Knabe am folgenden Tage verstarb. Der kleine Leichnam, der nur 22 Pfund wog, wies nicht weniger als 69 Verletzungen auf. Die gefühllosen Peiniger kamen nun wegen Körperverletzung mit Todesfolge vor das Schwurgericht. Der Staatsanwalt sah sich indes im Laufe der Verhandlung veranlaßt, Anklage wegen Mordes zu erheben. Am Dienstagabend wurde das Urteil gefällt. Nachdem die Geschworenen die Frage auf Körperverletzung mit Todesfolge bejaht hatten, lautete das Urteil gegen jeden der Angeklagten auf 12 Jahre Zuchthaus.

Aus aller Welt. Schorle-Morle.

„Das Publikum muß sich daran gewöhnen, auch für Lebensmittel mehr auszugeben.“ (v. Schorlemer im preussischen Abgeordnetenhaus am 22. 1. 1918.)

Die preussischen Landtagswähler müssen sich daran gewöhnen, daß die Wahlstimme eines Vordellbesitzers schwerer wiegt, als die eines Ministers.

Die großen Diebe müssen sich daran gewöhnen, daß man nur die Kleinen hängt.

Die Kleinen Diebe müssen sich daran gewöhnen, daß nur die erstklassigen Ganzer geisteskrank sind.

Fürst Eulenburg muß sich daran gewöhnen, daß für ihn keine Felle frei ist.

Die „Dochter Madonna“ muß sich daran gewöhnen, daß für Verbrecher ihres Schlages das Gefängnis eine Erholung ist. Die Arbeiterfrauen müssen sich daran gewöhnen, nicht nur Fleisch, sondern auch Hummern, Austern, Spargelköpfe, Kaviar und ähnliches auf den Tisch zu bringen.

Die proletarische Jugend muß sich daran gewöhnen, daß nur der „Jung-Deutschland-Bund“ unpolitisch ist.

Die Landarbeiter müssen sich daran gewöhnen, daß die Prügelstrafe ein treffliches Erziehungsmittel für Heloten ist.

Die freien Gewerkschaftler müssen sich daran gewöhnen, von Streikbrechern niedergelüppelt und mit Maschinen-gewehren berührt zu werden.

Das preussische Volk muß sich daran gewöhnen, von jedem adligen Emporkömmling gescharrt und getreten zu werden.

Die Minister müssen sich daran gewöhnen, daß das Volk ihren Deklamationen keinen Wert beilegt.

Die preussischen Minister müssen sich daran gewöhnen, daß von Zeit zu Zeit einer von ihnen flieht.

Nur ein Minister braucht sich daran nicht zu gewöhnen, da er stets nur die Interessen seiner konservativen Auftraggeber wahrnimmt.

Vier Opfer eines Stubenbrandes.

Ein schweres Brandunglück, das gleichzeitig ein helles Licht auf die Lebensverhältnisse vieler Arbeiterfamilien wirft, hat sich am Donnerstag früh in Janow in Pommern zugetragen. Als die dort wohnhafte Arbeiterwitwe Schmidt frühmorgens zur Arbeit gehen mußte, hatte sie ihre vier Kinder eingeschlossen und die brennende Lampe auf dem Tisch stehen lassen. Eines der Kinder zündete nun an der Lampe Papier an und riß dabei die Lampe um. Das Petroleum ergoß sich über das Kind und über den Fußboden, wodurch auch die Betten der anderen Kinder in Brand gerieten. Das eine Kind verbrannte und seine drei Geschwister im Alter von zwei bis fünf Jahren erstickten durch den entstandenen Qualm. Als Hilfe herbeikam, war es bereits zu spät.

Absturz zweier Militärflieger.

Bei den in der Nähe von Magdeburg zurzeit stattfindenden Manöverübungen der Militärfliegertruppe hat sich am Donnerstag vormittag ein folgenschwerer Absturz zweier Flieger zugetragen. Beim Abflug ins Manövergelände stürzte gegen 10 Uhr zwischen Burg und Mabel der Mars-Doppeldecker B. 78 beim Nehmen einer Linkskurve auf einer Höhe von 15 Metern ab. Der Führer Leutnant v. Scheele wurde schwer verletzt und bewußtlos ins Garnisonlazarett gebracht. Sein Begleitoffizier Leutnant Schlegel war sofort tot. Der Apparat wurde stark beschädigt.

Die Förderung der einheimischen Industrie.

In diesen Tagen ist im Reichstage des langen und breiten darüber geredet worden, wie man dem Handwerkerstande helfen könne. Einer der Redner, ein ganz Schläuer, verließ sich dazu, die Warenhäuser einfach zu verbieten. Wie in manchen Kreisen die heimische Industrie gefördert wird, illustriert trefflich eine Meldung, die uns aus München zugeht. Die Spitzenlöplerer im oberen Frankenthal ist weltbekannt. Kürzlich mußten Nordhalsener und Geroldgrüner Heimarbeiterinnen für eine Pariser Firma eine Bestellung anfertigen. Die deutsche Kronprinzessin hatte in Paris eine Spitzenrobe bestellt, die betreffende Pariser Firma aber ließ die Spitzen dazu von den oberfränkischen Heimarbeiterinnen anfertigen. Die Arbeit wurde mäßig bezahlt. Dann wurde die Robe als Pariser Erzeugnis, natürlich auch mit Pariser Preis, abgeliefert.

Eine echte deutsche Frau mag keinen Franzmann leiden, Doch seine Spitzen trägt sie gern.

Die größten Sensationen der Welt.

Eine französische Zeitung, die ergründen wollte, wie weit das Publikum durch die systematische Sensationsmacherei gewisser französischer Zeitungen bereits „erzogen“ worden ist, kam auf den originellen Einfall, ihren Lesern eine Preisfrage vorzulegen. Welches wäre die sensationellste Nachricht und der sensationellste Titel, dessen Ausdruck in seinen Letztern im Strahlenhandel einen Riesenerfolg der betreffenden Zeitung garantieren würde? Es folgten Titel. Und unter den ersten zehn, die jetzt bekanntgegeben werden, befinden sich auch wirklich einige, die beweisen, daß Frankreich von der Presse Americas schon manches gelernt hat. Eine Auswahl: „Die Heirat des Papstes“. „Die Abdankung Kaiser Wilhelms“. „Die Deputierten verzichten auf ihre Gehälter“. „Ein Regierpräsident der Vereinigten Staaten“. „Gallières ermordet durch Artillerie den Portier des Elisee“. „Eine Flugmaschine mit einem Stern zusammengeflohen“. Und so weiter. — Alle diese sensationellen Titel würden aber übertroffen, wenn es eines Tages heißen würde: „Der preussische Landwirtschaftsminister für Aufhebung der Lebensmittelzölle.“

Ein kleines Mißverständnis.

Der „Frankf. Zig.“ schreibt man aus Amsterdam: Ein bißchen spät ist eine ergötzliche Geschichte bekannt, die sich zu Newjark in holländischen Abgeordnetenkreisen abgespielt hat. Um sie zu verstehen, muß man den frommen Sinn der holländischen Calvinisten kennen, die so zerküßelt sind, daß sie vor jedem Fluch in Empörung geraten. Allerdings hat auch diese Frömmigkeit ihre Grenzen, die in den meisten Fällen gerade mit den Grenzen Hollands zusammenfallen. Denn außerhalb Hollands haben wir nirgends solch lustige Gräber angetroffen wie jene Niederländer, die in ihrem Vaterlande mit den strengen Sitten der Moralität und Entfugung herumlaufen. Im Dezember nun geschah es in der Zweiten Kammer, daß dem Sozialisten Duchs im Eifer des Gefechtes der bei Gottlosen äußerst beliebte Fluch: „God verdomme!“ entwich, was dem in Deutschland auch nicht gerade seltenen Kernwort „Gottverdamm!“ entspricht. Der fromme Calvinist Duchsmaer van Twist war hierdurch „ten zwaarts in zyn gevoelen gekwetst“, d. h. auf das tiefste in seinen Gefühlen gekränkt, und er hielt dem unartigen Sozialisten sofort eine ganz energische Standrede. Herr Duchs ärgerte sich und schwor Stein und Bein, daß er in Dreizehnenmalen niemals geflucht habe. Damit schien die Angelegenheit erledigt. Aber zu Neujahr sandte Herr Duchs seinem empfindsamen Kammerkollegen holländischer Sitte gemäß drei große Buchstaben aus Marjdan: ein G, ein v und ein D. Herr Duchsmaer meinte augenblicklich zu verstehen, was das heißen sollte. Nichts anderes als „God ver-Domme“ natürlich, und er ward abermals „in zyn gevoelen gekwetst“. Und kaum wurde er des lähnen Herrn Duchs in den Wandelgängen der Kammer habhaft, als er ihm auch sofort vor den erst aufstehenden Kammermitgliedern die Meinung jagte, und das gründlich. Aber Herr Duchs erwiderte ganz erstaunt. „Ich weiß nicht, weshalb Sie frommer Herr in einemfort an Flüche denken! G. v. D. heißt „Golukwensch van Duchs“ (Bisakwund von Duchs) und nicht anders!“ Sagte es und ging strahlend seiner Wege.

Kleine Notizen.

Schweres Unwetterunglück. In dem im Abtaufen begriffenen Schacht der Gewerkschaft Wendland bei Lufau ereignete sich am Mittwochnachmittag ein bedauerlicher Unfall. Durch das Versehen des Anschlägers, der vergessen hatte, die Schachtklappen zu schließen, wurde der Inhalt eines Käßels anstatt in die Rippvorrichtung in den Schacht hineingeschüttet. Ein Bergmann erlitt den Tod, zwei wurden schwer und elf leicht verletzt.

Der Erbschaftsstreit. Am Donnerstagsvormittag erschoss in Großwalbur (Koburg) der Zimmermann Baehring aus Gotha seinen Schwager, den Landwirt Büchel in seiner Wohnung wegen einer Erbschaftsangelegenheit. Auch die Frau des Büchel wollte er erschließen. Diese flüchtete jedoch auf die Straße und rief um Hilfe. Der Mörder wurde auf dem Bahnhof in Reeder verhaftet. Der Erbschaftsfall ist Vater von fünf Kindern.

Der Schiffsführer als Gelegenheitsmacher. Wie aus dem französischen Kriegshafen Loul gemeldet wird, sperrte die dortige Polizei abermals eine von einer halbweltidame errichtete Opiumneipe, die namentlich von Seeoffizieren besucht wurde. Die Untersuchung ergab, daß der Lieferant des Opiums ein Schiffsführer war.

Unserer Kollegin 3891 Berta Po...zsch nebst Gemahl die herzlichsten Mitbewünsche zur silbernen Hochzeit. Die Kolleginnen der Spedition Hackelbusch.

Todes-Anzeigen. Wir werden Sie ein ehrendes Andenken bewahren. Die Bestattung findet am Freitag, den 24. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Petri-Friedhofes, Friedlandstraße, aus statt. Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser langjähriger Genosse, der Vater Julius Keilmann am Sonntag, den 19. Januar, verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren! Der Vorstand.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin. Den Kollegen diene zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mühlenarbeiter Rudolf Dobronski am 21. Januar nach achtjähriger Krankheit gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Bestattung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Friedhofes am Pflanzhof aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht! Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Freund, der Schlichtermesser Heinrich Kemnitzer nach langem, schwerem Leiden im Alter von 34 Jahren sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bittet Familie Schlicht. Die Bestattung findet am Sonntagabend, den 24. Januar, um 4 Uhr in der Leichenhalle des St. Petri-Friedhofes statt. Abfahrt 3.24 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin. Unseren Mitglidern zur Nachricht, daß die Kollekte, Kollegin Agnes Müller verstorben ist. Wir werden Sie ein ehrendes Andenken bewahren. Die Bestattung findet am Freitag, den 24. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Petri-Friedhofes, Friedlandstraße, aus statt. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsg. Deutschl. Verwaltungsstelle Groß-Berlin. Am 20. Januar verstarb unser Mitglied, Kollege Albert Matthes. Ehre seinem Andenken! Die Bestattung findet am Freitag, den 24. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. 1829/20. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Freund, der Schlichtermesser Heinrich Kemnitzer nach langem, schwerem Leiden im Alter von 34 Jahren sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bittet Familie Schlicht. Die Bestattung findet am Sonntagabend, den 24. Januar, um 4 Uhr in der Leichenhalle des St. Petri-Friedhofes statt. Abfahrt 3.24 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Ortsverwaltung Berlin 11. Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Baumdiener Theodor Körner nach langer schwerer Krankheit am 21. Januar im 61. Lebensjahre verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Bestattung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des St. Petri-Friedhofes in Nordend aus statt. Um rege Beteiligung wird gebeten. Die Ortsverwaltung.

Danksagung. Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Freigabenden bei der Beerdigung meines lieben Vannes, unseres guten Vaters Karl Geseh sage allen Verwandten und Kollegen meinen herzlichsten Dank. 21606 Minna Geseh.

Ziehung 6. Februar 7. Schlesiische Lotterie Lose 1. 150000 Lose. Porto u. Liste 25 Pf. extra. 3842 Gewinne. Gesamtwert Mark 60000 40000 20000 10000 Lose empfehlen und versenden Lud. Müller & Co. Berlin C., Brühlstr. 5. Telegr.-Adr. Gilitzsmüller. Lose auch in durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Pianos liefert Pianofabrik auf Teilzahlung sehr preiswert bei mäßiger Zinsvergütung. Gezeichnete Diskretion Bedingung. Gest. Anfragen an J. D. 8985 bef. Rudolf Mosse, Berlin SW.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Ladon) Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit. Von H. Beim. Preis 25 Pf.

Bad Frankfurt Große Frankfurter Straße 136 Sämtliche Bäderarten Lieferant für alle Krankenkassen.

Engelhardt Special hell Ein Qualitätsbräu

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung. Permanente Musterzimmer-Ausstellung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute Freitag, den 24. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:

Gemeinsame Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tagesordnung: 1. Bericht über den sechsten Stand unserer Vertragsbewegung. 2. Verbandsangelegenheiten. Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert. — Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

78/1

Fischbranche.

Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Redding, Vorpögeler Chaussee 9: Vertrauensmännerversammlung f. Berlin u. Vororte. Jede Tischwerkstatt muß vertreten sein.

Raum- und Haarschmuckbranche.

Montag, den 27. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, bei Merkowski Nachf., Andreasstr. 26: Branchenversammlung aller in der Celluloid-Haarschmuck- und Kragenstäbchenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Kommission. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Nach der Versammlung findet ein kleines Kränzchen statt.

Klavierarbeiter.

Dienstag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, großer Saal: Branchenversammlung.

Branchen der Jaloufie-Arbeiter.

Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Anton Voelter, Weberstr. 17: Versammlung aller in der Jaloufie-Fabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Georg Schmidt: „Welche Forderungen stellen die Gewerkschaften an den Preussischen Landtag?“ 2. Branchenangelegenheiten.

Schirmmacher.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 6 1/2 Uhr, bei Hermel, Holzmarktstraße 21: Mitgliederversammlung.

Sonabend, den 25. Januar 1913, in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:

Operetten-Vorstellung

Erstklassige Darstellung. (Leitung Direktor G. Alexander.) Glänzende Ausstattung.

Große Rosinen.

Große Operette mit Gesang und Tanz in 3 Akten (4 Bilder) von Rud. Bernauer und Rudolf Schaner. Musik von Willi Bedtschneider und Walter Kolke. — Die Länge ist nach den Arrangements des Berliner Theaters einstudiert.

Nach der Vorstellung: Ball bis 6 Uhr morgens.

Saallohnung 7 Uhr. Beginn 1/2 9 Uhr. Eintritt 60 Pf.

Das Rauchen ist während der Vorstellung nicht gestattet. Das Komitee.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Sektion der Putzer.

Sonntag, den 26. Januar ex., vormittags 10 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresabrechnung der Krankenunterstützungs-kasse pro 1912.
2. Beschlußfassung über die Vornahme der Wahl der Sektionsleitung für 1913.
3. Anschlußanträge und Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist Ehrensache. Die örtliche Verwaltung.

1407*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Kassenverw.: Arbeitsnachweis: Telefon: Amt Norden 1087. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Sonntag, den 26. Januar 1913, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Emallierer Berlins u. Umg.

im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15, Saal 1.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Adolf Busch über: „Die Bedeutung des Genossenschaftswesens.“
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten, Neuwahl des Branchenvertreter sowie der Branchenkommission.
4. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 26. Januar 1913, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter u. Arbeiterinnen im „Metallhaus“, Brandenburger Ufer 1, an der Jannowitzbrücke.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: „Die Entwicklung der Elektromotoren und die Arbeiterschaft.“ Referent: Genosse Kurt Heinig.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neudöln. Für den



Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

Touren

am Sonntag, den 26. Januar. Alle Abteilungen 1 Uhr: Raulsdorf-Eld (Samsland). Start: An den bekannten Stellen.

Achtung!

General-Versammlung

heute abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 4), Engelufer 15. Es liegt im Interesse aller Mitglieder, diese Versammlung zu besuchen.

Der Zentralvorstand.

Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung. Herausgegeben 248/19* von Max Granwald.

Heft 6:

Schiller und die Arbeiter

Von Conrad Haensch.

Preis 40 Pf.

Achtung! Gastwirte Charlottenburgs! Achtung!

Am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet im großen Saale d. Spandauerbergbrauerei, beim Kollegen Stegmeyer, eine

Allgemeine große Versammlung

sämtlicher Gast- und Schankwirte Charlottenburgs

statt, wozu wir freundlichst einladen. Tagesordnung und Referenten werden in der Versammlung bekannt gegeben. Zur Besprechung gelangen nur örtliche Angelegenheiten.

Einberufer: Die Reuenerkommission der Gastwirte Charlottenburgs.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Hört! Hört! Regenstirme Lederne Handtaschen von 2.50 an bis 3.50 an.

Kein Laden, Fabrikniederlage. A. Mühle, Alexanderstr. 191, 1 Tr. Nähe Hufeisenschloß Tor. Vorwärtslesern 5 Proz. Rabatt.

Nur 3 Tage

noch dauert

der

Inventur-Ausverkauf

und schließt am 26. Januar mit dem

Ausverkauf

der

Hosen-Bestände

Alle Stoffhosen für Herren und Jünglinge zu herabgesetzten Preisen!

Pelze, Pelzwaren
soweit noch vorrät. **spotbillig**

Kleider-Werke

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 - Berlin - 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Oegr. 1691 Schöneberg, Hauptstr. 10

Hauptkatalog Nr. 46 (Neueste Moden) kostenfrei

Sonntag von 12-2 geöffnet

Josefki

JUNO

QUALITÄTS-CIGARETTE

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal des Lichtenrade am Bahnhof. Es steht eine überaus wichtige Frage auf der Tagesordnung.

Frederksdorf. Am Sonnabend, den 23. d. M., abends 8 Uhr, findet eine Besprechung im Lokal von Schönwiefe in Frederksdorf, Langestraße, statt, wozu die Genossen eingeladen werden.

Mühlenteb. Bezirk Niederschönhausen. Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal „Gasthof zur Sonne“, Zing. A. Vorsch: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Der Kampf gegen die Schundliteratur. Referent: Schriftsteller Genosse Kahle, Niederschönhausen. 2. Bericht aus der Gemeindevertretung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Schenkendorf bei Königswinterhausen. Am Sonnabend, den 23. Januar, abends 8 Uhr, bei Otto Voetsch: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Wichtige Tagesordnung: — Der Kursus über die Technik der Landtagswahl findet am Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokal zum „Kronprinz“ (Inhaber Ernst Neumann), Wittwenwalde, statt. Die Teilnahmegebühr ist unbegrenzt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Der vom Magistrat vorgelegte Plan einer Wohnungsfürsorge für Berlin wurde gestern in erster Lesung beraten und dann einem Ausschuss überwiesen. Oberbürgermeister Wermuth nannte die Vorlage in dem Geleitwort, mit dem er sie einführte, eine Anbahnung sozialpolitischer Fortschritte. Von sozialpolitischem Fortschritt zu reden, hat man in der Tat endlich mal einigen Anlaß. Der Oberbürgermeister beklagte, daß der Magistrat dabei von der Staatsregierung bisher keine Unterstützung erhalten habe. Noch immer werde gewartet auf eine Entscheidung über die Eingabe, der Stadt die Wohnungspolizei zu übertragen, die für die Wohnungsinspektion wünschenswert sei. Scharf äußerte er sich über die bei der Regierung bestehende Neigung, die Bewegungsfreiheit Berlins möglichst zu beschränken. In der Frage der Wohnungsfürsorge habe aber der Magistrat sich dadurch nicht von positivem Handeln abhalten lassen.

Mit lebhaftem Beifall begleitete die freisinnige Mehrheit diese Ausführungen. Schöne Worte über das Selbstverwaltungsrecht schmeicheln ihrem „Bürgerstolz“, so gern der im übrigen vor Königsthronen zusammenknickt. Unser Genosse Heimann hielt den Freisinnigen vor, wie oft sie sogar aus dem Munde von Regierungsvertretern schöne Worte über das Selbstverwaltungsrecht zu hören bekommen haben und hinterher immer wieder brüskiert worden sind. Zu der Vorlage über die Wohnungsfürsorge stellte Heimann fest, daß hier der Berliner Stadtfreisinn in der Rolle des reutigen Sünders erscheint. Die ständigen, immer wiederholten Mahnungen der sozialdemokratischen Fraktion, eine Wohnungsfürsorge einzuführen, seien viele Jahre hindurch von der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit wie vom Magistrat i h r o f f zurückgewiesen worden. Jetzt erst habe der Magistrat seine Stellung zu dieser Frage geändert, aber noch werde in den Kreisen der Hausbesitzer mancher Widerstand zu überwinden sein. Unser Redner zeigte dann, daß die Magistratsvorlage leider noch manches vermissen läßt. Für die eigentliche Wohnungspflege etatsmäßige Mittel bereitzustellen, lehnt sie ab. Von Schaffung eines Wohnungsnotdienstes spricht sie mit keinem Wort.

Die treffenden Ausführungen des Genossen Heimann klangen der freisinnigen Mehrheit nicht angenehm in die Ohren. Nach ihm kam ein Hausorganiertführer zu Worte, der Stadtverordnete Galland. Er erklärte mit süßlicher Miene, die große Masse der Hausbesitzer Berlins wünsche nichts sehnlicher als die Wohnungsaufsicht. Sie erwarten, daß durch diese wenigstens die Behauptungen über das Berliner Wohnungswesen als „übertrieben“ erwiesen werden können. Stadtverordneter Cassel ging besonders auf die Frage der Uebertragung der Wohnungspolizei und überhaupt der Wohlfahrtspolizei ein. Er drohte, daß Berlin die Unfreundlichkeit der Regierung vergelten werde, wenn über die Waldankäufe des Zweckverbandes es zur Entscheidung komme. Die Forderung, die praktische Wohnungsfürsorge nicht nur durch Beihilfen aus Stiftungsmitteln zu fördern, sondern zu diesem Zweck auch im Etat Mittel bereitzustellen, gilt dem Stadtverordneten Goldschmidt als eine Gefahr. Berlin sei ohnedies bereits ein „Mittelpunkt für Hilfsbedürftige“ aus dem ganzen Lande. Auch Stadtverordneter M o m m e n fürchtet, daß man damit ins „Uferlose“ gerate. Als Vertreter des Magistrats ergriff noch Stadtrat Fischbeck das Wort. Einen Wohnungsnachweis zu schaffen, hält er nicht für empfehlenswert.

Im Ausschuss wird sich bald noch deutlicher zeigen, daß der Berliner Stadtfreisinn mit seiner Wohnungsfürsorge wirklich nicht ins „Uferlose“ gehen will.

Schlechte Konjunktur.

„Ich bin arbeitslos — wir haben schlechte Konjunktur.“ Wenn ich das aussprechen höre, steigt das Elend vieler Tausender vor mir auf. Das Widersinnige unserer Gesellschaftsordnung kommt mir dann erneut zum Bewußtsein.

Wegen Mangel an Arbeit wurde ich entlassen. Nun stehe ich des Morgens zeitig auf und gehe umschauen. Auf dem Nachweis lasse ich außerdem Tag für Tag meine Karte abstimmen.

Heute ist nach langer Pause eine Stelle rausgekommen: doch kam ich noch lange nicht an die Reihe. Da kommen erst andere Kollegen, die doppelt so lange arbeitslos sind als ich. Kopf an Kopf hängen sie da und warten.

Niedergeschlagen gehen einige davon. Andere wieder bleiben aufrecht und lassen sich nichts anmerken. Gar mancher reißt noch Witze und läßt sich durch nichts den Humor nehmen. Ja, der reine Galgenhumor; aber Rot leiden sie alle — nur die Gewohnheit stumpft sie ab.

Sinnend wandere ich durch die Straßen der Großstadt — an mir vorüber flutet das Leben. Es ist ein Hasten und Treiben — ein Rennen um die Existenz. Nur wenn ich Unter den Linden und in Berlin W. bin, sehe ich einen anderen Typus. Hier ist die Behäbigkeit und Zufriedenheit Trumpp.

Hier trägt manche Frau mehr Gold an den Fingern, als eine Arbeiterfamilie zum Leben hat. —

Zum Umschauen habe ich heute keine Lust mehr, denn überall wird man abgewiesen, immer und immer wieder mit den Worten „alles besetzt“, und wenn ich noch so demütig meinen Hut ziehe. Ich trotzte ein paar Straßen weiter — planlos, ohne ein bestimmtes Ziel. Nach Hause möchte ich noch nicht gehen; die Stimmung ist da sehr gedrückt, wenn ich wieder gestohlen muß, daß ich noch keine Arbeit gefunden habe. Mein Magen knurrt — das Gehen hat mich hungrig gemacht. Meine Beine können mich kaum noch tragen, denn seit Wochen habe ich nur halbe Rost gehabt und Arbeitsfuchen ermattet mehr als geregelte Beschäftigung.

Da sind Wankel! Ich muß mich setzen. — Vor mir ist ein Sandhaufen und darauf duddelt friedlich und in halber Eintracht die kleine Welt. Glückliche Jugend! Auch Ihr werdet einmal in die Welt hinausgestoßen, selbst für Euren Unterhalt zu sorgen. Dann werdet Ihr auch die schlechten Zeiten im Leben kennen lernen. Und wenn es heißt: schlechte Konjunktur, dann müßt auch Ihr an der Gütlichkeit unserer kapitalistischen Ordnung zweifeln und zur Ueberzeugung kommen, daß es noch etwas Besseres gibt als über schlechte Zeiten jammern — und das ist: kämpfen um eine bessere Gesellschaftsordnung.

Von einer Anstalt für Fürsorgezöglinge durch die Stadt Berlin.

Der Kommunalverband der Stadt Berlin hat die Aufgabe, für Unterbringung der ihm überwiesenen Fürsorgezöglinge Sorge zu tragen. Dieser Pflicht entledigte sich bisher die Stadt Berlin dadurch, daß sie die Fürsorgezöglinge nach auswärtig in Anstalten gab, die zum größten Teile von religiösen Gesellschaften gegründet sind. Soweit die Kinder in Familienpflege gegeben werden, sind sie vielfach der schlimmsten Ausbeutung ausgesetzt. Von einer Erziehung kann in den Dienststellen kaum die Rede sein, denn die Bauern, in deren Diensten die Fürsorgezöglinge stehen, sind nach keiner Richtung in der Lage, Erzieher abzugeben. Die Stadt Berlin hat die Anstalt Lichtenberg, die zum Teil als Durchgangsstation dient, und die kleine Anstalt Birchholz für männliche Zöglinge, sowie eine Anstalt Kleinbeeren, in der etwa 30 Mädchen untergebracht sind. Die Vorgänge in Lichtberg haben dazu geführt, daß die Errichtung eigener Anstalten ein dringendes Erfordernis ist. In den eigenen Anstalten ist die Stadt selbst Herrin, während sie jetzt von den verschiedenartig geleiteten Privatanstalten abhängig ist und oft eine Verantwortung tragen soll, die sie gar nicht tragen kann.

Die Waisendeputation beriet und genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung das Projekt für den Bau einer landwirtschaftlichen Ausbildungsanstalt auf dem städtischen Gut Strubeßhof bei Großbeeren. Die veranschlagten Kosten belaufen sich auf ungefähr 1.500.000 M. Die Anstalt ist für etwa 200 Zöglinge bestimmt und umfaßt eine landwirtschaftliche Abteilung für 120 schulentlassene Zöglinge, eine Abteilung für 24 besonders schwer erziehbare Zöglinge und eine Abteilung für schulpflichtige, schwach beschulte Zöglinge mit 60 Plätzen. Die drei Abteilungen sind räumlich getrennt voneinander in einzelnen Häusern untergebracht. Die Gebäude gruppieren sich kreisförmig um einen großen Spielplatz. Mit dem Bau der Anstalt soll möglichst bald begonnen werden.

Die Waisendeputation beschloß ferner, das von der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge erbaute Heilerziehungsheim für psychopathische schulpflichtige Kinder bei Tempeln i. M., welches demnächst in Betrieb genommen wird, auch mit Waisenkindern und Fürsorgezöglingen zu belegen.

Die Zentralkasse für den Fremdenverkehr Groß-Berlins will sich in Zukunft die Hebung des Fremdenverkehrs ganz besonders angelegen sein lassen. Sie geht davon aus, daß andere Großstädte wie Paris einen erheblich größeren Fremdenzustrom haben als Berlin. Die in Berlin eintreffenden Fremden verweilen hier zu kurze Zeit, weil kaum etwas geschieht, um sie zum Aussharren anzuregen. Ueber eine Million Fremder im Jahre zähle Berlin jetzt schon; werde erreicht, im Durchschnitt jeden nur zur Aufenthaltverlängerung von einem Tag zu bestimmen, so würde das bereits eine Erhöhung der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr um zwanzig bis dreißig Millionen im Jahre bedeuten. So wenig habe Berlin bisher für die Entwicklung des Fremdenverkehrs getan, daß es nicht einmal einen auf Werbefaßt und Anziehung berechneten eigenen Führer, nicht einmal ein Fremdenauskunftsbureau besäße. Die Zentralkasse für den Fremdenverkehr Groß-Berlins, aus den Vertretern der Industrie, Wissenschaft, Kunst und Gesellschaft gebildet, von den Staats- und Gemeindebehörden, von den Verkehrsanstalten, Banken und allen in Betracht kommenden Organen gefördert und unterhalten, will nun nach folgenden Richtungen wirken: durch Herausgabe und Verbreitung geschmackvoller Werbeschriften in mehreren Sprachen, durch Anbringung würdiger, künstlerisch wirkamer Plakate, durch Versendung von Zeitungen an die auswärtigen Blätter, durch Zentralisieren der Kellame und Werbeaktivität, durch Förderung von Festspielen, sportlichen Wettlämpfen, durch Förderung von Gesellschaftsreisen nach Berlin und Umgebung, durch Schaffung einer Auskunftsstelle, durch Verbreitung von Schriften und Bildern auf Dampfisen, in Eisenbahnen, auswärtigen Hotels usw., durch Schaffung einer Organisationsstelle für Kongresse, durch Nachweise über Schulen, Konseratorien, Vorortsanstaltungen usw. dem Fremdenverkehr einen starken Aufschwung verleihen. Da jede Kellame für Deutschland zugleich eine für Berlin sei, wird beabsichtigt, durch Anschluß an den Bund Deutscher Verkehrsvereine Fühlung mit den gleichartigen Verbänden in den anderen deutschen Städten und Kurorten zu suchen.

In der Liste der von der Zentralkasse gesteckten Ziele ist ein vergessen: eine Verbesserung unseres Polizeiwesens. Es ist bekannt, daß unserer Polizei ein großer Teil der Schuld an dem mangelnden Fremdenzustrom zugeföhrien wird. Vielleicht bestimmt sich Herr von Jagow, der einen Aufruf der Zentralkasse zur Förderung des Fremdenverkehrs mitunterzeichnet hat, daß auch er einen Teil zu einer Verbesserung auf diesem Gebiete beitragen kann.

Für die Umsatzsteuer hatten nach § 8 der Umsatzsteuerordnung der Veräußerer und der Erwerber als Gesamtschuldner. Wenn auch in vielen Fällen die zunächst vom Erwerber eingeforderte Steuer sofort beglichen wurde, so kam es doch häufig genug vor, daß dem Erwerber Zahlungserleichterungen zugestanden wurden, oder daß eine zwangswise Beitreibung der Umsatzsteuer notwendig wurde. Erst wenn diese letzte Maßregel, deren Ausführung sich oft Monate hindurch hinzog, verfaßt hatte, war es bisher üblich, den Veräußerer als Risikohalter für die Umsatzsteuer in Anspruch zu nehmen. Dieses Verfahren hatte für den Veräußerer aber, der plötzlich nach so langer Zeit zur Zahlung des hohen Umsatzsteuerrestes herangezogen wurde, oft wirtschaftliche Nachteile zur Folge, die nicht eingetreten wären, wenn er früher von der Zahlungsmöglichkeit des Erwerbers in Kenntnis gesetzt worden wäre. Der Magistrat hat deshalb angeordnet, daß künftig der Veräußerer sofort Kenntnis erhalten soll, sobald der Erwerber die veranlagte Umsatzsteuer innerhalb 2 Wochen nach Ausstellung der Veranlagungsbescheidigung nicht zahlt, oder wenn ihm nach Ablauf dieser Frist Stundung erteilt wird, ohne daß eine hinreichende Sicherheit bestellt ist.

Eine Ruhanwendung aus dem Fall Sternidel macht sich jetzt in Bekanntmachungen der Regierungspräsidenten und Landräte bemerkbar. Es wird der Einwohnerschaft darin strengstens empfohlen, keine Person als Arbeiter in ihrem Betriebe aufzunehmen, die nicht im Besitze ganz einwandfreier Ausweispapiere ist. Falsches Mißleid und Nachlässigkeit, so heißt es weiter, sind hier im eigenen Interesse, wie auch im Interesse der Allgemeinheit nicht am Platze. Die Folge davon war, daß bereits den Polizeibehörden eine ganze Anzahl Fälle gemeldet wurden, in denen die Legitimationspapiere in Arbeit getretener Personen nicht in Ordnung wären.

Ein Leichenfund auf freiem Felde, der Dienstag nachmittags bei Erkner gemacht wurde, beschäftigt die Polizeibehörden. Arbeiter entdeckten beim Ueberschreiten eines Acker den Leichnam einer Frau in den mittleren Jahren und benachrichtigten die zuständige Polizei. In der Toten wurde die 36 jährige Maria Klawitz aus Erkner ermittelt. Nach dem Untersuchungsbefund der Leiche durch einen Arzt hat Frau K. den Tod durch Vergiftung gefunden. Es ist aber nicht ganz ausgeschlossen, daß auch eine andere Todesursache vorliegt. Die Leiche ist infolgedessen beschlagnahmt worden. Eine Untersuchung darüber, ob Frau K. Selbstmord verübt hat oder ob sie einem Unglücksfall oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, ist von der Polizei eingeleitet worden.

Mit falschen Beitragsquittungen „arbeiten“ wieder ein Versicherungsschwindler in verschiedenen Stadtvierteln. Der Gauner hat sich entweder irgendwie Risten von Versicherten beschafft, oder er geht auf gut Glück vor. Namentlich sucht er kleine Leute heim, die vertrauensvoller zu sein pflegen. Er legt unterschriebene Quittungen mit Vordruck über die letzte Prämie vor und erhält in den meisten Fällen auch den Betrag entweder von dem Versicherten selbst oder von Angehörigen, die nicht genau unterrichtet sind. Kommt er an den Unrechten, so entschuldigt er sich mit einem Versehen und empfiehlt sich wieder. Der Schwindler ist sehr groß und schlank gewachsen, hat dunkelblondes Haar, ein bartloses, blaßes Gesicht, eine hohe Stirn und einen breiten Mund. Im Oberkiefer fehlen ihm mehrere Zähne.

Die Benutzung der Räume des Bellealliance-Theaters in Berlin für Theaterzwecke war durch polizeiliche Verfügung über den 1. September 1912 hinaus untersagt worden, weil der bauliche Zustand nicht den Anforderungen der Verordnung über die Beschaffenheit von Theatern entsprache. Nun sind zwar bauliche Verbesserungen erfolgt. Die Behörden erachteten dies aber nicht für genügend, um die Weiterbenutzung für Theaterzwecke über den 1. September 1912 hinaus gestatten zu können. Im Verwaltungsstreitverfahren kam die Sache vor das O b e r v e r w a l t u n g s g e r i c h t. Dieses hat nunmehr einen Beweisbeschuß gefaßt. Ein Sachverständiger, den der Minister der öffentlichen Arbeiten vorschlagen soll, wird darüber gehört werden, ob die Benutzung des Gebäudes im jetzigen Zustande eine dringende Gefahr in sich schließe.

Ein Tiergartenräuber wurde Mittwoch abend auf freier Tat ergriffen. Als eine Rentnerin bei Anbruch der Dunkelheit durch die Tiergartenstraße ging, rumpelte ein junger Dursche sie unversehens an, verfehle ihr einen Stoß, entriß ihr dann die Handtasche und entfloh mit der Beute. Die Veranlaßte rief um Hilfe, und mehrere Leute, die dazukamen, nahmen sofort die Verfolgung des Räubers auf. Dieser setzte über Hecken hinweg, um das Aufschwer zu erreichen und dort in der Dunkelheit zu verschwinden, wurde aber von einem der Verfolger eingeholt und festgenommen. Er entpuppte sich als ein 20 Jahre alter Arbeiter Sch. vom Wedding, der noch unbescholten ist. Er gibt an, daß er seit längerer Zeit ohne Beschäftigung sei und daß die Not ihn zu der Nebeltat getrieben habe.

Der Berliner Männerchor (M. d. D. A. S. V.) hält am Sonntag, den 26. Januar, einen Viederabend im „Deutschen Hof“, Ludow. Str. 15, ab. Mitwirkende: Fräulein Tilly Else Pfelschel (Vieder zur Leute) und das Trio der Herren: Otto Nitschits (Violone), Willi Dedert (Violoncello) und Franz Pothe (Klavier).

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Stadtverordnetenversammlung. In der sehr ausgedehnten Sitzung wurde u. a. Mitteilung über die Entwicklung der Jugendpflege im Jahre 1912 gemacht, für die der Magistrat auch im Jahre 1913 einen größeren Betrag in den Etat einstellen will. Genosse Stutz bemängelte mit Recht, daß von der Arbeiter-Jugendbewegung gar keine Notiz genommen werde, und kündigte an, daß wir im Etat in gleicher Weise wie für die bürgerliche Jugendpflege auch einen kommunalen Beitrag für den Verein Arbeiter-Jugendheim verlangen werden.

Aus der Mitteilung über das Defizitenverfahren gegen den Hauptfassenrentanten Bartels, der bekanntlich den Kaffierer betrogen hat, ihm 37.000 M. gegen Hinterlegung einer Hypothek auszugeben, ist nur bemerkenswert, daß die Stadt vermutlich keinen Fennig dieses Geldes jemals wiederzusehen bekommt, da die Hypothek gänzlich wertlos ist.

Eine sehr lange Debatte rief der Bericht des Ausschusses über die Vorlage betr. Vermehrung der Magistratsmitglieder hervor. Der Ausschuss will den verlangten Stadtrat, der das Dezernat über die Fortbildungsschulen erhalten soll, betwilligen, aber nur, wenn gleichzeitig der Magistrat um zwei unbesoldete Stadträte vermehrt wird, die gewissermaßen ein Gegengewicht gegen das besoldete, beamtenähnliche Element bilden sollen. Der Oberbürgermeister verwahrte sich namens des Magistrats sehr energisch gegen diese Vermehrung, die Zahl der unbesoldeten Stadträte überwiegt bei weitem (15 gegen 11), der Magistrat müsse ein Kollegium bleiben und dürfe nicht zu einem Parlament werden, in welchem sich Fraktionen und Klauen bilden. Auch unsere Genossen konnten einen Grund für eine solche Vermehrung des Magistrats nicht einsehen, in ihrem Namen begründete Genosse Nitsch den Antrag unter Ablehnung sowohl der Magistratsvorlage wie der Ausschussanträge eine Vorlage zu verlangen, durch welche statt des besoldeten Stadtrats ein besoldeter Direktor für das gesamte Fortbildungsschulwesen verlangt wird; eine solche Kraft würde sich vollständig den Fortbildungsschulen widmen können, was ja alleseitig als notwendig bezeichnet werde, während ein Stadtrat keineswegs den Fortbildungsschulen allein zugute käme. Die ganze Angelegenheit wurde schließlich in den Ausschuss zurückverwiesen.

Ueberaus ausgebeutet war auch die Debatte über einen liberalen Antrag, der vom Magistrat Erwägungen verlangt, welche städtischen Einrichtungen getroffen werden können, um dem Bedürfnisse der Grund- und Hausbesitzer nach Beschaffung von Hypothekengeldern zu normalen Zinssätzen Rechnung zu tragen. Seitens unserer Genossen erklärte Genosse Nitsch die Geneigtheit, solchen Einrichtungen zuzustimmen, wenn die notwendige Sicherheit gegeben werde, daß die Stadt mit ihrer Hilfe Einfluß auf eine gesunde Wohnungspolitik nehmen werde. Der Oberbürgermeister erklärte, daß der Magistrat mit entsprechenden Erwägungen bereits beschäftigt sei, er hoffe, daß eine Vorlage der Veranlassung in absehbarer Zeit zugehen werde.

Von den übrigen Verhandlungen erwähnen wir noch einen Antrag, der den Magistrat ersucht, sich mit den Direktionen der Straßenbahnen in Verbindung zu setzen, damit an den Schildern der Haltestellen die Nummern bezw. Nummern der dort verkehrenden Straßenbahnen angebracht werden. Es ist das um so notwendiger, als in Charlottenburg vielfach Schienenbetrieb herrscht. Der Bürgermeister teilte mit, daß der Magistrat bereits seit dem Jahre 1909, also seit mehr als drei Jahren, mit den Straßenbahnen wegen dieser Angelegenheit verhandelt, ohne bisher zu einem Ziel kommen zu können.

Der Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Sonnabend, den 25. Januar, findet im Charlottenburger Fleischschauamt, Spreestr. 30, vormittags von 9 bis 12 Uhr, und, soweit der Vorrat reicht, nachmittags von 2 Uhr, Einzelverkauf von russischem Rind- und Schweinefleisch direkt an das Publikum zu äußerst billigen Preisen statt.

Wilmerdorf-Galensee.

Die Stadtverordnetenversammlung befaßte sich in ihrer Sitzung am Mittwoch im wesentlichen mit den verschiedenen Deputationen und Ausschüssen. Von unseren beiden Parteigenossen gehören an Niedel dem Rechnungsausschuß, dem Ausschuß zur Kasienprüfung, der Grundeigentumsdeputation, der Deputation für Statistik, der Deputation für die Beratung der Feuerungsmaßnahmen und der Deputation für den Tiefbau und die Kanalisation. Schröder ist Mitglied des Ausschusses zur Prüfung der Straßenregulierungsverträge, der Deputation für Beleuchtung, der Deputation für die Verwertung des Joachimsthalschen Gymnasiumsgrundstücks, der Deputation für die Durchführung des Seeparkprojekts, der Deputation für den Theaterneubau und der Deputation zur Vorbereitung der Wahlen, die in gemeinschaftlicher Sitzung der städtischen Körperschaften vorzunehmen sind.

Zwei Magistratsvorlagen, die die Stadtverordnetenversammlung beschließen, verlangen Mittel für den Bau höherer Schulen. Das Reform-Realgymnasium II in der Prinzenregentenstraße soll 974 200 Mark, das IV. Lyzeum in der Weimarschen Straße 960 200 Mark kosten. Beide Vorlagen wurden ordnungsmäßig dem Finanzausschuß überwiesen.

Die Versammlung erklärte sich ferner mit der Mandatsniederlegung ihres bisherigen Mitgliedes Dr. Schwarz einverstanden.

Neußölln.

Städtischer Seifschverkauf Münchener Str. 2. Die ständigen Verkaufstage sind Dienstag und Donnerstag von 9-1 und 4 bis 7 Uhr. Infolge ungenügenden Wetters und schlechter Fänge ist die Anfuhr noch immer gering, so daß die ziemlich hohen Preise anhalten. Letztere sind von der Berliner Markthausverwaltung festgesetzt und decken sich mit den für den dortigen städtischen Seifschverkauf bestimmten Preisen.

Klein-Schönebeck-Fichtenau.

Mit der Schulmifere hatte sich die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung, deren Abarbeitung erst von unseren Genossen unter Bezugnahme auf § 104 Abs. 2 der Landgemeindeordnung energisch verlangt werden mußte, zu befassen. Schon im Juni v. J. waren die Fichtenauer Schulverhältnisse so unhaltbar geworden, daß die Regierung einschritt und den Ausbau des Schulgebäudes sowie die Anstellung eines dritten Lehrers forderte. Da diese „Ausgestaltung“ der Volksschule nicht genügen konnte, beantragten feinerzeit unsere Genossen, eine modernen pädagogischen Anforderungen entsprechende, mindestens siebenklassige Volksschule im Mittelpunkt der Gemeinde zu errichten. Die Gründe für diesen Antrag waren so durchschlagend, daß sich die Gemeindevertretung gegen drei Stimmen dafür erklärte. Aber schon innerhalb einer Woche berief der Gemeindevorsteher — der Gegner des Antrages war — die Vertretung zusammen, stellte die Schulfrage nochmals auf die Tagesordnung und erreichte, daß durch Umsatz zweier bürgerlicher Vertreter und Gebrauch seines Doppelstimmrechts der erste Beschluß aufgehoben und der „Regierungsantrag“ mit sechs gegen fünf Stimmen angenommen wurde. Grund zu diesem Umsatz sollte die Verschärfung gewesen sein, daß der Antrag unserer Genossen die Verbesserung der Fichtenauer Schule nur verzögern würde, während der Ausbau schon sofort beginnen konnte. Ein halbes Jahr ist seitdem vergangen, von einem Ausbau war nichts zu sehen, wohl aber ein Austausch von Schulzuständen, die als unerhört bezeichnet werden mußten, und deren Schilderung durch den „Vorwärts“ (Nr. 290 v. J.) in der Deffentlichkeit berechtigtes Aufsehen erregten.

Unsere Gemeindevertreter beantragten nun abermals die Einrichtung einer neuen Volksschule in zentraler Lage der Gemeinde. Diese sollte — um allen Einwänden von vornherein die Spitze zu brechen — vorläufig vier Klassen für die oberen Jahrgänge enthalten und so ausbaufähig sein, daß sie allen an eine moderne Volksschule gestellten Anforderungen genüge. Von der Erweiterung der Fichtenauer Schule sollte Abstand genommen und in den bisherigen Schulgebäuden die jüngeren Jahrgänge unterrichtet werden. Ferner verlangten unsere Genossen die Errichtung einer Gemeindegemeinschaftshalle. Nach eingehender Begründung des Antrages durch unsere Genossen Tobias, dessen Kritik der Schulzustände auch die bürgerlichen Vertreter zustimmen mußten, erklärte sich die Gemeindevertretung nunmehr einstimmig für den Antrag unserer Genossen, zugleich beauftragte sie eine Kommission, sofort die nötigen Vorarbeiten einzuleiten. Die Errichtung der Gemeindegemeinschaftshalle soll späterer Beschlußfassung vorbehalten bleiben. In der Debatte machte Herr Schramm dem „Vorwärts“ den Vorwurf, daß er die Fichtenauer Schulzustände an die Deffentlichkeit gezeitet habe. Allerdings mag das einzelnen Personen nicht angenehm gewesen sein, dann soll man aber nicht dem einen Vorwurf machen, der gezwungen wird, ein Uebel aufzudecken, sondern sich gegen denjenigen wenden, der das Uebel veranlaßt hat. Jeder objektiv Urteilende muß anerkennen, daß erst der „Vorwärts“ und die Deffentlichkeit der Volksschule zu ihrem Recht verholfen hat. Und die Wirkung der „Vorwärts“-notiz spiegelt sich in dem einstimmigen Beschluß der Gemeindevertretung wider. Im Prinzip erklärte sich die Gemeindevertretung noch für den Anschluß an die vom streifen Niederbarnim geplante Wasserleitung, beschloß ferner die Versicherung gegen Feuerwebrunfälle auf alle Personen auszubehnen, die sich an Vorkarbeiten beteiligen. Zum Schluß bewährte die Vertretung — gegen die Stimmen unserer Genossen und des Herrn Dombrowski — durch eine Spende von 80 Mark die hurrapatriotische Jugendpflege treibenden Vereine vor der Gefahr, für ihre „Ideale“ auch noch Geld auszugeben.

Grünau.

Die Liste der stimmberechtigten Wähler zu den Gemeindevertreterwahlen liegt auf Antrag unserer Genossen auch am Sonntag,

den 26. d. Mts., im Amtsgebäude Mittelstraße, Zimmer 2, zur Einsichtnahme aus. Die Wähler wollen von der Einsichtnahme regen Gebrauch machen.

Rüdersdorf.

Aus der letzten Gemeindevorstellung. Zunächst wurde beschlossen, dem Antrage des Kreises auf Anschluß der Gemeinde an das projektirte Wasserwerk für den östlichen Teil des Kreises Niederbarnim stattzugeben. Zur Aufstellung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1912/13 wurde eine fünfgliederige Kommission gewählt. — Einem Antrage auf Erlaß einer Verordnung, wonach Unbeteiligte bei Zeichenbegangnissen der Zutritt zum Friedhofe verboten wird, soll in der Weise entsprochen werden, daß am Eingange des Friedhofes eine Tafel mit entsprechender Aufschrift angebracht wird.

Nieder-Schönhausen.

Die diesjährige Gemeindevorstellung weist 4040 Wähler auf. Davon entfallen auf die erste Klasse 73 Wähler, auf die zweite Klasse 685 und auf die dritte Klasse 3291 Wähler. Die erste Klasse beginnt mit dem Steuerfusse von 31 841,50 Mark. (Große Berliner Straßenbahn) und schließt mit 147,20 Mark. Bemerkenswert ist, daß auch dieses Jahr wieder eine stattliche Anzahl von Wählern in der Liste verzeichnet sind, die auf Grund ihres Besitzes Stimmrecht erhalten.

Potsdam.

Die Schule als Magd der Kirche. Die „Pädagogische Zeitung“, das vom Berliner Lehrerverein herausgegebene Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins, veröffentlichte Mitte November die Zeitschrift eines Potsdamer Lehrers, der die Lehrerschaft gegen einen Hofprediger verteidigte. Er schrieb:

Am Reformationsfest fand in der Hof- und Garnisonkirche ein Jugendgottesdienst statt, zu dem die Schuljugend von der Lehrerschaft geführt wurde, um das evangelische Bewußtsein und religiöses Empfinden bei den Kindern zu erwecken und zu pflegen. Und der Dank? Wenige Stunden darauf wurden von dem Garnisonpfarrer Hofprediger Dr. Vogel im Abendgottesdienst von derselben Kanzel herab schwere Anklagen gegen die Lehrerschaft erhoben. Es wurde ausgeführt, daß der Geist des Unglaubens auf den Kantheden von der Universität bis zu den niedrigen Schulen herrsche; zuweilen würden die Lehren der Kirche den Kindern mit Hohn und Spott vorgetragen, und nur wenige Ausnahmen beschäftigten die Regt.

Durch eine derartige öffentliche Abzanzelung müsse, so fragte jener Lehrer, das Vertrauen der Eltern zu den Lehrern beeinträchtigt und das gute Einvernehmen zwischen Lehrerschaft und Geisteslichkeit gefährdet werden. Ueber das Ergebnis eines Abwehrens versuchs, den damals der Potsdamer Lehrerverein machte, wird erst in der „Pädagog. Ztg.“ (Nr. 4 vom 23. Januar) berichtet. Der Vereinsvorstand ersuchte den Hofprediger, den öffentlichen erhebenen Vorwurf in einer Form zurückzunehmen, die den schwerbeleidigten Lehrern volle Genugtuung schaffe. Der Hofprediger antwortete, er habe nicht die Potsdamer Lehrerschaft gemeint, sondern ganz allgemein gesprochen, und wies auf Bestrebungen der Lehrer Sachsens und Bremens hin. Der Vereinsvorstand nahm nun die Gesamtheit der Volksschullehrer in Schutz und hat für die Potsdamer Lehrer nochmals um eine öffentliche Wiederrücknahme. Darauf gab der Hofprediger zu, daß seine Äußerungen mißverstanden werden konnten; er hoffe, sie in der Weihnachtspredigt richtigstellen zu können. Am ersten Weihnachtstages gingen dann Potsdamer Lehrer zahlreich in die Kirche. Doch weder da, noch in einer späteren Predigt habe der Hofprediger, so wird jetzt in der „Päd. Ztg.“ gefaßt, seine Äußerungen richtiggestellt.

Haben die Potsdamer Volksschullehrer sonst weiter keine Schmerzen? Den Schmerz, daß sie nach ihrem der Kirche geleisteten Dienste eine Abzanzelung „ungläubiger“ Lehrer hören mußten, können wir ihnen. Wir dürfen übrigens erwarten, daß die Lehrerschaft sich dadurch in ihrem Kirchendienst nicht stören lassen wird. Bei nächster Gelegenheit wird sie wahrscheinlich mit um so größerem Eifer ihre Schullinder in die Kirche führen.

Aus der Frauenbewegung.

Wahlberechtigte Frauen in Oesterreich.

In Wiener-Neustadt finden Ende Januar die Wahlen in den Gemeinderat nach einer vom niederösterreichischen Landtag beschlossenen Wahlordnung statt, die die Verhältnisse zur Grundlage hat. Die Wahlordnung gibt auch den Frauen in sehr bestimmtem Maße das Wahlrecht, vorausgesetzt, daß sie eine direkte Steuer entrichten. Die Arbeiterfrauen sind also vom Wahlrecht ausgeschlossen. Wahlberechtigt sind im dritten Wahlkörper ungefähr 800 Frauen, die irgendein Geschäft betreiben und dadurch das Wahlrecht haben. Sind sie verheiratet, so hat das Wahlrecht der Ehegatte auszuüben. Nur Frauen, die ledigen oder verwitweten Standes sind, haben das Wahlrecht persönlich auszuüben. Durch diese Einschränkung schmilzt die Zahl der wahlberechtigten Frauen im dritten Wahlkörper auf 190 zusammen. Im zweiten Wahlkörper sind (vermöge ihrer Steuerleistung) gegen 160 Frauen wahlberechtigt und haben das Wahlrecht persönlich auszuüben, im ersten Wahlkörper beträgt die Zahl 60. Diese Frauen müssen, wie gesagt, ihr Wahlrecht persönlich ausüben.

In jedem Wahlkörper bringen die stimmberechtigten Frauen aber mehrere Kandidaten die Entscheidung. Speziell im dritten Wahlkörper bilden sie eine Zahl, die bei der Verhältniswahl sehr zur Geltung kommt. Hauptsächlich sind es Handwerkerinnen (Breislerrinnen, Destillerrinnen, Trankflottinnen), also Stände, die dem Proletariat entrichtet sind, die das Wahlrecht haben. Unsere braven Genossinnen sind eifrig an der Agitationsarbeit, diese Frauen zur Abgabe von sozialdemokratischen Stimmzetteln zu bewegen. Aber auch die Gegner sind nicht müde, sowohl die Deutschnationalen, die bisher der Organisation der Frauen direkt feindlich gesinnt waren, als auch die Christlichsozialen, die ihren ganzen Trost von Besitzweibern aufbieten.

Man erwartet, daß der Wahltag Ueberraschungen bringen wird. Auch die Frau hat denken gelernt und die Ereignisse der letzten Zeit aufmerksam Augen beobachtet. Wer weiß, ob sie nicht mit dem Stimmzettel in der Hand den Deutschnationalen und Christlich-

sozialen die richtige Antwort geben werden. Darüber wird noch zu berichten sein.

Versammlungen — Veranstaltungen.

„Die sozialen Aufgaben der Frau in der Wohnungsinpektion“ heißt das Thema einer Versammlung, die von drei bürgerlichen Frauenvereinen am Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Architektenhause, Wilhelmstr. 92, veranstaltet wird. Rednerin ist die städtische Wohnungsinpektorin aus Halle, Dr. Auguste Lange.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. S. 39), Hamburg. Filiale Baumstraße 67. Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 25. Januar, abends 8¹/₂ Uhr, im Lokal von Bode, Baumstraße 67.

Arbeiter-Vanderverein „Berlin“. Sonntag, den 26. Januar: Wanderausflug nach Bernau-Baldater-Neuplitz-Neudorf-Lanfe-Loburg-Bernau.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 26. Januar: Wanderung von Neuenhagen nach Alt-Landberg, Tegendorf, Bruchmühle, Friederichsdorf. Abfahrt nach Neuenhagen vom Alexanderplatz 7.21; Schief. Bahnh. 7.29 früh.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 17. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Gegen Konstitutionsrecht und Arbeiterrecht. Von Arthur Stadthagen. — Neue Kämpfe in Ungarn. Von Eugen Barga (Budapest). — Kein Populismus in der amerikanischen sozialistischen Partei. Von A. M. Simon. — Aus dem marxistischen Lager. Von R. Kautsky. — Anfechtung und Sozialdemokratie. Von Dr. Wilhelm Gramsch. — Zum Schluss. Von Ant. Pannofel.

Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit“ Nr. 16: Die Bindungen der Goldproduktion und der wechselnde Charakter der Lennerung. Von R. Kautsky.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterklasse, ist soeben Nr. 9 des 23. Jahrgangs eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die wirtschaftliche Hochkonjunktur 1912. Von J. R. — Bezirks-Frauenkonferenzen II. Von Luise Jek. — Kampf und Kriegsjahr. I. Von G. B. — Aus Finnland. Von Olga Bergman. — Der Kampf in der Welt des Katholizismus. Von W. D. — Aus der Bewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mark.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die dritte Nummer des 30. Jahrgangs erschienen. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag von J. G. B. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

N. 20. Danlow. Zunächst nur für ein Jahr, falls nicht eine neue Police für eine längere Zeitdauer von Ihnen mißvergnügt angenommen worden ist. — B. M. 17. Nach erfolgter Publikation beim Amtsgericht. — G. R. B. 901. Das liegt im Ermessen des Prozeßrichters. — B. G. 10. 1. Ja, dem Statut entsprechend. 2. Es ist unzulässig, eine besondere Erklärung am besten auf dem Polizeipräsidium abzugeben. 3. Ja.

Marktpreise von Berlin am 22. Januar 1913, nach Ermittlungen des k. n. l. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,94 bis 19,70, mittel 19,52—19,58, geringe 19,40—19,46. Roggen, gute Sorte 16,90—16,95, mittel —, geringe — (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,70—18,30, mittel 17,00—17,60, geringe 16,40—16,60. Hafer, gute Sorte 19,10—20,40, mittel 17,50—19,00 (jeil. Wagen und ab Bahn).

Marktpreise für 100 Kilogramm. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Weizen, weiß, 35,00—50,00. Anker 35,00—60,00. Kartoffeln (kleinst.) 8,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Steile 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,10—3,00. 60 Stück Eier 4,50—6,50. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kälber 1,50—3,20. Zander 1,40—3,50. Hechte 1,50—2,80. Sardeln 1,00—2,40. Schlei 1,40—3,20. Bleie 0,90—1,50. 60 Stück Krebse 3,50—24,00.

Witterungsübersicht vom 23. Januar 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in °C	Temp. in °F	Temp. in °C
Swinemünde	760,2	2	bedeckt	0	32	32	—18
Danzburg	762,2	2	bedeckt	—2	32	32	—
Berlin	762,2	4	bedeckt	—0	32	32	66 bis 68
Frankfurt a. M.	764,2	2	bedeckt	1	32	32	bedeckt
München	766,2	4	wolfig	—1	32	32	10
Wien	768,2	2	wolfig	2	32	32	—

Wetterprognose für Freitag, den 24. Januar 1913.

Zunächst zeitweise anflarend, ein wenig kälter bei mäßigen südlichen Winden; später wieder langsame Erwärmung, Trübung und Niederschlag. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 22. 1.	seit 21. 1. am 22. 1.	Wasserstand	am 22. 1.	seit 21. 1. am 22. 1.
Remel, Müst	224 ¹	—4	Scale, Groditz	120	+4
Regel, Zintherburg	—	—	Canal, Spandau	72	+2
Weichsel, Thon	142	—1	Rathenow	80	+14
Oder, Rathor	122	+2	Spree, Spremberg	90	0
Kroffen	100	—6	Beesow	95	—4
Frankfurt	125 ¹	—9	Weser, Witten	98 ¹	+7
Sarthe, Schimm	88	+10	Weser, Witten	356	+25
Landberg	—	+4	Weser, Witten	414	0
Regel, Zintherburg	84	—22	Weser, Witten	404	+51
Elbe, Zeitmeritz	9	+13	Weser, Witten	310	+80
Redden	—130	+18	Weser, Witten	212	+42
Barby	128 ¹	+6	Weser, Witten	210	+83
Regelburg	98 ¹	—3	Weser, Witten	379	+49

¹) + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterpegel. — *) Abstand. — *) Treibeis.

... Das Protokoll des Monatskongresses wird
sich im Januar 1913 im Juli.

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!